Heft 2 Februar 1992 6,80 DM

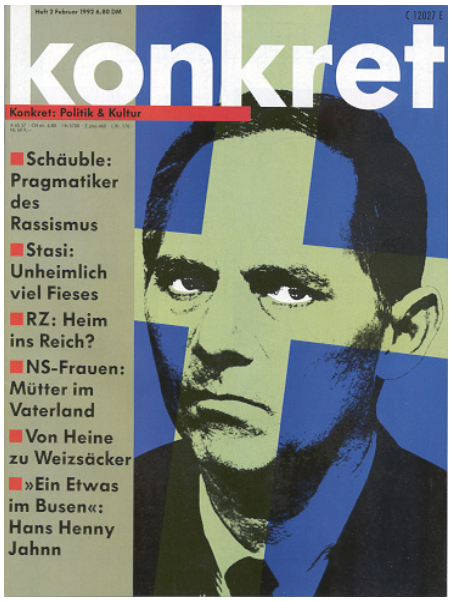
C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Schäuble: Pragmatiker des Rassismus
- Stasi: Unheimlich viel Fieses
- RZ: Heim ins Reich?
- NS-Frauen: Mütter im Vaterland
- Von Heine zu Weizsäcker
- »Ein Etwas im Busen«: Hans Henny Jahnn

in konkret Februar 1992



Von Konkret

An Konkret

Ex post und hopp? von Hermann L. Gremliza

Pragmatiker des Rassismus von Oliver Tolmein
Deutsche Soldaten will er in alle Welt schicken, aber Ausländer haben für ihn in Deutschland nichts zu suchen. Es sei denn, wir benötigen sie für befristete Arbeitseinsätze. Wolfgang Schäuble, der neue Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist nicht originell, sondern schlimmer: erfolgreich - ein pragmatischer Rassist deutscher Nation

Unter Schwaben von Jürgen Elsässer
Die Grünen sind auch nur Deutsche. Shahla Blum, profilierte Vertreterin von Flüchtlingsinteressen im Stuttgarter Stadtrat, hat das zu spüren bekommen und ist aus der grünen Fraktion ausgetreten. Deren Mitglieder freuen sich, denn jetzt steht ihrer Christdemokratisierung niemand mehr im Weg

»Jeder ist uns der Nächste« IV von Archiv für Sozialpolitik
Vierter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Gute Taten für Deutschland von Freerk Huisken
Ist der neue Anti-Rassismus ein Akt vorauseilenden Gehorsams? Ein Beitrag zur Kritik einer bornierten Bewegung

Eine deutsche Völkerfamilie von Georg Fülberth
An der Frage, ob Erich Honecker in die BRD verschleppt werden kann, wird sichtbar werden, wieviel Macht das größere Deutschland tatsächlich hat, seinen Willen gegen das Widerstreben anderer Staaten durchzusetzen

Viel Fieses von Gerhard Henschel
Stasi, Hasi, Bohle, Donald, Pussi, Honni, Mausi und Mielke: Was die Dichter und Dichterinnen der ehemaligen DDR-Opposition bei Durchsicht ihrer Stasi-Akten für grundstürzende Erkenntnisse gewannen

»...sondern auch die schlimmsten Kräfte« von Revolutionäre Zellen; Wolfgang Pohrt
Mitte Dezember letzten Jahres verschickten die Revolutionären Zellen (RZ) eine Erklärung, in der sie die Ermordung eines RZ-Mitglieds durch eine palästinensische Gruppe zum Anlaß einer selbstkritischen Reflexion der Geschichte nicht nur ihrer eigenen antiimperialistischen Praxis genommen haben. Unter der Überschrift »Gerd Albartus ist tot« setzen sie sich vor allem mit der Entführung eines Flugzeuges 1976 nach Entebbe, mit der dort unter Beteiligung zweier RZ-Mitglieder vorgenommenen Selektion jüdischer Passagiere, dem darin zum Ausdruck gekommenen Antisemitismus deutscher Linker und der nationalrevolutionären Borniertheit antiimperialistischer Gruppen in der BRD auseinander. KONKRET dokumentiert den vollständigen Text der Erklärung. Wolfgang Pohrt kommentiert sie

Mit anderen Mitteln von Ralf Syring
Was besagt das Friedensabkommen, das Regierung und Befreiungsbewegung von El Salvador am 16. Januar unterzeichneten, und was sind seine Konsequenzen?

»Die Angst geht um« von Winfried Wolf

George Bush tourt als Bittsteller der siechen US-Automobilindustrie durch Südostasien, in Japan stagniert die industrielle Produktion, und die EG formiert ihre stärksten Bataillone: Die imperialistische Triade ist in eine neue Etappe der Konkurrenz getreten

Rückzug? Expansion? von Joachim Bischoff
Alle reden von der Krise der US-Ökonomie. Wie tief ist sie wirklich?

Im Rahmen des Üblichen von Oliver Tolmein
Von zionistischen Kräften, preußischen Bürokraten und der Kunst, eine Quellenangabe zu überprüfen

Blöcke, Kugeln und andere Kleinigkeiten von Ulrich Bitz
Äußerster Realismus bei äußerster Imagination: Das Werk des Baukünstlers, Verlegers mittelalterlicher Musikalien, Orgelarchitekten und Schriftstellers Hans Henny Jahnn zeigt einen Menschen am Rande seiner Welt, mit dem Kopf gleichsam die letzte Hülle durchstoßend

Wohin zu scheißen sei von Michael Scharang

»Folglich kann es wieder geschehen« von Karl Anton & Vororth
Der italienische Schriftsteller und Chemiker Primo Levi überlebte das Vernichtungslager Auschwitz. Vierzig Jahre lang hat er versucht, das, was (ihm) dort geschah, sich und uns begreiflich zu machen

Mütter im Vaterland von Ingrid Strobl
Welche Rolle spielte die Annahme natürlicher Unterschiede zwischen den Geschlechtern und eines spezifisch »weiblichen Wesens« für das Engagement von Frauen für den Nationalsozialismus? Die Arbeit einer amerikanischen Historikerin ist geeignet, die Diskussion über die »Faszination des Faschismus« in neue Bahnen zu lenken

Ein Unikum von Helmut Dahmer
Zum 31.1.1992 hat der Verlag Klett-Cotta sämtliche Verträge mit den Herausgebern der renommierten und erfolgreichen »Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen« PSYCHE gekündigt und die Publikation eines neuen psychoanalytischen Fachblattes annonciert. Zweck dieses Unternehmens ist es, der bisherigen Mitherausgeberin und Witwe des PSYCHE-Gründers Alexander Mitscherlich, Margarete Mitscherlich-Nielsen, eine eigene Zeitschrift zu verschaffen - mit den Mitteln der alten (Abonnentenkartei, Titel, Cover, Konzeption und Büro). Helmut Dahmer, Redaktionsleiter und seit 23 Jahren Mitherausgeber der PSYCHE, protestiert in einem »Offenen Brief« an den Verleger Michael Klett gegen diesen Coup und kündigt die Fortführung der Zeitschrift in einem anderen Verlag an

»Verboten ist es, wenn man jetzt...« von Werner Heine
Von der kriminellen Vereinigung zur fachsimpelnden Jungschar: Ein Rückblick auf die Geschichte der Hacker-Bewegung aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Chaos Computer Clubs

Willkommen in Slugonien
Aus »The Economist«Bericht eines Sonderkorrespondenten über ganz gewöhnliche Ereignisse am Rande der ehemaligen Sowjetunion

Von Heine zu Weizsäcker von Eckhard Henscheid
Neues von der deutschen Gaunerszene

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/92, S. 4

Von Konkret

Strauß gegen KONKRET, zum allerletzten Mal. Vor mehr als zehn Jahren, im Juni 1981, hatte KONKRET eine Karikatur von Rainer Hachfeld gedruckt, die ein Hamburger Richter später zutreffend so beschrieb: Auf der Zeichnung werden zwei Schweine dargestellt, von denen eines dem andern von hinten aufreitet und dabei die hinteren Beine über die hintere Körperpartie des unteren spreizt. Das untere Schwein zeigt ein lachendes Schweinegesicht, in den Ohrmuscheln das Paragraphen-Zeichen, und trägt zu einer schwarzen Robe ein schwarzes Barett und eine weiße Schleife. Das aufreitende Schwein trägt anstelle eines Schweinegesichts die Gesichtszüge des Nebenklägers mit lachendem Mund und Gesichtsfalten.

Der aufreitende Nebenkläger war kein anderer als der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der sich heftig beleidigt fühlte und schließlich in fünfter Instanz auch recht bekam: Hachfeld wurde zu einer Geldstrafe von 3.000 Mark verurteilt, die natürlich - wie die weit höheren Gerichts- und Anwaltskosten - von KONKRET bezahlt werden mußten. Inzwischen, fünf Jahre später, hat Straußens Anwalt auch die Bezahlung seiner Kosten durchgesetzt; weil er zu jeder Verhandlung von München nach Hamburg gereist war, mußte ihm KONKRET nun knapp 24.000 Mark bezahlen - ein Betrag, der in unserem Etat einfach nicht drin ist. KONKRET bittet deshalb jeden, der es sich leisten kann, um eine zweckgebundene Spende auf das Anderkonto des KONKRET-Anwalts Helmuth Jipp, Hamburger Sparkasse Konto-Nr. 1205/12 25 99, Bankleitzahl 200 505 50, Verwendungszweck: wg. Strauß.

Wußten Sie schon, daß die Endlösung der Deutschenfrage droht? Weil in KONKRET einige Autoren ihre Verachtung für den ausländerjagenden deutschen Mob und seine feinen Protektoren in Politik und Publizistik formuliert haben, sehen Augsteins und Springers Redakteure sich und ihre Leser bereits auf dem Transport zur Selektionsrampe. Unter dem Titel »Gewalthetze: Wenn Rassismus sich gegen Deutsche wendet« schreibt in der »Welt« der revisionistische Historiker Rainer Zitelmann:

Unter der Überschrift »Waffen für Hoyerswerda« stellt der Schriftsteller (Wolfgang Pohrt) im Novemberheft der Zeitschrift KONKRET Überlegungen darüber an, »was Gerechtigkeit bedeuten würde«. Gerechtigkeit wäre, so meint er, wenn deutsche Urlauber in Italien »mit eingeschlagenem Schädel auf der Intensivstation enden, wie es hier Nigerianern passiert«... In derselben Ausgabe der Zeitschrift gestehen Thomas Ebermann und Rainer Trampert, daß es ihnen »schwerfällt, die eigenen Gewaltphantasien gegen dieses Pack zu zügeln«. Mit dem »Pack« meinen sie die politischen Parteien CDU, SPD, FDP, Grüne und PDS, die in Hoyerswerda eine gemeinsame Erklärung zu den Ereignissen verabschiedeten... So wird Gewalttaten gegen Deutsche die Legitimation erteilt... Auch der deutsche Selbsthaß und Antigermanismus, der in bestimmten linken Kreisen zur ideologischen Grundausstattung gehört, ist eine Form des Rassismus... Das Feindbild ist der Deutsche...

Während die armen Deutschen überall zwischen Hoyerswerda und Saarluois um ihr Leben rennen, können sich die Ausländer der deutschen Liebesbezeugungen kaum noch erwehren. Eine regelrechte deutsche »Bimbophilie« (deutsch: Niggerliebe) hat die »Tageszeitung« entdeckt, die vom »Spiegel« mit diesem Wort als Kronzeugin für seinen Bericht »Jeder streichelt seinen Bimbo« angerufen wird:

Daß ein Übermaß an Fremdenfeindlichkeit auf alle Ewigkeit ein Teil des deutschen Nationalcharakters sei..., diese (rassistische) Überzeugung spricht aus etlichen Stellungnahmen zum Thema. Obwohl die Parallele zur Nazi-Propagandaformel vom »Ewigen Juden« unverkennbar ist, lasten vor allem Ultralinksblätter wie das Hamburger KONKRET den Fremdenhaß gern dem »Ewigen Deutschen« an; der sei, verkündete die Zeitschrift jüngst auf der Titelseite, halt nach wie vor »ein gemütlicher Mörder«... An mörderischen Phantasien, wie mit deutschen Fremdenfeinden umzugehen sei, konnten letzten Monat auch die Leser von KONKRET teilhaben... (folgt ein Pohrt-Zitat, dann:) Die Ansicht, gewalttätigen Fremdenfeinden müsse mit deren Mitteln begegnet werden, scheint linksdraußen mittlerweile ziemlich weit verbreitet.

Rassist mit Nazi-Parallelen und mörderischen Phantasien ist nicht, wer Brandsätze in Ausländerwohnheime schmeißt, sondern wer Brand-Sätze in Inländerzeitschriften schreibt. Dem muß das Handwerk gelegt werden, und sei es dadurch, daß man ihn von »linksaußen« über »ultralinks« nach »links*draußen*« ausbürgert, ihm den deutschen Mitbürgerstatus entzieht.

»Waffen für El Salvador« - der Spendenaufruf für die FMLN, 1979 von der »Tageszeitung« gestartet, seit Jahren auch regelmäßig in KONKRET publiziert, fehlt dieses Mal. Nach dem Friedensabkommen zwischen der Regierung von El Salvador und der Befreiungsbewegung hat die »taz« das von ihr verwaltete Konto aufgelöst und das restliche Geld der FMLN übergeben. Noch müssen die anderen Unterstützer des Aufrufs sich über eine Umwidmung der Kampagne

verständigen - denn der Kampf der FMLN geht weiter, wenn auch mit anderen »Waffen«.

Konkret 02/92, S. 6

An Konkret

Ausländer raus?

KONKRET 1/92: »Drittes Reich, 3. Welt« von Ilse Bindseil

»So gewiß aber die krisenförmige Entwicklung des Kapitalismus, so gewiß ist, daß die Ausländer, die das Kapital ruft, im Gastgeberland ihres Lebens nie endgültig froh oder wenigstens sicher sein können«, schreibt Ilse Bindseil. Ja verdammt noch mal: Wäre es dann nicht ein Gebot linker Menschlichkeit, die Asylbewerber vor »dieser latenten Lebensbedrohung« zu schützen, d.h. sie von diesem rassistischen Staat mit allen Mitteln fernzuhalten? Denn daß die Deutschen sich nicht ändern können, wollen und werden - auch das hat Frau Bindseil bewiesen.

Dr. med. Egon Kehler

Ainring

Im Rückgang begriffen

KONKRET 1/92: »Back to the Future« von Eckhard Voss

Unter dem Leitsatz »Wachsender Rechtsextremismus und Nationalismus ist auch (...) in Skandinavien festzustellen« benennt E.V. neben der dänischen auch die norwegische »Fortschrittspartei« als Beleg für seine These.

Scheinbar ist hierzulande unbekannt, daß letztere bei den jüngsten Kommunalwahlen vom 9. September ‘91 die größten Stimmenverluste aller teilnehmenden Parteien hinnehmen mußte. Gegenüber den Stortings- (ähnl. Bundestags-)Wahlen 1989, wo sie noch 13 % der Stimmen erhielt, verlor sie annähernd die Hälfte ihrer WählerInnen und landete bei 7 %.

Im Rückgang begriffen ist auch ihr Einfluß unter den Jugendlichen Norwegens. Bei den jeweils vor den regulären Wahlen stattfindenden Schulwahlen (hierzu waren 1991 knapp 170.000 SchülerInnen aufgerufen) konnte die »Fortschrittspartei« 1989 noch 22 % erzielen. 1991 sank dieser Stimmenanteil um ein Drittel.

Von einem Anwachsen dieser »wichtigsten Träger(in) rechtsextremer Ideologien« konnte zurecht in den Jahren 1988-90 gesprochen werden. Das Jahr 1991 markierte einerseits ihren sichtbaren Abwärtstrend, andererseits den Aufschwung der EG-GegnerInnen und linker Kräfte (SP, SV und RV), die zusammengenommen ihren Stimmenanteil um 8,4 % und bei den Schulwahlen gar um15,2 % ausbauen konnten. Dies veranlaßte verschiedene KommentatorInnen von einer Linksentwicklung in der Jugend Norwegens zu schreiben.

Gleichzeitig ist die Militanz der offen neo-nazistischen Gruppen in Norwegen angewachsen. Wenngleich sie immer noch, »sowohl vereint als auch einzeln, klein und isoliert sind und unter einem akuten ‘Führermangel` leiden« (so die linke norwegische Tageszeitung »Klassekampen«), wird die von ihnen ausgehende reale Gefahr von vielen Linken ernst genommen: Am 9. November ‘91 demonstrierten über 10.000 Menschen in Oslo gegen den Versuch einer Gruppe um den Rassisten Arne Myrdal, an diesem Tag eine Kundgebung in der Stadt abzuhalten.

Per Losch

Flensburg

Urlaub bringt mehr

KONKRET 12/91 »Von KONKRET« - Cubasolidarität

So sehr man sich auch wünscht, daß sich Cuba gegen die imperialistische Übermacht hält, was aber nur der Wille der dortigen Bevölkerung gegen alle Widrigkeiten bewirken kann, so sehr muß man darauf achten, wer mit welchem Argument da Solidarität übt: davon abgesehen, sind die paar Millionen, die dabei vielleicht zusammenkommen, nichts gegen die bisherigen Milliarden der UdSSR. Die Unterzeichner: alles Fanatiker der hiesigen Demokratie, ein Oertzen, dessen Aussagen zum Sozialismus vor einiger Zeit in der KONKRET zu lesen waren. Sozialdemokraten, deren »Hilfe« von Portugal bis Nicaragua zu den berüchtigten Ergebnissen führte, von der »Wandel durch Handel«-Ideologie gegen den (ehemaligen) Ostblock abgesehen: ehemalig genau aus diesem Grunde! So richtet sich die Hilfe auch vornehmlich an die Kinder. Wieso eigentlich? Weil die wohl nichts dazu können, daß ihre Eltern Sozialisten sind? Auf diese Solidarität sollte Cuba verzichten - werden doch bald die politischen Forderungen hinterhergeschoben. Ein Urlaub in Cuba bringt zudem

den Cubanern mehr, als einige DM Spende, die dann als Druckmittel benutzt wird, ganz im Sinne Kohls, an den sich logischerweise auch die Solidaritätsgrüppchen wenden.

Petra Grimm

Berlin

»Wahr ist...«

KONKRET 1/92: »Von Konkret« und Leserbriefe zur DKP

»Wahr ist«, daß sich »kein DKP-Mitglied« fand, das Helga Rosenbergs Entfernung aus der Leitung der DKP forderte, schreibt Ihr. Die DKP ist zwar sehr klein und überschaubar geworden, doch solch exakte Auskünfte riskiert nicht einmal der Verfassungsschutz. Allein KONKRET weiß, was »kein DKP-Mitglied« tat. Ich weiß nicht, was andere taten. Ich schrieb jedoch am 20.11.91 an die Redaktion der UZ: »Wie kann man sich davor denn nun schützen, damit in einen Topf geworfen zu werden? Wir sollten uns endlich wehren, indem wir Helga absetzen, d.h. den Parteitag fortsetzen. Dem Nationalismus keine Chance!«

Ulrich Sander

Dortmund

Katholischer Schlächter

KONKRET 1/92: »Durchbruch in die gleiche Richtung« von Wolfgang Pohrt

Zu Wolfgang Pohrts diesmal wirklich großartigen Beitrag eine kleine Ergänzung: Dem Ustascha-Führer Pavelic verhalf, als gutkatholischem Schlächter, das römische Hieronymus-Kolleg - ebenso wie den Fliegern Galland und Rudel - zu einem Rote-Kreuz-Paß; und damit zur Flucht.

Hermann P. Piwitt

Hamburg

Ein Stück weit schlechter

KONKRET 1/92: »One Way Ticket« von Hermann L. Gremliza

Lieber Hermann Gremliza,

muß es nicht besser heißen: »Ein Stück weiter östlich (von) der Neiße«? Die Wendung »ein Stück weit« fällt mir in letzter Zeit immer häufiger in Reden von Lehrern und Kirchenleuten als aufgeblähter Ersatz für »etwas« auf. Ich möchte den Ausdruck jedenfalls nicht verwenden - sonst müßte ich ein Loch tief sinken.

Dies ist natürlich ein unwichtiger Leserbrief, aber da Sie doch für sprachliche Feinheiten so aufmerksam sind...

Hansgert K. Lambers

Berlin

Stasi/West

KONKRET 12/91: »Stasidiotie« von Hermann L. Gremliza

Glauben denn die fuchsischen Stasi-Entlarver, daß es die westlichen Geheimdienste nur dem Namen nach gibt? Glauben diese Saubermänner, die nur die linke Seite kehren wollen, auf der rechten gäbe es keinen Dreck? Keine massenhaften Zubringer und Agenten? Obwohl diese Stasi-Verfolger mit viel Geld von den Medien, wie »Spiegel« und »Stern«, besoldet werden, möchte ich Ihnen der Wahrheit halber kurz was mitteilen über die Praktiken der westlichen Stasi-Organisationen.

1. Anfang der fünfziger Jahre trafen sich z.B. ca. 300 bayerische Friedensfreunde in Freising in einem Lokal. Plötzlich wurden sämtliche Ein- und Ausgänge von Polizei besetzt. Die friedliche Versammlung wurde verboten und aufgelöst. Ein paar Leute in Zivil notierten alle Namen und Adressen der Anwesenden für ihre westliche Stasi-Kartei. Die Friedensfreunde der BRD wurden behindert, mit Berufsverbot bedroht, benachteiligt und überwacht. Sogar heute noch wird friedlichen, gewaltlosen Sitzblockierern der Prozeß gemacht.

2. Die Jugendorganisation FDJ wurde in der BRD verboten. Über alle Mitglieder (sie war übrigens eine der stärksten Jugendorganisationen der BRD) wurden politische Akten angelegt. FDJ-Mitglieder wurden verfolgt, überwacht, bedroht, bespitzelt, viele wurden auch eingesperrt.

3. Die KPD wurde in der BRD verboten. Als einzige Regierung Europas verbot die BRD-Regierung die kommunistische Partei. Ihre Mitglieder wurden ebenfalls bespitzelt, überwacht, bedroht, verfolgt und viele eingesperrt. Sympathisanten wurden als Staatsfeinde angeprangert.

4. Die Berufsverbotspraxis der BRD-Regierung und ihrer Justiz war eine Menschenrechtsverletzung großen Stils. Zigtausenden wurde der Beruf verboten oder sie wurden entlassen, überwacht, bespitzelt. Der sogenannte Radikalenerlaß zielte auf alle linken Demokraten, auch auf linke Gewerkschafter und linke SPD-Mitglieder. Auch sie wurden bespitzelt, überwacht und mit Berufsverbot bedroht.

Artur Troppmann

München

Konkret 02/92, S. 9

Hermann L. Gremliza

Ex post und hopp?

Es war einmal ein reicher Verleger, der weigerte sich bis an sein kühles Grab, die offenkundige Existenz der DDR anzuerkennen. Und es war ein armer Verleger, der weigerte sich, die offenkundige Nichtexistenz der DDR anzuerkennen. Bis zuletzt bin ich bei meiner Meinung geblieben, nur Präsenz und Macht der sozialistischen Staaten (und besonders auch der DDR) könnten verhindern, daß die Zukunft der Menschheit gänzlich den Interessen der imperialistischen Metropolen bzw., wie die ehemaligen Schulungsleiter der KPD/ML heute sagen: der entwickelten Zivilgesellschaften (und besonders auch der deutschen) geopfert werde. Wer sich der Begründung und Verbreitung dieser Meinung verschrieben hatte, dem mußte das innere Eingeständnis, daß tout perdu sei, wie ein Spott auf die Hälfte seines Lebens vorkommen. Erschien denn, ex post betrachtet, vom Ende des endgültigen Mißerfolgs, nicht jede Tat sinnlos, von Gewalttaten nicht zu reden? Hätte man, da am Schluß die Jelzins herausgekommen sind, nicht gleich die Romanows behalten können?

Einer, der sich so fragte, bin ich. Vielmehr: ich war's. Nicht daß ich meine Meinung über die sozialistischen Staaten und die Konsequenzen ihrer Zerstörung geändert hätte. Wie könnte ich, da sie doch von den Meldungen aus den Ländereien zwischen Sankt Petersburg, Tblissi und Jekaterinenburg, zwischen Rio, Manila und Mogadischu, auch aus Agram, Olmütz, Königsberg und Bankfurt mit täglich wachsender Aufdringlichkeit bestätigt wird. Aber gerade diese fast peinliche Rechtgeberei der Zeitläufte ist es, die mich zur Entscheidung zwingt: entweder zum Handel mit meinen roten Devotionalien hinter den Tresen einer Gastwirtschaft mich zurückzuziehen und die noch burleske, bald schon funebre Begleitmusik zum Fortgang der hoffnungslosen Geschichte denen zu überlassen, die sie so gewollt haben, oder endlich zu akzeptieren, daß ich nicht des Geschlechts und noch nicht des Alters bin, die Titelrolle in »Trotzköpfchens Wechseljahre« zu übernehmen. Ende des Vorworts.

Es gibt also keine DDR mehr, und es wird keine mehr geben. Es gibt, wieder einmal, eine deutsche Vergangenheit. Es gibt ein ehemaliges Staatsoberhaupt auf der Flucht. Es gibt eine Sonderkommission Regierungskriminalität. Es gibt greise Minister im Knast, die dort, schlafend, von Groschenjungs der Pressefreiheit abgeknipst werden. Es gibt das Stasiaktengesetz. Es gibt den Mauerschützenprozeß, in dem ein Münchner Staranwalt spricht: »Was gestern Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.«

Hochverrat, sagte Talleyrand, ist eine Frage des Datums. Wofür man in Frankfurt/Oder 1943 hingerichtet wurde, dafür konnte man in Frankfurt/Oder 1953 eine Ehrenpension bekommen. Anderswo waren die Gegensätze nicht so kraß: Wer in Frankfurt/Main 1943 Hitlers Ritterkreuz bekam, dem hängte man in Frankfurt/Main 1963 das Große Bundesverdienstkreuz drüber. Wäre 1990 nicht die DDR der BRD beigetreten, sondern eine im Kalten Krieg unterlegene BRD der DDR, lebte Kohl heute im mexikanischen Exil, säßen Möllemann, Warncke und Klein in Moabit, läsen Schriftsteller, Journalisten, Lehrer, Beamte, Gewerkschafter, Personal- und Betriebsräte in den Akten, die von BND, MAD, BKA, den zwölf Verfassungsschutzämtern des Bundes und der Länder, den zigtausend Personalabteilungen öffentlicher und privater Arbeitgeber über Millionen Bürger angelegt wurden. Allein die Öffnung der Tresore aller bundesdeutschen Chemie- und Metallfirmen hätte die Justiz erschlagen und die Knäste überfüllt.

Wie man weiß, ist es anders gekommen, und es ist nicht die Deutsche Bank, die abgewickelt wird, sondern umgekehrt. Die Fiktion wirft immerhin die Ahnung ab, daß es Taten gibt, deren Strafbarkeit keine Frage der Moral, sondern ausschließlich eine der Macht ist. Jeder Staat, jede herrschende Klasse übt Gewalt aus und bleibt straffrei, solange die Herrschaft währt. Was die Gewalt nach innen angeht, so kommt es allein darauf an, wie lange die Untertanen sich die gefallen lassen; es galt einmal als ausgemacht, daß Dritte da nicht reinzureden haben.

Jetzt reden sie rein. Beliebt bei Opfern und Tätern ist es, Nürnberg als Vorbild oder abschreckendes Beispiel für das aufzurufen, was die Justiz der BRD mit der ehemaligen DDR jetzt treibt. Doch der Verweis auf das alliierte Tribunal geht daneben: Zwar legitimierte sich der Gerichtshof mit der Feststellung, daß es von Staaten bzw. ihren Funktionären begangene Taten gebe (nämlich Verbrechen gegen die Menschheit), die so monströs und verwerflich seien, daß sie ohne Rücksicht auf sonst geltende Beschränkungen des zwischenstaatlichen Rechts auch von Richtern anderer Staaten abgestraft werden könnten und notfalls sogar müßten. Aber abgeurteilt wurden deshalb in Nürnberg eben Taten, die von Deutschen an den Völkern und auf den Territorien überfallener Länder begangen worden waren; was die Diener des NS-Staats mit ihren eigenen Landsleuten veranstaltet hatten, sollten deutsche Gerichte ermitteln und ahnden. Die Alliierten gingen davon aus, daß die Deutschen selber daran interessiert seien, mit den Filbingers und den anderen furchtbaren Juristen abzurechnen. Zu ihrer Überraschung haben deren Kollegen in der BRD von 1945 bis 1991 keinen einzigen deutschen Richter verurteilt, auch keinen aus Freislers Volksgerichtshof. Erst jetzt holen sie es endlich nach: Vor zwei Wochen haben sie einen Richter verhaftet, den ersten seit 1945, den sie wegen Rechtsbeugung verurteilen werden, begangen, versteht sich, nach 1945, in der DDR.

Zu Beginn seiner Urteilsbegründung im Mauerschützenprozeß wies Richter Seidel darauf hin, daß gerade dieser Montag, der fünfzigste Jahrestag der Wannsee-Konferenz, auf der die Ermordung von Millionen europäischer Juden beschlossen worden war, es gebiete, aus der deutschen Geschichte zu lernen. Man könnte die Weisheit des Vorsitzenden zu dem Merksatz verdichten: Wer vierzig Jahre lang Nazi-Verbrecher nicht zuletzt deswegen verschont hat, weil sie Kommunisten totgeschlagen haben, hat das dadurch gutzumachen, daß er heute keinen Kommunisten ungestraft davonkommen läßt. Oder, ohne jeden polemischen Vorsatz: Daß höchste westdeutsche Richter einen Kollegen, der einen Jugendlichen wegen Rassenschande zum Tod verurteilte hatte, freigesprochen haben, weil er nicht habe wissen können, daß das entsprechende Gesetz der Nazis Unrecht war - dieses Exempel aus der deutschen Vergangenheit bzw. deren sogenannter Bewältigung hätte die Grenzsoldaten der DDR lehren müssen, daß über sie, die sie bekanntlich keine Nazi-Richter waren, andersrum entschieden würde.

Der Satz des Münchner Staranwalts vom Recht und Unrecht gestern und heute steigert freilich das Skandalöse zum Exzeß. In diesem Wort rehabilitieren die Grenzsoldaten der DDR die Marinerichter der Nazis, in letzter Instanz. Selbstverständlich kann, was gestern Recht war, heute Unrecht sein, weil es nämlich schon gestern zwar Gesetz, aber Unrecht war, wie alle politischen und bevölkerungspolitischen Gesetze und Verordnungen der Nazis, wie einzelne Paragrafen fast jeden Strafgesetzbuchs, denn was Unrecht ist, definiert die jeweils herrschende Klasse. Unter jeder anderen Perspektive als der des Privatkapitalisten ist beispielsweise das bundesdeutsche Arbeitsrecht groteskes Unrecht.

Wer es aber ungekotzt erträgt, die BRD als einen Rechtsstaat sich aufspielen zu sehen, der die vergangene DDR in die Nachfolge des deutschen Nazireichs rücken darf, muß einen besseren Magen haben als ich. Der nicht nur rechtliche, sondern der politische, soziale und ökonomische Nachfolgestaat des Dritten Reichs ist die BRD. Wer sich nicht von essayierenden Fachhochschul-Dozenten blödmachen läßt, weiß, daß mit der DDR die in Deutschland einzige antifaschistische Kraft von Bedeutung untergegangen ist. Wer daran zweifelt, möge es im Kampfblatt der Alldeutschen nachlesen: Nach einer Umfrage des »Spiegel« (Ausgabe vom 20. Januar 1992) meinen 37 Prozent der Bundesbürger: »Juden haben zuviel Einfluß«, sind nur 48 Prozent der Deutschen »frei von Antisemitismus« und müssen, weil sie mehr als fünf von 16 möglichen »judenkritischen Fragen« (so heißen antisemitische Parolen im »Spiegel«) mit Ja beantwortet haben, 13 Prozent selbst vom »Spiegel« ohne Einschränkung als Antisemiten bezeichnet werden. Man hätte 16 Prozent dieser Unbeugsamen gezählt, hätten nicht die Bewohner der ehemaligen DDR, unter denen nur 4 Prozent Antisemiten zu ermitteln waren, das Gesamtresultat geschönt. Soviel zur Differenz zwischen der Zivilisierung der Deutschen 1968 ff und der Lächerlichkeit des »staatlich verordneten Antifaschismus der DDR«.

Es gab einen deutschen Staat, der Gewähr bot, eine Wiederholung der in Nürnberg verhandelten Verbrechen zu verhindern. Ihm scheint es, wie man nun erfährt, gelungen zu sein, den Antisemitismus seiner Untertanen auf ein in der neueren deutschen Geschichte ungekanntes Maß zu reduzieren. Dieser Staat war die DDR. Vor der durch viele bittere Wahrheiten getrübten Erinnerung an sie schnurrt die antikommunistische Heilsfront aller Parteien, die schon am Tag ihres Sieges auf nichts so sehr bedacht war wie darauf, alle Verantwortung für ihre Mitwirkung an der Zerschlagung der DDR und deren Folgen auf die Geschlagenen abzuwälzen, zu einem vaterländischen Verein zusammen, der in die deutsche Geschichte paßt wie der Arsch auf den Eimer.

Konkret 02/92, S. 10

Oliver Tolmein

Pragmatiker des Rassismus

Deutsche Soldaten will er in alle Welt schicken, aber Ausländer haben für ihn in Deutschland nichts zu suchen. Es sei denn, wir benötigen sie für befristete Arbeitseinsätze. Wolfgang Schäuble, der neue Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist nicht originell, sondern schlimmer: erfolgreich - ein pragmatischer Rassist deutscher Nation

Er hat den Ehrenbambi ‘91 verliehen bekommen, ist für »Bunte«-Leserinnen und -Leser der »Mann des Jahres 1991«, und auf der »Spiegel«-Liste wird er in der Beliebtheitsskala der Politiker regelmäßig auf den vorderen Rängen plaziert. Seitdem Deutschland wieder *ein* Staat ist und die Gesellschaft hierzulande sich zusehends zu einem *Volk* formiert, wobei sich die ohnedies nie allzu klar gezogenen politischen Fronten immer weiter verwischen, ist der alte Bundesinnenminister und neue Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU tatsächlich der Mann des nationalen Konsenses. Die einen attestieren ihm, er befinde sich »effektvoll auf dem Weg zum Mythos«, andere charakterisieren ihn als »Pragmatiker pur«, das politische Feuilleton streitet noch, ob er als »Architekt der Vereinigung« oder nur als deren »Notar« zu gelten habe. Immerhin sind sich alle einig, daß er mit seiner Rede zur Hauptstadtfrage als Meinungs-Führer nach Berlin gewirkt hat. Und niemand zweifelt mehr daran, daß er, dem alle relevanten deutschen Sekundärtugenden - Strebsamkeit, Fleiß, Pünktlichkeit und Effizienz - bescheinigt werden, nach Dregger und neben Kohl einen neuen Stil für die regierende Union prägen wird. Was wird das für einer sein?

Offen, ehrlich, diskussionsbereit, rational - »Schutt wegräumen, Realist bleiben, Visionäres abwimmeln und zuversichtlich auftreten - darauf reduziert sich das« - faßt die »Zeit« den Konsens der Pluralisten in Worte. »Nicht visionär« ist dabei negativ gemeint: Die moderat reformerische Intelligenz weint dem CDU-Modernisierungsverlierer Heiner Geißler noch immer leise Tränen nach und hält sich ja auch auf die eigenen Visionen von Frieden, Multikultur und einem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz allerhand zugute. Der realitätstüchtigere Schäuble fühlt sich nicht verstanden, ‘Deutschland’, meint er, sei Vision genug: »Als ich vor drei Jahren gesagt habe, wir halten am Ziel der Herstellung der staatlichen Einheit fest, war das natürlich nicht visionär, sondern reaktionär. Und heute ist das auch keine Vision mehr, sondern angeblich schlichter Pragmatismus.«

Tatsächlich ist der Ex-Minister ein kluger Taktiker, der einflußreich, kompetent und lange Zeit eher im Hintergrund gewirkt hat. Seine Taktik allerdings war, anders als ihm in den Medien unterstellt wird, die seinen Pragmatismus gerne als ziellos beschreiben, immer nur Mittel zum Zweck einer Rekonstruktion der Volksgemeinschaft. Sein Engagement für die Einheit der Nation hatte dabei aber nie etwas Überschäumendes, er mußte sich nicht penetrant zu seinem Deutschtum bekennen, um als praktizierender Nationalist wirkungsvoll tätig zu sein. Im Gegenteil: Gerade der Verzicht auf das primitive Ressentiment und die unverhohlen völkischen Töne haben seine Arbeit gekennzeichnet (und erheblich erleichtert). Das unterscheidet ihn von seinen Amts-Vorgängern: dem dumpfdeutschen Bundesinnenminister Zimmermann damals und dem senilen Militaristen Dregger heute. Daß die bundesdeutschen Medien ihn deswegen gleich als »liberalen Konservativen« preisen, sagt allerdings mehr über die politische und intellektuelle Verfassung der Autoren aus als über die des so Benannten. Und das nicht nur und nicht einmal vor allem, weil er der Kirche zu Friedensbewegungszeiten vorgeworfen hat, »eine Angstkultur« zu entwickeln, oder weil er vor Jahren die steigenden Arbeitslosenzahlen mit dem Hinweis erklärte, die Statistik enthalte zahlreiche »aufgestachelte Menschen«, die gar nicht arbeiten wollten. Was in den frühen Achtzigern Schäubles Politik auszumachen schien, sein kleinkrämerischer Puritanismus, die kühl kalkulierte Rhetorik gegen den Sozialstaat und seine sorgsam inszenierte Heile-Familien-Welt-Propaganda - heute fügt sich das reaktionäre Stückwerk zu einem schlimmeren Ganzen.

Der »Pragmatiker« Wolfgang Schäuble, der inhaltlich angeblich für »nichts« stehen soll, setzt seit etwa acht Jahren innenpolitisch um, was sein Bundeskanzler Helmut Kohl, dem er loyal und zuverlässig zuarbeitet, auf der ideologischen Ebene und nach außen vorantreibt: die Entsorgung Deutschlands von seiner Vergangenheit und seine Rekonstruktion als Weltmacht. Europa den Deutschen - das würde er so offen nie sagen. »Begreifst du aber, wieviel andächtig schwärmen leichter als gut handeln ist?« - Diese Sentenz aus Lessings »Nathan der Weise«, das verrät der Gegen-Aufklärer Schäuble den Journalisten gern, ist für ihn ein Leitmotiv.

Das Ziel ist weit gesteckt. Im Augenblick arbeitet Schäuble noch an den Voraussetzungen, die geschaffen sein müssen, um es zu erreichen: Er braucht ein ruhiges, machtvolles Hinterland. Ein Deutschland - eine Nation. Der zielstrebigen Demontage des Asylrechts kommt da besondere Bedeutung zu: nicht nur weil es uneingeschränkt den schwer zu kontrollierenden, deswegen arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitisch kaum zu optimierenden Zuzug von Ausländern und Ausländerinnen nach Deutschland ermöglichte, sondern mehr noch weil es ein deutsches Schuldbekenntnis, fast die einzige ins Grundgesetz aufgenommene Erinnerung an die nazistischen Verbrechen Deutschlands darstellt.

Mitte der achtziger Jahre machte sich der damalige Kanzleramtsminister das erste Mal folgenreich an »die Lösung des Asylantenproblems«. Dem Schalck-Untersuchungsausschuß des Bundestages hat er jetzt stolz erzählt, wie er mit der DDR

verhandelt hat: 850 Millionen Mark gegen die Schließung der Mauer für Ausländer. Nachdem die DDR den Deal 1986 abgeschlossen hatte, das vielbeklagte »Loch« in der Mauer also endlich gestopft war, bereitete Wolfgang Schäuble bereits die nächsten Schritte vor, warnte öffentlich in bewegten Worten vor den »kommerziellen Schlepperorganisationen« und erneuerte, verknüpft mit einer klaren Absage an die aus der nazistischen Geschichte abgeleitete besondere Verantwortung der Bundesrepublik, eindringlich die Forderung nach einer Änderung des Grundgesetz-Artikels 16: »Die Väter unseres Grundgesetzes haben sich die heutige Situation nicht vorstellen können, mit Jumbo-Jets und weltweiten Wanderungsbewegungen. Für sie hatte das Asylrecht wohl eher einen europäischen Bezug. Aber wir müssen für den Rest der Geschichte in dieser Frage nicht so einzigartig bleiben, wie es im Grundgesetz derzeit formuliert ist.«

Wohl wissend, daß *diese* Konsequenz aus der deutschen Geschichte so schnell nicht umzusetzen sein wird, entwickelte das Kabinett, und darin mit besonderem Engagement der Kanzleramtsminister, eine Initiative zur Harmonisierung des Asylrechts im europäischen Rahmen, die seitdem auf EG-Ebene beharrlich und gegen den Willen etlicher Mitgliedsstaaten vorangetrieben wird. Ein erster Erfolg in dieser Richtung sind die Grundzüge zur »Harmonisierung des Asylrechts«, beschlossen durch die Vertragsstaaten des Schengener Abkommens (Frankreich, Benelux-Staaten, BRD), die unter anderem vorsehen, daß Flüchtlinge nur noch in einem der Signatarstaaten einen Asylantrag stellen können. Diese Idee hat Schäuble, noch Innenminister, aber bereits designierter Fraktionschef, dann 1991 nüchtern weitergedacht und vorgeschlagen, Flüchtlinge nur noch in dem Land als Asylbewerber zuzulassen, in dem sie ihren ersten »Gebietskontakt« haben. Denn: »Wer immer auf dem Landweg zu uns kommt, hat ein anderes Land schon vorher berührt. Und auf dem Luftweg kommen derzeit nur zwei Prozent der Asylbewerber«. Im Ergebnis könnte auch eine Grundgesetzänderung die Bundesrepublik nicht besser abschotten - weswegen sie manchem ihrer Gegner mittlerweile fast als das kleinere Übel erscheint. Schäuble kann, auch wenn er weder das eine noch das andere bislang durchzusetzen vermochte, zufrieden sein: Er ist bereits ein gutes Stück vorangekommen - es lohnt sich eben, viele Wege zu versuchen, um ans Ziel zu kommen.

Als besonders erfolgreich hat sich auch der von ihm am 18. Januar 1990 vorgelegte »Entwurf einer Flüchtlingskonzeption« erwiesen, in dem in der Sprache der Schreibtischtäter festgelegt wird: »Der Versuch der Betroffenen, sich zeitweise oder dauernd in der Bundesrepublik niederzulassen, widerspricht dem Nichteinwanderungsprinzip... Den Flüchtlingen darf deshalb in der Regel keine Gelegenheit gegeben werden, ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu verfestigen und sich in die hiesige Gesellschaft zu integrieren.« Charakteristisch für Schäuble ist, daß er diese erbarmungslose Vertreibungs-Programmatik als Bestandteil des Regionalisierungskonzepts des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen verstanden wissen will und mit einem Konzept für Rückkehrhilfen verbindet, die auf Beifall bis weit in alternative und liberale Kreise hinein stoßen.

Im nächsten Schritt hat Schäuble dann das Asylverfahrensgesetz verschärft: Verkürzung der langwierigen Verfahren hieß das Stichwort, mit dem nach außen für Akzeptanz gesorgt wurde: Während ein vergleichbarer, aber aggressiver formulierter Entwurf seines Amtsvorgängers Zimmermann auf den geschlossenen Widerstand von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden gestoßen war, mußte sich Schäuble nur noch mit der Kritik von amnesty international abgeben, obwohl doch tatsächlich die Verkürzung des Rechtsweges und knapper bemessene Fristen vor allem zur Folge haben, daß Abschiebungen erleichtert werden. Dieses Kalkül wurde mit dem im Oktober 1991 beschlossenen Allparteien-Kompromiß, der die Einrichtung von Sammellagern und 6-Wochen-Schnellverfahren für »offensichtlich unbegründete« Asylverfahren vorsieht und bis zum März 1992 weitgehend realisiert werden soll, konsequent weiterverfolgt. Und Schäuble ist stolz darauf, daß in seinem baden-württembergischen Wahlkreis das erste große Sammellager der Bundesrepublik eingerichtet worden ist.

Flankiert werden diese juristischen Restriktionen auf Schäubles Initiative durch eine »umfassende Abwehrstrategie« an den Ostgrenzen des Reiches: Bundesgrenzschutz-Kommandos, die in großer Zahl dorthin kommandiert wurden, durchkämmen die Grenzgebiete, fliegen die Oder-Neiße-Linie ab, machen Jagd auf Flüchtlinge. Maßnahmen, die im Rahmen einer europäi-schen Koordination verallgemeinert werden sollen, zu der Schäuble Ende Oktober ‘91 die polizeiminister aus 28 Staaten eingeladen hat, um mit ihnen ein strategisches Konzept zur »Migrationseindämmung« abzustimmen. Darüber hinaus hat der umsichtige Deutschlandpolitiker ein bilaterales Abkommen mit Polen auf den Weg gebracht, das vorsieht, illegal über Polen in die BRD eingereiste Flüchtlinge wieder »zurückzuüberstellen« (siehe KONKRET 12/91).

Die Bemühungen des Bundesinnenministers, über die Aushebelung des Grundrechts auf Asyl die Deutschen mit ihrer Nationalgeschichte auszusöhnen, erreichten ihren vorläufigen Höhepunkt, als im Frühjahr 1991, während des Golfkrieges, 269 sowjetische Juden nach kurzem Aufenthalt in Israel in die Bundesrepublik kamen. Vom Berliner CDU-Innensenator Heckelmann gebeten, sich mit der Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis einverstanden zu erklären, antwortete Schäuble mit einem schroffen und unmißverständlichen Nein.

Auch die Situation nicht-asyl-suchender Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik hat Wolfgang Schäuble während seiner Amtszeit als Minister nachhaltig verschlechtern können. Mit dem zum 1. Januar 1991 in Kraft getretenen Ausländergesetz hat er, ohne das nationalistische Vokabular des 1988 unter scharfen Beschuß geratenen Zimmermann-

Entwurfes zu verwenden, einen kaum weniger völkisch ausgelegten ohne große Reibungsverluste durchgesetzt. Von der »Bewahrung des deutschen Volkstums« ist darin zwar nicht die Rede, der Leitgedanke des Paragraphenwerks ist gleichwohl, nur einer verschwindend kleinen Minderheit von Ausländern, die sich zudem noch als rückhaltlose Deutschlandfreunde beweisen müssen, die Integration zu ermöglichen, alle anderen aber als arbeitsmarktpolitische Manövriermasse zu behandeln: ihr Aufenthalt hierzulande soll stets befristet sein und - selbst wenn er über Jahre dauert - keine Rechtsansprüche begründen. Die nur vage umrissenen, weit auszulegenden »Interessen der Bundesrepublik Deutschland« beschneiden Einreiserechte, stutzen die Individualrechte der Ausländerinnen und Ausländer auf ein Minimum zurück. Insbesondere ihr Recht auf politische Betätigung ist zu einer Stillhalte-Pflicht umgemodelt worden - bei Bedarf kann sogar der Protest gegen die eigene Diskriminierung von Staats wegen als »geeignet« interpretiert werden, »das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern« zu stören.

Denn es sind, daran läßt Schäuble keinen Zweifel, die Ausländer selber, die Schuld am zunehmend frostigeren Klima in Deutschland tragen. Die Forderungen nach einer »multikulturellen Gesellschaft«, erklärte er auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing, überfordere »die Menschen emotional«. In der anläßlich der bedrohlichen Zunahme rassistisch motivierter Anschläge geführten Bundestagsdebatte am 25.9.1991 hielt es der damalige Bundesinnenminister deswegen auch für seine Aufgabe, den derart Überforderten beizustehen: »Es ist unverzichtbar, daß wir den Menschen«, und das sind für ihn immer die Deutschen,»das Gefühl geben, wir nähmen ihre Sorgen und Ängste auch ernst und wir würden als Politiker nicht nur reden, sondern auch handeln. Es ist eben wahr, daß immer mehr Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die überhaupt nichts mit Ausländerfeindlichkeit, Gewalttätigkeiten und Extremismus oder Rechtsradikalismus zu tun haben, die Sorge und die Angst haben, daß diese Bundesrepublik Deutschland ... nicht mehr in der Lage ist, die Politik der Zuzugsbegrenzung ... jetzt auch wirklich einzuhalten.«

Über die Brandstifter verliert der Biedermann kein Wort - gerade mal ein Hinweis darauf, daß rechtsextremistische Gewalttaten dem Ansehen Deutschlands schaden, kommt ihm über die Lippen. Wochen später verrät er der »Bunten« dann, was er über die Täter denkt: »Der Rechtsextremismus ist eine schlimme Sache, auch wenn die Neonazis nur in kleinen Gruppen auftreten. Es sind zum Teil auch sehr unreife Krakeeler darunter. Ich will es nicht dramatisieren.« Das hat ihm allerdings auch noch niemand vorgeworfen. Ebenso wenig wie das Gegenteil.

Die Bundesdeutschen und ihre vierte Staatsgewalt, die Medien, verstehen die Sprache des routinierten Demagogen Schäuble recht gut, und sie gefällt ihnen. Mindestens bewundern sie, wie seine Reden, die nachgelesen eher schlicht wirken, bei seinen Zuhörern zünden und Beifallsstürme auslösen. Nur ausnahmsweise klingen Bedenken an wie nach seinem letzten Vorschlag zur Verschärfung des Asylrechts, als ihm die »Süddeutsche Zeitung« empört »Unerbittlichkeit« und ein »Flipperspiel mit Flüchtlingen« vorwarf. Volk und Hetzer hören aufeinander - da bedarf es keiner schneidenden Rhetorik, auch keiner brillanten Wortakrobatik. Phantasie oder ein Übermaß an Originalität würden da ebenfalls nur stören. Schäuble muß seine erbarmungslose Politik, die Ausländer zum Material für deutsche Interessen macht, nicht gegen den Zeitgeist entwickeln, im Gegenteil, er prägt ihn mit ihr.

Neuerdings jedoch hat der Fraktionsvorsitzende Gegner, ja sogar erbitterte Feinde bekommen - deren Aggressionen ihren Grund allerdings nicht in seiner rassistischen Politik haben, sondern in ihrem eigenen Überlegenheitsgefühl. Für sie ist unerträglich, daß einer, der nicht laufen kann, an den Schaltstellen der Macht sitzt. Daß es das in den USA auch schon mal gegeben hat, tröstet die journalistischen Behindertenfeinde wenig. Schließlich gibt es da einen wichtigen Unterschied: »Der an Kinderlähmung erkrankte Roosevelt konnte, wenn auch an Krücken, ohne fremde Hilfe gehen, Schäuble ist vom dritten Wirbel an abwärts gelähmt. Der Rollstuhl ist unabänderlich.« Wohl deswegen hat das Nichtbehindertenmagazin »Spiegel« seine Titelschlagzeile »Kohl-Rivale Schäuble: Hält er durch?« nicht wie üblich mit einem Porträt des so Infrage-Gestellten illustriert, sondern ihn ganz, inclusive Rollstuhl, an die Öffentlichkeit ausgeliefert: »Dieser Querschnittsgelähmte soll der Retter sein?«, »Schäuble ist, auch in der reduzierten Fassung, allzeit loyal«, »der körperlich zerschlagene Wolfgang Schäuble«, »auf Schäubles mögliche Mitbewerber könnte wie Hohn wirken, daß Kohl... einen Gelähmten als seinen potentiellen Nachfolger auf dem Kanzlerstuhl ausgibt.«

Der Rollstuhlfahrer - ein Rest-Mensch, und gleichzeitig ein besonders fieses Wesen. Der »stern«, nachdem er vor Monaten mit einem Rührstück aus der Rehabilitationszeit des Ministers den Voyeurismus der Öffentlichkeit bedient hat, unterstellt ihm jetzt, er mache »den Rollstuhl zum Karrierevehikel«. Auch die »Süddeutsche Zeitung« schlägt in diese Kerbe, indem sie Schäuble selbst dafür verantwortlich macht (das haben sie dem Ausländerfeind abgeguckt), daß ihn Nichtbehinderte diskriminieren: »Die Konditionen (können) nicht normal sein - und jeder (wird) ein schlechtes Gewissen haben, der mit ihm zu tun hat, aber nicht im Rollstuhl sitzt.« »Bunte« und »Bild« halten fürsorglich, aber nicht weniger diskriminierend dagegen. Für sie muß ein Behinderter wenigstens ein Geistesheroe sein. Markig schreiben sie vom »Triumph des Willens«, preisen Schäuble, als wäre er durch Stahlgewitter gerollt, als »mit einem schwachen Körper, aber mit einem starken Kopf und einem eisernen Willen« ausgestattet und loben mit unfreiwilliger Komik den »aufrechten Gang im Rollstuhl«, um sich letzten Endes dann doch, wie andere Behindertenfeinde auch, Gedanken über den »Lebenswert« des Fahrers zu machen.

Wolfgang Schäuble wird als Behinderter Opfer eines deutschen Aufbruchs, den er als Politiker selbst mitzuverantworten hat: Wer hierzulande die ohnedies nur dürftigen Reste eines auf die deutschen Verbrechen dieses Jahrhunderts bezogenen Schuldbewußtseins zu tilgen versucht, macht auch der aus (ohnedies nur schwach entwickelter) Scham resultierenden Zurückhaltung gegenüber den während des Nationalsozialismus Verfolgten ein Ende. Die Schonzeit für die »Andersartigen« ist vorbei - das Ressentiment aber hat sich gut durch die Zeiten gerettet. Den Schreibtischtäter Schäuble streift es jetzt als kalte Brise - zu klammheimlicher Freude ist da kein Anlaß: schließlich muß der Rollstuhlfahrer frösteln, nicht der Politiker. Die Aggression gegen den einen wird außerdem noch durch die politische Übereinkunft mit dem anderen gebremst. Behinderte, die nicht als Rassisten an der Spitze des Staates wirken, trifft es jetzt schnell schlimmer - jetzt, wo man sich in Deutschland traut, den Juden wieder richtig die Meinung zu sagen und »Euthanasie« als Wohltat für die freundlich als »schwerstbehindert« titulierten Menschen zu legitimieren, in denen man aber nur »Krüppel« sieht.

Oliver Tolmein ist Autor von »Geschätztes Leben - Die neue Euthanasie-Debatte« (Konkret Literatur Verlag

Konkret 02/92, S. 13

Jürgen Elsässer

Unter Schwaben

Die Grünen sind auch nur Deutsche. Shahla Blum, profilierte Vertreterin von Flüchtlingsinteressen im Stuttgarter Stadtrat, hat das zu spüren bekommen und ist aus der grünen Fraktion ausgetreten. Deren Mitglieder freuen sich, denn jetzt steht ihrer Christdemokratisierung niemand mehr im Weg

Um den Vorgang zu verstehen, muß man Stuttgart kennen, die spießigste Großstadt westlich der Elbe, wo wöchentliches Treppenhausschrubben (»Kehrwoche«), Stammtisch und Stammheim zum Blühen der Sekundärtugenden beitragen. »Halt dei Gosch, Du schaffsch beim Bosch«, sagten sich schwäbische Proleten früher; jahrelange Betriebsagitation hat das wenigstens zu einer cleveren Doppelstrategie ummodeln können: werktags mit der IGM für höhere Löhne kämpfen, sonntags mit der CDU die Jahreswagen und Eigenheime verteidigen.

Diesem Kleinbürger-Sumpf hatte sich die Öko-Partei seit jeher ein- und angepaßt, so daß Lothar Späth ihr attestieren konnte: »Die Grünen im Südwesten sind, vom Habitus bis zum politischen Gebaren, um vieles ‘bürgerlicher’ als ihre Parteifreunde in anderen Bundesländern. Nicht nur, daß einige von ihnen im Stuttgarter Landtag auch schon mal Krawatte und Anzug tragen und mitunter eine sehr verbindliche Tonart anschlagen.« Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, Ausstieg aus dem Atomausstieg, Koalitionsgeilheit - die schwäbischen Grünen waren immer die Trendsetter der Bundespartei. Nur: Außerhalb der Landesgrenzen hat das keiner gemerkt, denn wo Cohn-Bendit und Fischer noch ihr Turnschuh-Revoluzzer-Image vermarkten konnten, war Schwabens Klein-Fritz und Klein-Heidi immer die Sozialisation in CVJM, KBW oder beidem anzumerken.

Da man als Realo blaß blieb, versuchte man’s als Realissimo. Vor der Landtagswahl 1988 machte die Führungsclique der Südwest-Grünen der CDU ein Tolerierungsangebot. »Es ist an der Zeit, daß die Grünen einen Beitrag zur Überwindung der fatalen Zwei-Lager-Theorie leisten... Wir haben faktisch längst punktuelle Zusammenarbeit mit Teilen der CDU-Wählerschaft praktiziert... In der Tat böte uns diese Politik größere Gestaltungschancen als jede andere realistische Variante«, warben die Späth-Freunde um Rezzo Schlauch und Fritz Kuhn. Zwar wurde das Papier schließlich zurückgezogen, seine Protagonisten aber sitzen weiter in den Funktionen und Kneipen, wo die maßgeblichen Entscheidungen der Grünen getroffen werden.

Im nachhinein erscheint es Shahla Blum als »größte Fehlentscheidung meines Lebens«, sich mit diesen Leuten eingelassen zu haben. Dabei hatte die Zusammenarbeit ganz gut begonnen: Bei der Kommunalwahl im Herbst 1989 war die gebürtige Iranerin die große Überraschung auf der Liste der Grünen. Nominiert auf Platz 9, erhielt sie über 46.000 Stimmen und sprang damit auf Platz 2. Fast 80 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler hatten den grünen Wahlvorschlag nicht unverändert in die Urne geworfen, sondern Shahla gezielt oder mit mehreren Stimmen gepuscht (was nach dem komplizierten baden-württembergischen Verfahren möglich ist). Damit wollten sie offensichtlich ein Zeichen gegen die REPs und andere rechtsradikale Gruppierungen setzen, die schon damals 10 Prozent in der Stadt erzielten; anstatt »Ausländer raus« sollten gezielt »EinwanderInnen ins Rathaus« - so der Name der Initiativgruppe, die auf der grünen Liste lediglich hospitierte - gewählt werden.

Bald danach gab es den ersten Zoff: Während die Grünen sich gegen Saalverbote für Nazi-Versammlungen aussprachen und SPD und DGB deswegen von rechts kritisierten, beteiligten sich Shahla und andere »EinwanderInnen« an Demonstrationen, die die Verbotsforderung zum Teil recht handfest unterstützten. Mit der »Wiedervereinigung« spitzten sich dann die Differenzen zu. Die Landespartei hatte schon seit Mitte der 80er Jahre die »nationale Einheit von unten« gefördert, Shahla Blum warnte dagegen vor einer nationalistisch motivierten Rechtsentwicklung. In einer Situation, wo »die Annäherung der SPD an CDU/CSU und FDP eine Situation der absoluten Mehrheit im Lande der Germanen« geschaffen habe, nutze der grüne Vorschlag eines Einwanderungsgesetzes nur denjenigen, die »den Joker des Völkisch-Nationalen auf den Tisch legen« wollten, schrieb sie im Sommer ‘91 in der Immigrantenzeitschrift »Die Brücke«.

Das reichte, um sie innerhalb der Partei kaltzustellen. Die Fraktion setzte sie als Sprecherin für das Flüchtlingsressort kurzerhand ab, weil sie nicht bereit war, eine Erklärung zu vertreten, derzufolge »ein erheblicher Teil der Asylbewerber ... nicht politisch verfolgte Armutsflüchtlinge (seien)« (»Stuttgarter Nachrichten«, 26.9.91). Zum Knall kam es schließlich im Anschluß an die Stadtratssitzung vom 12. September, in deren Verlauf Shahla Blum die aufgeputschte Atmosphäre beschrieben hatte, die sich eine Woche später in Hoyerswerda und anderswo pogromartig entladen sollte. »Sie (die Politiker der Regierungsparteien) haben Hemmschwellen der Scham gebrochen, die Bevölkerung gehetzt und verhetzt. Die freigesetzten Gefühle sind unaufhaltsam.« Sie hatte der CDU und ihrem Oberbürgermeister Rommel eine Mitschuld an den ausländerfeindlichen Gewalttaten vorgeworfen, gleichzeitig aber konzediert: »Sie haben eine Situation eskaliert, ohne sich über all die Folgen im klaren zu sein.«

Das hätte auch eine beherzte Sozialdemokratin sagen können - für die Stuttgarter Grünen war es entschieden zuviel. Sie distanzierten sich sofort öffentlich und entschuldigten sich brieflich bei Rommel. In der Presse wurde eine Kampagne

gegen die prominente Immigrantin losgetreten. Kostprobe: »...für die grüne Fraktion war der Gipfel an dem Tag erreicht, an dem Frau Blum im Gemeinderat die Unvermessenheit und die Unverschämtheit besaß, ausgerechnet Rommel des Rassismus zu bezichtigen... Politisch sehe ich Frau Blum als Relikt der sektiererischen Gruppierungen der 70er Jahre an. Persönlich verhält sie sich in der Gruppe einerseits als Göttin der Rache, andererseits als Prima Donna« (»StN«, 1.10.91). Shala Blum wurde politisch auch im grünen Umfeld isoliert: Bei der Großdemonstration »Gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt« am 9. November durfte sie nicht reden - wohl aber der Oberbürgermeister.

Daß der Eklat durch eine Kritik an Rommel ausgelöst worden ist, kam nicht von ungefähr. Gemessen an den üblichen westeuropäischen Maßstäben handelt es sich bei ihm um einen Konservativen; seine Traumergebnisse bei OB-Wahlen verdankt er zur einen Hälfte der Pose des leutseligen Stadtvaters, zur anderen den Blitzkriegs-Erfolgen seines Vorfahren. Im Schwabenland wird allerdings benörgelt, daß er 1977 dafür sorgte, daß die RAF-Häftlinge ein ordentliches Begräbnis erhielten und nicht auf einer Mülldeponie verscharrt wurden, und daß er zur Zeit die bundesweit ausgehandelten Abschiebebeschlüsse gegen die Hooligans seiner eigenen Partei verteidigt. Grüne Deutsche halten das für liberal, nicht nur in Stuttgart: In Bremen regieren sie schließlich mit dem Rassisten Wedemeier, in Niedersachsen tolerieren sie Sammellager, in Hessen die Abschiebung in die »Zone« - so sollen »Wirtschaftsflüchtlinge« abgeschreckt und eine »sozialverträgliche Zuwanderung« (MdB Konrad Weiß) erreicht werden.

Nach Shahlas Austritt aus der Fraktion am 9. Januar atmeten die Grünen öffentlich auf. Kein Wunder, im April sind Landtagswahlen. Zwar wird sich die CDU eher von den REPs als von den Grünen tolerieren lassen, ersatzweise beschlossen die deswegen schon mal die Ampelkoalition. Doch der Rechtsruck der CDU, personifiziert im Wechsel vom alerten Stamokapler Lothar Späth zum tumben Stammtischler Erwin Teufel, läßt die Grünen auf Stimmen christlich-ökologischer Yuppies hoffen. Dafür ist politisches Händchenhalten mit dem Oberbürgermeister ganz nützlich. Eine bekannte Antirassistin wie Shahla Blum würde die Idylle nur stören.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 1/92 über das Golfkriegs-Tribunal

Konkret 02/92, S. 14

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« IV

Vierter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Auf telefonische Anfrage Anfang Januar 1992 wurden folgende Daten und Angaben mitgeteilt*:

Bundeskriminalamt, Pressestelle:

1991 wurden insgesamt in der BRD 2.370 Straftaten »mit ausländerfeindlichem Hintergrund« registriert, davon waren 338 Brandanschläge 247 in den alten, 91 in den neuen Bundesländern), 219 Angriffe gegen Personen (142 in den alten, 77 in den neuen Bundesländern). 1.813 Straftaten waren Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Bedrohungen und Propaganda-Straftaten.

Nach Bundesländern aufgeschlüsselt ergeben sich für die Brandanschläge und Angriffe gegen Personen folgende Zahlen: Baden-Württemberg: 29 Brandanschläge und 22 Angriffe gegen Personen; Bayern: 15 Brandanschläge, 7 Angriffe gegen Personen; Berlin: 4 Brandanschläge; Brandenburg: 14 Brandanschläge, 11 Angriffe gegen Personen; Bremen: 8 Brandanschläge und 2 Angriffe gegen Personen; Hamburg: 3 Brandanschläge und 2 Angriffe gegen Personen; Hessen: 22 Brandanschläge und 16 Angriffe gegen Personen; Mecklenburg-Vorpommern: 22 Brandanschläge und 6 Angriffe gegen Personen; Niedersachsen: 41 Brandanschläge und 16 Angriffe gegen Personen; NRW: 100 Brandanschläge und 53 Angriffe gegen Personen; Rheinland-Pfalz: 9 Brandanschläge und 9 Angriffe gegen Personen; Saarland: 3 Brandanschläge und 5 Angriffe gegen Personen; Sachsen: 32 Brandanschläge und 20 Angriffe gegen Personen; Sachsen-Anhalt: 17 Brandanschläge und 27 Angriffe gegen Personen; Schleswig-Holstein: 13 Brandanschläge und 10 Angriffe gegen Personen; Thüringen: 6 Brandanschläge und 13 Angriffe gegen Personen.

Dem BKA sind zwei Todesfälle bekannt (Saarland und Dresden).

Für 1990 liegen keine vergleichbaren Zahlen vor, da der Sondermeldedienst erst 1991 eingerichtet wurde.

LKA Baden-Württemberg:

1991 wurden in Baden-Württemberg 331 fremdenfeindliche Straftaten registriert, 30 davon waren Brandanschläge, 27 Angriffe gegen Personen. 1990 wurden dagegen 158 fremdenfeindliche Straftaten registriert, davon 10 Brandanschläge und 2 Angriffe gegen Personen.

LKA Niedersachsen, Pressestelle:

1991 wurden insgesamt 401 Gewalttaten gegen Ausländer registriert (zum Vergleich: im Vorjahr waren es ca. 65). Diese verteilen sich wie folgt auf die Bezirksregierungen: Lüneburg 113, Weser/Ems 88, Braunschweig 81 und Hannover 119.

Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Pressestelle:

Im Zeitraum vom 1.1. bis zum 15.12.91 wurden insgesamt 713 Straftaten gegen Ausländer registriert (im gesamten Bundesgebiet in demselben Zeitraum 2.245 laut Angaben des BKA), 479 davon waren gegen Asylbewerber gerichtet.

Zeitlich aufgeschlüsselt ergeben sich für die einzelnen Monate folgende Zahlen: Januar 10, Februar 13, März 19, April 29, Mai 16, Juni 31, Juli 15, August 31, September 113, Oktober 301, November 111, Dezember 24.

Aufgeschlüsselt nach Straftaten ergeben sich folgende Zahlen: 95 Brandstiftungen, 189 Sachbeschädigungen, 143 Bedrohungen, 73 Körperverletzungen, 30 Beleidigungen, 18 mal Landfriedensbruch, 9 Nötigungen, 68 Volksverhetzungen, 88 Sonstige.

Nach Regierungsbezirken aufgeschlüsselt: Detmold 32, Arnsberg 231, Münster 126, Düsseldorf 145, Köln 179.

482 Täter wurden ermittelt bzw. festgenommen. Bei 45 Straftaten wurden Skinheads als Täter identifiziert.

Eine Sonderauswertung der Zahlen von September bis Dezember ergab folgendes Bild: 70 % der Straftaten wurden während der Dunkelheit begangen; in 77,5 % der Fälle wurden die Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden aus dem örtlichen Umfeld begangen; 51,7 % der Straftaten wurden unter Alkoholeinfluß begangen; bei 80 % handelte es sich um Gruppenstraftaten.

Für 1990 liegen keine vergleichbaren Zahlen vor.

LKA Bayern:

Keine über die dem BKA mitgeteilten Daten hinausgehenden Informationen.

LKA Berlin, LKA Bremen, LKA Rheinland-Pfalz, LKA Hamburg:

Es liegen keine Zahlen vor, da in der kriminalpolizeilichen Statistik die Verarbeitung nach Delikten erfolgt. Staatsangehörigkeiten von Tätern und Opfern werden zwar erfaßt, da aber »ausländerfeindlich« als Kriterium nicht

verwendet wird, lassen sich hier rückwirkend keine Schlüsse ziehen.

Montag, 9.12.91

In Fürstenstein/Niederbayern verüben ein 18jähriges NPD-Mitglied und ein Fünfzehnjähriger Brandanschläge auf drei Autos von CSFR-Bürgern, ein weiteres Auto aus der CSFR wird von ihnen mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert und beschädigt.

Dienstag, 10.12.

In München stirbt ein Rumäne an seinen schweren Verletzungen. Er war am 29.9. von 10 Personen überfallen worden, erlitt einen Schädelbruch mit Gehirnblutung und lag seither im Koma.

Freitag, 13.12.

In Frankfurt/Main wird am frühen Abend ein Asylbewerberwohnheim mit Leuchtmunition beschossen.

Brand in einer ehemaligen Gaststätte in Taufkirchen/Landkreis München, in der ausschließlich Asylbewerber wohnen. Die Brandursache ist unklar.

Samstag, 14.12.

In Senftenberg wird eine Polizeiwache von ca. 30 Jugendlichen mit Steinen angegriffen. Sie rufen ausländerfeindliche Parolen.

In Eppstein/Taunus werden bei Schlägereien zwischen Ausländern und Deutschen sechs Personen verletzt.

In Buxtehude kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und Teilnehmern einer antifaschistischen Demonstration.

Mitte Dezember:

Die Landrätin des Kreises Zeulenroda in Thüringen, Martina Schweinsberg, plant, Asylbewerber im Gefängnis Hohenleuten einzuquartieren, da sie sie »nicht anderweitig unterbringen« könne.

Samstag, 21.12.

Brandanschlag auf ein Mehrfamilienhaus, das, außer von dem deutschen Eigentümer, von einem Vietnamesen und einem US-Ehepaar bewohnt wird.

Sonntag, 22.12.

In Guben an der deutsch-polnischen Grenze werden vier polnische Autos mit Steinen und Knüppeln überfallen, dabei werden Scheiben zerschlagen.

In Oberhausen dringen rund 30 teilweise betrunkene Skinheads in ein Asylbewerberheim ein und zerschlagen Fensterscheiben. Bei ihrem anschließenden Zug durch die Stadt wird ein Türke zusammengeschlagen.

Montag, 23.12.

Sachsens Innenminister Heinz Eggert kündigt an, daß die Sonderkommission »Rechtsextremismus« auch über das Jahresende hinaus ihre Arbeit fortsetze. Bis Ende Oktober wurden mehr als 70 Überfälle auf Ausländerunterkünfte registriert.

Dienstag, 24.12.

In Jüterbog/Brandenburg werden Scheiben eines Asylbewerberheims eingeworfen, ein vor dem Haus abgestelltes Auto wird umgestürzt. Auf ein zweites Asylbewerberheim wird ein Brandanschlag verübt, der Brand kann jedoch von den Bewohnern gelöscht werden.

In Sömmerda/Thüringen schlagen unbekannte Täter Scheiben eines Asylbewerberheims ein.

Mittwoch, 25.12.

Erneut Angriffe auf das Asylbewerberheim in Sömmerda.

Donnerstag, 26.12.

Weitere Angriffe auf das Asylbewerberheim in Sömmerda.

Mohrkirch/Schleswig: Ein halbes Jahr nach der Ablehnung seines Asylantrags nimmt sich ein 24jähriger Student aus Somalia das Leben.

Freitag, 27.12.

In Frankfurt/Main versuchen Verwandte mit Gewalt die Beziehung zwischen einer 18jährigen Deutschen und einem jungen Türken zu beenden. Vater, Onkel und weitere Familienmitglieder stürmen mit Baseballschlägern und einem Fleischermesser bewaffnet die Wohnung der jungen Frau. Es gelingt ihnen jedoch nicht, in die Wohnung einzudringen. Die Polizei kann den Onkel festnehmen, gegen den bereits ein Haftbefehl vorlag, weil er den türkischen Freund der Nichte bereits im Oktober zusammengeschlagen und niedergestochen hatte.

Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz gibt die Zahl der Skinheads in Berlin mit etwa 500 Personen zwischen 17 und 25 Jahren an. In den ersten neun Monaten 1991 wurden 60 »Vorfälle« mit Skinheads bekannt, 40 davon waren mit Gewalttätigkeiten verbunden. Die meisten Angriffe waren gegen Ausländer oder politisch Andersdenkende gerichtet.

Samstag, 28.12.

In Wartin/Kreis Angermünde greifenJugendliche ein Asylbewerberheim an.35 Fensterscheiben werden zerstört, ein Brandsatz gezündet und mehrere PKW beschädigt.

Dienstag, 31.12.

In Görlitz versammeln sich 30 Jugendliche auf dem Bahnhofsvorplatz und rufen ausländerfeindliche Parolen.

In Schwerin werden drei Asylbewerber aus Zaire auf der Straße von Neonazis angegriffen.

Dienstag/Mittwoch, 31.12.91/1.1.92

In Sömmerda/Thüringen greifen 40 Jugendliche ein Asylbewerberheim mit Steinen und Feuerwerkskörpern an und rufen ausländerfeindliche Parolen.

In Erlangen werden in einem Asylbewerberheim durch einen Brand noch ungeklärter Ursache drei Menschen verletzt. Weitere 40 Bewohner müssen evakuiert werden.

In Haldesleben bei Magdeburg werden Schüsse aus einer scharfen Waffe auf ein Asylbewerberheim abgegeben.

Samstag/Sonntag, 4./5.1.

In mehreren thüringischen Städten (Jena, Moderwitz, Rudolstadt) überfallen Skinheads Jugendliche und Flüchtlinge.Acht Menschen werden zum Teil schwer verletzt.

Sonntag, 5.1.

In Sömmerda werden Tränengasgranaten in den Hof eines Asylbewerberheims geworfen.

Montag, 6.1.

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Waldkirch bei Freiburg/Breisgau. Ein Libanese wird lebensgefährlich verletzt, weitere 20 Asylbewerber werden mit Rauchvergiftungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Nach Auskunft des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor wurden in NRW 1991 insgesamt 725 rassistisch motivierte Straftaten verübt, viermal so viel wie im Vorjahr. Davon waren 95 Brandanschläge und 73 Körperverletzungen.

Mittwoch, 8.1.

In Dinslaken/NRW schießen Unbekannte auf ein Asylbewerberheim.

In Geske/Westfalen wird das neben einem Asylbewerberheim geparkte Auto eines Flüchtlings in Brand gesetzt.

Samstag, 11.1.

In Werder wird ein Soldat der ehemals sowjetischen Streitkräfte von drei Jugendlichen zusammengeschlagen. Er wird mit Gesichtsverletzungen ins Militärhospital eingeliefert.

Samstag/Sonntag, 11./12.1.

Auf ein Ausländerwohnheim in Salzhausen/Kreis Harburg werden zwei Anschläge verübt: Scheiben eingeworfen, mit einem Gasrevolver in die Wohnräume geschossen.

Dienstag, 14.1.

Brand in einem Flüchtlingsheim in Trier. Ein Bewohner wird schwer verletzt, als er bei der Flucht vor dem Feuer aus dem zweiten Stock springt, ein weiterer erleidet schwere Rauchvergiftungen. Zwei Personen kommen mit leichten Verletzungen davon. Nach Angaben der Polizei können sichere Aussagen über die Brandursache nicht gemacht werden, der »äußere Anschein« spreche jedoch für Brandstiftung.

Mitte Januar

Eine von der Berliner Ausländerbeauftragten in Auftrag gegebene telefonische Umfrage unter rund 1.000 türkischen Jugendlichen erbrachte u.a. folgende Ergebnisse: Nur 66 Prozent der Befragten gaben an, sich in Berlin wohl oder sehr wohl zu fühlen (1985: 78 Prozent; 1989: 88 Prozent). Als Gründe nannten 93 Prozent an erster Stelle Ausländerhaß und Angst vor Übergriffen, andere Gründe haben im Vergleich zu früheren Befragungen stark an Bedeutung verloren. 4,2 Prozent der Jugendlichen sind selbst Opfer von Gewalttaten geworden. Ein Drittel gab an, heute häufiger als vor zwei Jahren ausländerfeindlichen Übergriffen oder Anfeindungen ausgesetzt zu sein, in erster Linie von Seiten anderer Jugendlicher (21 %) und älteren Menschen (18 %), vor allem auf der Straße und in der U-Bahn.

*Teilweise waren die statistischen Auswertungen für 1991 noch nicht abgeschlossen.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember ‘91

Konkret 02/92, S. 16

Freerk Huisken

Gute Taten für Deutschland

Ist der neue Anti-Rassismus ein Akt vorauseilenden Gehorsams? Ein Beitrag zur Kritik einer bornierten Bewegung

Wer sich hartnäckig weigert, aus seinen Fehlern zu lernen, für den sind es eben keine:

Da gab es hierzulande eine Bewegung, die mahnte bei ihrer Herrschaft den Frieden an. Der stünde Deutschland besser zu Gesicht als der Krieg, weswegen das Land auch keine Pershings brauche und nicht schon wieder Schlachtfeld werden dürfe. Der Streit über die anständigste Sicherheitspolitik für die Heimat führte »auf der Straße« zu zahlreichen Mißverständnissen, die inzwischen längst behoben sind. Der Schulterschluß zwischen alter/neuer Friedensbewegung und denen, die noch in jeden Frieden Bewegung bringen, ist während des Golfkriegs endgültig vollzogen worden: Deutsche Politik, so sieht man die Dinge, ist Friedenspolitik, die sich nur in gerechte Kriege einmischt; was wir unserer Vergangenheit bekanntlich schuldig sind - mag sich das neue Großdeutschland auch so unverschämt aufführen, wie immer es will.

Da gab es eine Bewegung, die setzte sich für eine saubere »Umwelt« ein. Die sei für den deutschen Wald, die deutschen Gewässer, deutsche Luft und sogar für die Deutschen selber gesünder, weswegen das Land auch keine AKWs, keine Stinke-Autos und keine unkontrollierte Müllbeseitigung brauche. Auch hier inzwischen dasselbe Bild: »Umwelt« - das ist ein anerkannter Titel und Inhalt von Politik, in der sich die grünen Blockierer von einst bewähren dürfen. Der Streit von damals spielt dort, wo er seiner Qualität nach auch hingehört, im Parlament. Und selbst die Atomlobby zollt Joschka Fischer mittlerweile Beifall für seine Fähigkeit, Lücken in der Gesetzgebung zu erspähen - die dann natürlich geschlossen werden müssen.

Jetzt beginnt das Theater von neuem: Eine Bewegung gegen Rassismus in Deutschland bricht los, findet Fremdenhaß unmoralisch und meldet Einwände gegen die offizielle Ausländerpolitik an. Und erneut wird sie umgehend von der großen Politik eingeholt; was sich nicht einem Naturgesetz des Protestierens in demokratischen Staaten, sondern erneut einzig und allein dem Inhalt des Protestes verdankt.

Dabei sah zunächst alles ganz anders aus: Deutsche Ausländerpolitiker schienen keine Skrupel zu haben, sich bei ihrer Abschreckungspolitik gegenüber Asylbewerbern der tatkräftigen Hilfe von Skins und Rechtsextremen zu bedienen. Mit dem verlogenen Argument von der polizeilichen Ohnmacht tauchten die Hüter der Ordnung immer erst dann am Tatort auf, wenn die neonazistischen Banden sich bereits ausgetobt hatten. Nicht ganz zu Unrecht warfen ihnen die Antifa- und Antirassismus-Gruppen daher Kumpanei mit den rechtsradikalen Totschlägern vor. Doch handelte es sich weder um eine Kumpanei im politischen Anliegen, noch um eine Zustimmung zu den Gewalttätigkeiten des Mobs. Brauchbar war vielmehr und allein die Wirkung seines Vorgehens auf die Moral von Aus-, aber auch auf die von Inländern. Flüchtlinge wurden vor die hübsche Wahl gestellt, entweder gleich in der Heimat oder aber im Asylland verfolgt und angezündet zu werden. Den Inländern wurde die »Gefahr einer drohenden Asylantenflut für Deutschland« drastisch ausgemalt. Daß sich inzwischen die Skins an eine härtere Gangart der staatlichen Ordnungsdienste haben gewöhnen müssen, liegt daran, daß es kein Staat - und der deutsche schon gleich gar nicht - zuläßt, daß Bürger seine Anliegen in ihre Hände nehmen und sich sogar, bestätigt durch die Ausländerpolitik, im staatsmoralischen Recht wähnen, wenn sie Gewalt gegen unerwünschte Fremde gleich selbst exekutieren. Dies steht bekanntlich nur den politischen Organen zu; und es ist wirklich nur noch eine Frage der Zeit, bis an der jetzt von der BRD errichteten neuen Mauer zum Osten die ersten Opfer von bewaffneten Grenzschützern mit Schießbefehl anfallen.

Und so fanden sich die Antifa- und Antirassismus-Gruppen plötzlich in einer Front gegen Ausländerfeindlichkeit mit eben den Kräften, die sie gerade als die politischen Drahtzieher von Fremdenhaß und Rassismus dingfest gemacht und die sie der stillen Duldung von Angriffen auf Ausländer geziehen hatten. Da begann jeder Politiker seine Rede mit einer Distanzierung vom Fremdenhaß; es wurde Mode, sich mit Ausländern ablichten zu lassen, und Blüm erklärte sich sogar selbst zum Ausländerwohnheim. »Wir haben nichts gegen Ausländer«, heißt inzwischen das Motto, unter dem Schulen ihre antirassistischen Tage bekommen und in Talk-Sendungen echte Ausländer, die nicht Baker, Jelzin, Mitterand oder Shamir heißen, sagen dürfen, daß auch sie ein Lebensrecht haben. Die Parolen und Bekenntnisse der Bewegung - »Alle Menschen sind Ausländer - fast überall«, »Ausländer, laßt uns mit diesen Deutschen nicht allein«, »Ich bin ein Ausländerfreund« usw. - wurden für salonfähig und zur politischen Kleinkunst erklärt und zieren den Abspann des »Weltspiegel« ebenso wie jede Rede des Bundespräsidenten.

All dies ist keineswegs Ausfluß eines taktischen Manövers der Ausländerpolitiker, die damit nur »ihre wahren Absichten verschleiern« oder bloß einer antideutschen Stimmung im Ausland begegnen wollen. (Als ob eine deutsche Regierung, die mit ihrer DDR-Annektierung bei den Konkurrenten in Europa, mit ihrer Jugoslawien-Politik nicht nur in Serbien und mit ihrem WEU-Engagement in den USA jede Menge antideutscher Ressentiments erzeugt hat, so etwas nötig hätte.) Daß die Ausländerpolitiker keinen Haß gegen Ausländer hegen, ist vielmehr eine politische Wahrheit, die keineswegs mit ihrem

Urteil kollidiert, daß »das Boot voll« sei. Vielmehr wird von oben zugleich mit der Initiierung von Ausländerfeindlichkeit Front gemacht gegen ihre Übertreibung durch brave Deutsche, die sich als unpraktisch erweisen könnte:

Ein Ausländer, das lehrt ein Blick in die Ausländergesetzgebung, ist nämlich für den politischen Souverän ein Mensch, der nicht seiner, sondern einer fremdstaatlichen Hoheit untersteht. Mit dieser imperialistischen Einsortierung ist ein Ausländer weder verurteilt noch geschätzt. Vielmehr ist als sein Charakteristikum ein recht prinzipieller Mangel festgehalten: Die Benutzung auswärtigen Menschenmaterials kommt an der Berücksichtigung jener Staatsgewalt, der es untersteht, nicht vorbei. Ein Ausländer ist also nichts als ein Mensch, über den der hiesige Staat kein unbeschränktes, natürlich immer Recht und Gesetz gehorchendes, Verfügungsrecht geltend machen kann. Darin unterscheidet sich der Auswärtige im übrigen vom Inländer - was durchaus die Frage aufwirft, ob es eigentlich ein Glück oder ein Pech ist, als Inländer registriert zu sein.

Im Status des Ausländers kommen also zwei Dinge zusammen: Erstens das Interesse eines Souveräns, ihn - wie auch das fremde Territorium insgesamt - nach Nutzenkriterien zu betrachten. Mit dem Import von Ausländern kann die Politik z.B. dem Kapital einen Dienst erweisen, indem sie erlaubt, daß nichtdeutsche Arbeitskräfte die Reihen der »Reservearmee« füllen. Mit ihm läßt sich aber auch gut Außenpolitik betreiben. Wenn »politisch Verfolgte« vorübergehend hofiert werden, dann dient das nicht»den Menschen«, sondern der Ächtung eines »Unrechtsregimes«; was die Betroffenen oft verwechseln und sich dann bitter über die »unmenschliche Behandlung« durch ihre neue Heimat beklagen, die doch »bloß« das Resultat eines politischen Kurswechsels in der alten ist.

Zweitens das Wissen, daß jeder Versuch der Benutzung von fremden Menschen für eigenstaatliche Anliegen an der fremdstaatlichen Hoheit nicht vorbeikommt. Die mag sich geneigt zeigen, wie etwa im Fall der »Gastarbeiter«-Abkommen mit der Türkei. Oder sie mag den fremden Zugriff auf ihre Bürger als unerlaubte Einmischung in die inneren Angelegenheiten verurteilen, wie dies etwa bei jeder Flucht(hilfe)aktion eines DDR-Bürgers der Fall war.

Wenn zur Zeit eine bestimmte Gruppe von Ausländern - z.B. die armen Schlucker aus dem Osten , als »Flut« perhorresziert wird, die Deutschland überschwemmen und ins Chaos stürzen könnte, so steht dies zunächst einmal nicht für Fremdenhaß, sondern ganz nüchtern für das aktuelle Urteil und die aktuelle Praxis der Ausländerpolitik: »Zur Zeit kein Bedarf an fremden armen Schluckern, weder ein polit-ökonomischer, noch ein rein politischer!«

Diese Abwägung von fremdem Menschenmaterial nach ihrer Benutzbarkeit und den politischen Kosten derselben liegt dem inländischen Durchschnittsstaatsbürger fern. Kein Wunder. Weder stellt er Ausländer als Arbeitskräfte ein, noch verbucht er einen diplomatischen Erfolg, wenn wieder einem fremden Staat sein Unrechtscharakter dadurch demonstriert worden ist, daß seine Bürger in der Fremde wie Inländer aufgenommen wurden. Er übersetzt sich vielmehr die staatliche Fremdenpolitik in seine privaten Gründe, über die er reichlich verfügt. Und schon ist die »Asylantenflut«, die auf »uns« zukommt, zugleich auch irgendwie verantwortlich für seine ganz persönlichen Einkommens-, Miet- oder Gesundheitssorgen. Seinem Heimatstaat traut er nämlich nicht zu, daß der beteiligt ist, wenn es für ihn Grund zum Klagen gibt. Er bevorzugt den umstandslos sortierenden Fanatismus, demzufolge ein Ausländer hier nichts zu suchen hat, weil er Ausländer, also Nichtdeutscher ist.

Dies ist nicht der Standpunkt der hiesigen Führung. Staats- und Bürgerlogik treten an diesem Punkt auseinander. Kohl, Genscher oder Schäuble können sich sogar vorstellen, daß der Übereifer der Untertanen nicht nur einer streng staatsmaterialistisch verfahrenden Kalkulation einen Strich durch die Rechnung macht, sondern manchmal sogar ihre eigene Vernutzung behindert. Sie sollen schließlich im Inland immer dann mit Ausländern gut und fruchtbar zusammenarbeiten, wenn es konjunkturell erforderlich ist. Fremdenhaßausbrüche könnten da schon einmal stören.

Immer müssen Freunde von Feinden nach staatlicher Vorgabe und nicht etwa nach privatem Urteil unterschieden werden. Dabei hat der Staatsbürger die nötige Flexibilität zu zeigen: Es kann nämlich sein, daß ein »befreundetes Volk« von heute auf morgen in Ungnade fällt, weil sich der Standpunkt des hiesigen Staates - nicht etwa gegenüber dem Volk, sondern - gegenüber der fremden Herrschaft geändert hat (oder umgekehrt: in Gnade, wie jetzt die Kroaten). So mag es auch mal wieder nötig sein, auf fremdländische Arbeitskraftreserven zurückzugreifen; weswegen dann das Boot nicht voll ist, sondern noch viel Platz aufweist. Außerdem machen sich im Augenblick im Inland einige Millionen Ausländer mehr oder weniger nützlich, denen gegenüber nicht der Privatfaschismus der Bürger vom Zügel gelassen werden darf, sondern dieeinen Anspruch auf staatliche Behand-lung nach allen Regeln des je nach Bedarfnovellierten Ausländerrechts haben: »Raus, wer hier nichts mehr zu suchen hat! Klap-pe halten und möglichst bis in die Seelehinein deutsch werden, wer hier bleiben darf!«

Aber nicht weil privatfaschistische Übertreibungen der gültigen Ausländerpolitik deren praktische Anliegen durcheinanderbringen könnten, hat der deutsche Bürger hier stets auf Linie zu bleiben, sondern weil der großdeutsche Nationalismus, heute als Internationalismus vorgetragen, auch vom Bürger verinnerlicht gehört. Wo er bereits pariert, da wird um so mehr Wert auf ‘inneren Gehorsam’ gelegt.

Die Antirassisten der »Bewegung« sehen - nicht zu unrecht - in der Ausländerpolitik die Drahtzieher des Bürgerfaschismus und stehen zugleich völlig hilfslos vor den zahlreichen antirassistischen Bekundungen der Ausländerpolitiker. Sie machen

es sich dann in der Regel sehr einfach und glauben ihnen nicht. Oder sie halten sie gar für ihre Verbündeten. Im ersten Fall können, im zweiten Fall wollen sie nichts daran ändern, daß ihr eigener bornierter Antirassismus in die staatliche Aufklärungskampagne über den »modernen Umgang« mit Ausländern, also in den imperialistischen Rassismus hineinpaßt. Borniert ist ihr Anliegen, weil sie Rassismus nur dort auszumachen vermögen, wo er sich fanatisch, im Prinzip faschistisch äußert. Dort aber, wo er sich den weltweiten Interessen eines Nationalstaates (bzw. seiner Ökonomie) zweckdienlich macht, da können sie ihn nicht erkennen. Ein Rassismus, der nach Hautfarbe oder anderen Übersetzungen von fremder Staatszugehörigkeit in Natureigenschaften sortiert und davon das Urteil über die Brauchbarkeit eines Menschen abhängig macht, ist ihnen vertraut. Wo Rassismus jedoch als Urteil des imperialistischen Staates über die universelle Benutzbarkeit des weltweiten Menschenmaterials daherkommt, über die je nach Nationalinteresse zu befinden ist, da entdecken sie ihn nicht mehr (vgl. F. Huisken, Ausländerfeinde und Ausländerfreunde, VSA 1987, S.55ff).

Dabei ist der noch um einiges härter, weil allgemeiner: Unmodern ist es in den Metropolen der zivilisierten weißen Welt nämlich geworden, es allein für eine Naturbestimmung der Schwarzen zu halten, daß sie zu arbeiten haben, und zwar für die Weißen. Und als nicht mehr zweckmäßig gilt es, das Staatsvolk nach Gottlosen und Gläubigen, nach Ariern und Nichtariern vorzusortiern, bevor man dann die einen in den »Staatsdienst« nimmt und die anderen als Staatsfeind mißhandelt. Modern ist es vielmehr, sich bei der Sichtung des Menschenmaterials nicht mehr durch atavistische Kriterien wie Rasse, Hautfarbe oder Religion beschränken zu lassen. Am Band, unter Tage, im Büro und in der Kantine ist zunächst einmal jeder Mensch gleich. Selbst die Einstufung nach Lohngruppen erfolgt nicht gemäß rassistischer, sondern geschäftlicher Kriterien; wozu sich dann klassische Rassismen, auch der Geschlechterhaß, sehr wohl nutzen lassen. Mit guter Erziehung kann schließlich jeder zu einem brauchbaren Arbeiter, Steuerzahler und Wahlbürger gemacht werden. Der moderne Rassismus kennt nur noch eine Menschennatur: Behandelt wird der Mensch, als sei es seine Naturbestimmung, sich den Brauchbarkeitskriterien des kapitalistischen Weltmarkts und der grenzübergreifenden demokratischen Gewalt zu unterwerfen. Wer das tut, der zeigt bekanntlich seine Reife; wer sich verweigert, der erweist sich als unreif, faul oder leistungsunfähig.

Solange Antifa-Gruppen nicht begreifen, daß dies die Wahrheit des modernen universellen Rassismus ist, solange wird ihr Kampf gegen den bornierten Rassismus der deutschen Bürger von der offiziellen Ausländerpolitik ebenso instrumentalisiert werden können wie das Abfackeln von Ausländerwohnheimen durch Skins. Die einen sind die - begrenzt - nützlichen Idioten von staatlichen Abschreckungsstrategien. Die anderen sind die - unbegrenzt - nützlichen Idioten einer staatlichen Aufklärungkampagne, die klarstellen will, daß deutsche Politiker wirklich nichts gegen Ausländer haben, weil sie alle Menschen, die sich in der Reichweite ihres Einflusses befinden, also Inländer sowieso und Ausländer jenachdem, als Material ihrer nationalen, nicht nur ökonomischen, Interessen abzuschätzen und einzusetzen gewohnt sind.

Zu befürchten steht aber, daß wieder einmal nicht aus Fehlern gelernt wird, weil es in der »Bewegung« gar nicht um Aufklärung geht, sondern erneut um gute Taten für Deutschland. Wer sich nämlich hartnäckig weigert, aus seinen Fehlern zu lernen, für den...

Freerk Huisken ist Professor für Politische Ökonomie des Ausbildungssektors an der Universität Bremen

Konkret 02/92, S. 20

Georg Fülberth

Eine deutsche Völkerfamilie

An der Frage, ob Erich Honecker in die BRD verschleppt werden kann, wird sichtbar werden, wieviel Macht das größere Deutschland tatsächlich hat, seinen Willen gegen das Widerstreben anderer Staaten durchzusetzen

Die Herrin des Verfahrens

Manchmal wird bezweifelt, ob die führende Gruppe in der westdeutschen politischen Klasse - sagen wir: im Bundeskanzleramt und drumherum - Erich Honecker überhaupt einfangen und vor Gericht stellen will. Es müsse doch einigen Regierungs- und Oppositionsfiguren peinlich sein, so hört man, wenn dort noch einmal ausführlich erörtert wird, wie sie enge Beziehungen zur Spitze der SED eingegangen sind und diese sorgfältig gepflegt haben.

Genau dies kann aber ein zusätzlicher Grund sein, Honecker den Prozeß zu machen. Denn nicht alle haben Einvernehmen mit ihm demonstriert. Andere - zum Beispiel Kohl und Rühe - verhielten sich sogar zu Zeiten des SED-SPD-»Streitkultur«-Papiers und während des Staatsbesuchs von 1987 ziemlich brüsk, und wieder andere kamen gar nicht erst in die Verlegenheit, ihr Verhältnis zu ihm näher bestimmen zu müssen. Sie sind jetzt fein heraus und werden diesen Vorteil gern im politischen Konkurrenzkampf ausnützen wollen.

Bedenklicher könnte schon werden, daß es keinen Paragraphen des Strafgesetzbuches gibt, der so auf Honecker angewandt werden kann, daß das Ergebnis nicht auf einen Freispruch hinausliefe. Schon bei Erich Mielke ist man ja im wesentlichen auf eine politische Mordsache aus dem Jahr 1931 angewiesen. Die Anklage gegen Honecker aber wäre vollends ohne Substanz. Ginge es mit rechten Dingen zu, würde sich bei einem Prozeß über »Regierungskriminalität« herausstellen, daß die DDR das getan hat, was ein Staat eben darf, und dies ist dasselbe, was andere Staaten sich ebenfalls herausnehmen können und nur dann unterlassen, wenn sie sich stark genug fühlen, auch gelinder verfahren zu können. Es könnte, würde die Verhandlung von der Verteidigung nur geschickt genug genützt, bekannt werden, was ohnehin alle hätten wissen können: daß Staaten Repressionsorgane sind (marxistische Interpretation) oder haben (liberale Deutung) und daß von diesem Urteil keiner ausgenommen werden kann, selbstverständlich auch die Bundesrepublik Deutschland nicht und schon gar nicht so manches andere Gemeinwesen, dem diese mit Geld, Waffen und Freundschaft hilft.

Die DDR gilt allerdings als Unrechtsstaat. Das ist falsch. Sie war zwar keine parlamentarische Demokratie mit Gewaltenteilung, aber durchaus ein Rechtsstaat (ohne daß damit unbedingt etwas Positives über sie ausgesagt wäre), wenn auch ihr Recht vielen nicht recht gewesen ist. Ihr innenpolitisches Handeln war gesetzlich normiert, und zwar mit egalitärem Anspruch, was jeden Vergleich mit dem Nationalsozialismus von vornherein ausschließt. Die Differenz zwischen Text und Realität mag größer gewesen sein als anderswo und ist doch nirgends völlig unbekannt. Sogar die »Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei« war närrischerweise in die Verfassung hineingeschrieben worden. Die Differenz zwischen Norm und Realität hatte ihre Ursache nicht hauptsächlich in Rechtsbrüchen, sondern darin, daß die Gesellschaft sich häufig gleichsam autonom gegenüber den juristischen Texten verhielt (in Wirklichkeit allerdings eher teilautonom, da nicht nur eigenen Bewegungsgesetzen folgend, sondern zugleich denen des Westens). Deshalb war die DDR auch nicht »totalitär«, manchmal sogar eher unfreiwillig anarchisch als autoritär. Zu dem Vielen, was sie vom Faschismus unterschied, gehört, daß sie sich scharf ans Völkerrecht hielt, das sie fälschlicherweise sogar als eine ihrer eigenen Bestandsgarantien ansah. Die gewaltsamen Notwehrakte ihrer politischen Repräsentanten sind strafrechtlich ebensowenig faßbar wie Abschiebungen von Asylsuchenden aus der BRD, und welche Souveränitäts-Ausübung schlimmer ist, darüber reden wir vielleicht ein andermal. Es ist möglich, daß ein Staat ein Rechtsstaat ist, ohne zugleich eine Demokratie zu sein.

Doch wen juckt das? Inzwischen ist der Fall propagandistisch so aufbereitet, daß die deutsche Justiz es glatt schaffen würde, die DDR zu verurteilen, ohne dasselbe auch für die BRD tun zu müssen. Sie kann sich das Verfahren gegen Erich Honecker genehmigen, und wenn sie nichts anderes findet, wird er eben wegen Beischlaf-Diebstahls verurteilt. Ihre Beteuerung, sie wolle ihn haben, ist durchaus glaubhaft.

Diplomatie unter Ungleichen

Bleibt die Frage, wer den Erfolg ihrer Jagd vereiteln kann oder auch nur will.

Die russische Regierung gewiß nicht. Deren Justizminister Fjodorow war offensichtlich bereit, ein Kommando in die chilenische Botschaft zu schicken, um Honecker herauszuholen. Anders kann seine Drohung während des zweiten Ultimatums nicht verstanden werden: Falls der inzwischen ungebetene Gast des Land nicht verlasse, werde »der Mechanismus in Gang gesetzt, die Entscheidung der Regierung gewaltsam durchzusetzen«. Das allerdings ging wohl selbst

den Paten in Deutschland zu weit. Im BRD-Fernsehen war die Warnung zu hören, eine Botschafts-Erstürmung sei völkerrechtlich doch wohl etwas ungewöhnlich. Man war sich relativ sicher, Honecker auch auf zivilere Weise noch kriegen zu können, also konnte man sich gröbere Lösungen verbitten. Inzwischen läßt man den russischen Klienten Unzufriedenheit spüren: er habe seine Chance, sich gefällig zu erweisen, einfach verpaßt. Der schmollt. Die russische Regierung beteuerte auf einmal, sie habe mit der Sache »überhaupt nichts zu tun«. Nun muß die BRD in Chile vorstellig werden.

Dort trifft sie keineswegs nur auf eisige Mienen. Außenministerium und Staatspräsident versicherten schnell, »Honecker könne nicht mit politischem Asyl rechnen«. (»Welt«, 13.12.1991). Der »Guardian« charakterisierte die Situation wahrscheinlich zutreffend: »Die Minister des modernen Chile fürchten trotz ihrer eigenen Exilerfahrung, die Freunde in Bonn zu kränken.« Und weiter: »Die offizielle Position Chiles gegenüber Honeckers Ersuchen ist eine legalistische: Honecker hat keinen Paß und kann deshalb nicht reisen. Den chilenischen Ministern, die einst selber im Exil lebten, muß diese wenig hilfreiche Antwort schwergefallen sein« (zitiert nach »taz« vom 16.12.1991).

Ob Erich Honecker in der Botschaft bleiben kann, wird vom politischen Kräfteverhältnis in Chile, insbesondere in der Koalition u.a. zwischen Sozialisten und Christdemokraten abhängen. Dieses scheint ihm günstig. Aber man nimmt Einfluß. »Auch habe das Verhalten Chiles keine Auswirkungen auf die Entwicklungshilfe« (»taz«, 17.12.1991): so wird der BRD-Regierungssprecher Vogel zitiert. Das Gemeinte dürfte im Gegensatz zum Gesagten stehen. Es genügt, daß die »Entwicklungshilfe« überhaupt erwähnt wird. Einem Hinauswurf Honeckers aus der Botschaft müßte ein Koalitionsbruch oder ein Umfall der Sozialisten vorangehen. So etwas passiert allerdings nicht von heute auf morgen.

Und selbst dann noch müßte dem chilenischen Botschafter verboten werden, Erich Honecker als privaten Gast in seiner Residenz zu beherbergen. Hier stößt der deutsche Drang an ein historisch gehärtetes Rückgrat. Der Botschafter, Clodomiro Almeyda, war nach Pinochets Putsch bis 1975 in Haft und erhielt dann von der DDR jenes politische Asyl, welches ihm vorher Baden-Württemberg verweigert hatte. Seine Abberufung allerdings könnte Honecker den Schutz entziehen. Und schon rät Reißmül-ler zu einer Säuberung: »Die chilenischeRegierung hat Anlaß, sich ihre MoskauerVertretung näher anzusehen« (»FAZ«, 13.12.1991).

Eine weniger grobe Lösung bestünde im normalen diplomatischen Revirement. Kein Botschafter bleibt ewig auf seinem Posten, irgendwann wird er auf normalem Wege versetzt. Ein Nachfolger könnte mit Erich Honecker, falls der dann noch lebt, anders verfahren.

Dieser hat also guten Grund, sich um eine Ausreise nach Nordkorea zu bemühen. Dort wurde ihm ebenfalls nicht politisches Asyl angeboten, sondern Krankenbehandlung. Die Regierung in Pjöngjang meint offensichtlich auch Anlaß zu haben, nicht zu hart mit der BRD aneinanderzugeraten. Die »Bild-Zeitung« weist darauf hin, was dem fremden Volk etwa entgehen könnte, indem sie einen »Ersten Sekretär« des »Leiters des Büros der Koreanischen Demokratischen VR in Berlin« zitiert. Dieser soll gesagt haben, der Fall Honecker belaste »unsere Beziehung zur Bundesrepublik. Eine peinliche Sache. Die Bundesrepublik ist unser wichtigster westlicher Handelspartner, das soll so bleiben« (19.12.1991).

Wer weiß, ob es diesen Mann wirklich gibt und ob er das erzählt hat. Ohnehin muß die Nachricht in umgekehrter Richtung gelesen werden: »Bild« teilt nicht eine koreanische Meinung mit, sondern gibt bekannt, womit gedroht werden könnte.

Daß Nordkorea Erich Honecker keinen Diplomatenpaß ausgestellt hat (er dürfte dann nicht in Moskau verhaftet werden), wird allerdings eher damit zusammenhängen, daß es sich eben auf humanitäre Hilfe, nicht Asyl festgelegt hat. Noch gewichtiger ist wahrscheinlich ein anderer Grund: Es ist wohl von der russischen Regierung keine Garantie dafür zu bekommen, daß sie selbst in diesem Fall eine ungehinderte Abreise zulassen würde. Sie versicherte dem deutschen Botschafter, »daß ein Transfer Honeckers zum Flughafen in jedem Fall unterbunden wird«. Wieder legt die »Bild-Zeitung« einem ausländischen Politiker ein Argument in den Mund, das sie gern verwendet sähe: »Chiles Sozialisten-Chef Ricardo Nunez behauptete gestern, Rußland sei zur Auslieferung Honeckers bereit. Bonn müsse dafür Lebensmittel liefern. ‘Wer weiß, wie viele Tonnen Butter und Konservendosen Honecker wert ist’« (19.12.1991).

Es mag sein, daß es in Jelzins Kopf so aussieht. Vielleicht geht es auch nur um die politische Beziehungskiste, welche durch das vorläufige Entweichen Honeckers in Unordnung geraten zu sein scheint. Der BRD-Justizminister zeigte den Rohrstock: Es sei »schon etwas eigenartig, daß es Herrn Honecker gelungen ist, in Moskau in die chilenische Botschaft zu kommen, obwohl wir den Eindruck hatten, daß er in seinem bisherigen Domizil quasi unter Hausarrest stand« (»Süddeutsche Zeitung«, 30.12.1991). Noch ist nicht vorstellbar, er würde in ähnlichem Ton Richtung Paris, London oder Washington sprechen.

Freiheit für Mielke und Honecker

Allerdings scheint das Volksempfinden nicht ganz auf der Höhe. Bei einer Dezember-Umfrage kam heraus: »52 Prozent der Deutschen sagen, Bonn solle nicht in jedem Fall auf einer Auslieferung bestehen« (»Süddeutsche Zeitung«,

14./15.12.1991). Da hatte die Kampagne, an welcher sich nicht nur die Springer-Presse beteiligte, noch nicht wirken können.

In der »taz« vom 21. Dezember erklärte Ralph Giordano: »Mit der vollen Legitimation eines Überlebenden des Holocaust antworte ich: Es war besonders verwerflich, wenn ein ehemaliger NS-Verfolgter sich in einen stalinistischen Verfolger verwandelte. Es gibt für mich keinen KZ-Bonus, oder in diesem Fall Zuchthausbonus, der mit praktiziertem Stalinismus zu verrechnen wäre. Wenn Erich Honecker nicht bestraft wird, kann und darf in der DDR niemand, der in der Staatshierarchie unter ihm stand, bestraft werden.«

Das Recht auf die Äußerung dummer Ansichten steht unter dem Schutz des Grundgesetzes, Artikel 5. Für sie mag es eine biographische Erklärung geben (welche ihrerseits wieder falsch sein kann), diese ist aber noch lange keine »Legitimation«, und schon gar nicht eine »volle«. Honeckerismus ist nicht Stalinismus. Und wer nicht Staatsratsvorsitzender war, bleibt tatsächlich straffrei, wenn er ebensowenig Justiziables verbrochen hat wie dieser.

Die Sieben-Punkte-Erklärung, welche Honecker vor der chilenischen Botschaft verteilen ließ, ist klar und vernünftig. Selbstverständlich wird er nur aus politischen Gründen verfolgt, und seine Auslieferung wäre völkerrechtswidrig. Dies ist eines der wenigen Gebiete, auf denen er sich auskennt.

Wer sich für links hält, hätte längst allen Grund, Freiheit für Honecker zu fordern. (Als Notgast in der Botschaft hat er sie nicht.) Der Abscheu vor Erich Mielke hindert offensichtlich auch klardenkende Menschen daran, wahrzunehmen, daß in seinem Fall gerade eine Rechtsbeugung vorbereitet wird. An der Frage, ob Honecker in die BRD verschleppt werden kann, wird sichtbar werden, wieviel Macht das größere Deutschland schon hat, international seinen Willen gegen das Widerstreben anderer durchzusetzen.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 12/91 über Robert Kurz' »Der Kollaps der Modernisierung«

Konkret 02/92, S. 22

Gerhard Henschel

Viel Fieses

Stasi, Hasi, Bohle, Donald, Pussi, Honni, Mausi und Mielke: Was die Dichter und Dichterinnen der ehemaligen DDR-Opposition bei Durchsicht ihrer Stasi-Akten für grundstürzende Erkenntnisse gewannen

Sintemal sich's viele, die genau so wenig von der Materie verstehen, unterwunden haben, Kommentare dazu abzugeben, sehe ich überhaupt nicht ein, welcher Umstand mich eigentlich daran hindern sollte, die Debatte um die Machenschaften des Sicherheitsdienstes der DDR und die Hintergründe der Vernichtung Bärbel Bohleys einmal mit einem eigenen, psychoanalytisch z.T. erstaunlich hoch angereizten Diskussionsbeitrag noch weiter anzuheizen: schließlich leben wir in einem freien Land. *Und wenn jetzt Ehrlichkeit und Offenheit hergestellt wird, ohne Gewalt, ohne Rache, auf der Grundlage von Recht und Verfassung, und wenn wir uns vorstellen, daß wir um eine humane Vergewisserung ringen, um herauszukommen aus der Lüge, um endlich eine soziale und psychische Gesundheit herzustellen, die Ehrlichkeit heißt, um wenigstens in Ansätzen dieses Spiel zu beenden, das veranstaltet wurde mit Heimlichtun und Konspiration, Maßnahmeplänen und Abhören und was noch dazu gehört, dann ist das eine vollkommen legitime Angelegenheit, zutiefst demokratisch (Jürgen Fuchs).**

Verstehen Sie mich nicht falsch: Im Gegensatz zu asiatischen Asylbewerbern werde ich persönlich entschieden lieber von gänzlich an mir und meinem Kulturschaffen desinteressierten Herren wie Edzard Reuter und Helmut Kohl regiert als von realsozialistischen Doktrinären, deren Wahrnehmungsfähigkeit so gründlich gelitten hat, daß sie selbst gegen ungereimte Gedichte, Eppelmannlitaneien und Bärbel-Bohley-Gebete mit aller Staatsmacht einschreiten zu müssen glauben, um nicht konterrevolutioniert zu werden. Wer Schießbefehle erteilen muß, damit ihm die Claqueure nicht davonlaufen, und wer die Staatsfinanzen ruiniert, um Dutzende von Schnüfflern auf den Kühlschrankinhalt abergläubischer Mauerblümchen ansetzen zu können, genießt mitnichten meine Sympathie.

Doch besonders gute Dienste haben die Betroffenen, seit sie auf allen Kanälen ihre Akteneinsichten referieren, der gewagten Theorie vom *Auschwitz in den Seelen* nicht geleistet: Selbst die vieldiskutierte Vernichtung Bärbel Bohleys hat sich, wie sie selber nach genauem Studium der Akten einräumt, als äußerstenfalls noch metaphorisch halbwegs fadenscheiniges Gerücht erwiesen: *Daß ein gehöriges Stück Leben geklaut wurde, wissen wir. Was ich finde, sind Daten. Wann was war. Oder Namen, die ich vergessen hatte. Das ist ja auch ganz gut. Aber mich selbst kann ich nicht finden. Das ist einfach diese gewalttätige Sprache, die einen Menschen vernichtet. Wenn da immer wieder steht 'die Bohley hat' dies oder jenes getan oder gesagt. Es wurde so eine Distanz aufgebaut.* Daß Bärbel Bohleys Unvermögen, in ihren Stasi-Akten anstelle von Namen & Daten ihr ganzheitlich dokumentiertes Seelenleben wiederzuentdecken, durchaus weniger aufwühlend wirkt als Primo Levis Erinnerungen an Auschwitz, ändert selbstverständlich nichts an der Tatsache, daß es im freien Westen schon immer etwas einfacher war, sich selbst zu finden; denken Sie nur an Luise Rinser, die das Glück hatte, sich bereits 1986 folgendermaßen einlassen zu können: *Ich habe etwas gefunden. Was denn? Den Stein der Weisen: Mich - selbst.*

Nein, im Ernst: *Es ist menschlich unwahrscheinlich viel Fieses, was da zum Vorschein kommt* (Bärbel Bohley). Beispielsweise haben irgendwelche Top-Spione der Stasi verpetzt, wo Lutz Rathenow in seiner Wohnung 1989 sein Bügelbrett zu dislozieren sich entschlossen hatte und welche armen Irren Ulrike Poppes privater Einladung zur Diskussion über ihren virulenten Gottesbegriff gefolgt waren. *Allein in einem Band habe ich zehnmal gelesen, wann, wie und wo ich einen Mülleimer ausgekippt habe. Es ist sogar ein Foto eingeklebt, das mich bei dieser aufregenden Tätigkeit zeigt* (Bärbel Bohley). Auschwitz as usual. *Ich glaube, daß wir hier mitten in einer großen Auseinandersetzung sind, die nicht nur wir haben, die nicht nur unser Jahrhundert bestimmt. Es ist immer eine Auseinandersetzung gewesen zwischen Lüge und Wahrheit, zwischen Ideologie und dem, was wirklich ist. Wir sind in einer tiefen Auseinandersetzung, die bis Birma geht* (Jürgen Fuchs).

Nach allem, was ich multimedial bis zum 12. Januar 1992 mitbekommen habe, glaube ich nicht einmal, daß die Tragweite der betreffenden Auseinandersetzung ausreichend wäre, Paderborn zu umschließen, geschweige denn Birma. In Birma fürchte ich, zirkulieren völlig andere Sorgen als jene, welche uns beschleichen, wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß deutsche Schriftsteller beim Karpfenessen und Monopolyspielen ausgespäht worden sind. Aber, aber*, aber der Moment, als wir diese Akten sehen konnten, war der Moment, wo ein Geheimdienst sich in die Karten sehen lassen mußte. Und das ist bisher einmalig. Darin liegt die Größe des Augenblicks* (Bärbel Bohley). Daß aus den aufgedeckten Karten immer noch kein Befehl zur seelischen Endlösung, sondern nicht viel mehr als die eine oder andere idiotische Einzelheit über Bärbel Bohleys Blasentee- und Margarineverzehr hervorgeht, hat die öffentlich-rechtlichen Kommentatoren nicht daran gehindert, die angeprochenen Parallelen zu ziehen. Aber eins wird, mit Bärbel Bohley zu orakeln, *am Ende deutlich werden: daß es trotz allem Widerstand gegeben hat, daß die Staatsmacht ganz schön in Trab gehalten wurde*.

Wie ist das zu erklären? Vernunftgründe scheiden aus: Wer zwanghaft Fotos sammelt, die Bärbel Bohley beim Mülleimerleeren zeigen, handelt irrational. Die libidinöse Fixierung der Stasi-Voyeure auf Kleinkünstler, Betschwestern und Provinzgeistliche weist alle Züge einer schweren traumatischen Neurose auf, und hier erhebt sich der Verdacht, daß Erich Mielke (*Ich liebe euch doch alle*!) nicht erst in der U-Haft, als er Phantasiebefehle in die Muschel eines Spielzeugtelefons gebrüllt haben soll, den Verstand verloren hat, sondern schon seit vielen Jahren weniger mit der Sorge um Wohl und Wehe der inneren Sicherheit als mit der Entfesselung seines beschädigten Trieblebens beschäftigt war, wobei ihm eine gigantische Streitmacht ähnlich schräg veranlagter Neurotiker widerspruchslos zu Gebote stand. Im »Stern« berichtet Lutz Rathenow von einem Gespräch mit *Vera Wollenberger, deren Ehemann Knud jahrelang als IM 'Donald' für die Stasi spitzelte. Der Führungsoffizier ihres Mannes hatte sie gerade besucht. Sie könne stolz sein auf Knud, sagte er ihr, er sei einer der besten und zuverlässigsten gewesen. Er habe sie doch wirklich geliebt. Und überhaupt: Die ganze Abteilung habe sie eigentlich gemocht*.

Es existieren Hinweise, die dafür sprechen, daß die Buhlerei nicht erfolglos geblieben ist, worauf auch die »Frankfurter Rundschau« am 11. Januar unter der Überschrift »Stasi-Hasi mit Mausi« hingewiesen hat: *Als eine Verniedlichung der Staatssicherheit der Ex-DDR und 'widerliches Pussi-Kürzel' hat die Dozentin für Medienpädagogik an der Akademie Remscheid, Eva-Maria Oehrens, das Kurzwort 'Stasi' kritisiert. Das Wort erinnere an Hasi und Mausi, sagte Oehrens am Freitag und appellierte an die Medien, zur Stärkung des politischen Bewußtseins immer das vollständige Wort Staatssicherheit zu benutzen.*

Aber was sich liebt, das neckt sich*. Als ich am ersten Tag diesen 23 Aktenordnern allein gegenübersaß, informiert uns wiederum Frau Bohley, fühlte ich mich irgendwann wie von lauter Feinden umgeben. Am zweiten Tag, als Freundinnen, die ja auch in meinen Akten vorkommen, mit mir zusammen dort gesessen haben, konnte ich mit dem Papier viel unverkrampfter umgehen. Man braucht jemand, dem man vertraut, der einem hilft, alles zu verkraften und mit dem man auch lachen kann. Wie wir uns zum Beispiel über die Namen amüsiert haben, die meiner Freundin Irena und ihrem Mann Micha von der Stasi verpaßt wurden: 'Brett' und 'Holz'. Da haben wir ein Foto von uns dreien gefunden, unter dem steht: 'Holz', 'Brett' und'Bohle'.* Und so hätten Stasi,Hasi, Bohle, Donald, Pussi, Honni, Mausi und Mielke Verfolgung, Betrübnis und Pein zur Verknotigung ihrer Liebe gemacht?

Liebe, das wissen wir inzwischen, war für die Stasi ein regelrechtes Forschungsgebiet. So hat es die Erfurter Schriftstellerin Gabriele Stötzer-Kachold, eine fast unappetitlich intime Kennerin der Prenzlauer-Berg-Szene, in der Wochenzeitung »Freitag« umschrieben*: Ich denke, daß die sozialen Beziehungen in der alten DDR total unterlaufen und total neurotisch sind, daß die große Psychose des DDR-Bürgers die Stasi ist, und die geht für mich bis ins Bett.*

Seit die Scheidungsprozesse laufen, hat wohl noch niemand an einem einzigen Freitag so viel schmutzige Wäsche aus dem Fenster der Verwundbarkeit gehängt wie die Frauenschriftstellerin Gabriele Stötzer-Kachold *(Als Frauenschriftstellerin war ich Sascha Anderson am Anfang natürlich nahe, und er fand mich toll),* deren Urteil das einer unverächtlichen Psychologin ist, zumal sie sich nachrühmen kann, nach der Zerschlagung ihrer infantilen Strukturen mit ihrem Ich auch ihr Frau-Sein eingebracht, zelebriert und entfaltet zu haben oder so ähnlich *(Denn diese Männer sind ja viel länger in ihrer infantilen Struktur sitzengeblieben als ich, ich habe viel führer mit meinem Ich auch mein Frau-Sein dargestellt und bin viel eher ins Erwachsenenstadium gekommen*). Da Gabriele Stötzer-Kachold obendrein über eine Art Röntgenblick gebietet *(Ich ... durchschaute die ganzen Affären*) und deshalb auch Neues vom Anderson weiß *(Zum anderen hatte er später auch immer eine Schar junger Literaten um sich - man nannte ihn ja nicht umsonst den König des Prenzlauer Bergs; die Frauen dieser Literaten hat er meistens beschlafen, was er irgendwann wieder den Männern erzählt und damit die Beziehungen zerbrochen hat*), dürfte deutlich sein, warum sich keine andere Frauenschriftstellerin als Gabriele Stötzer-Kachold energischer dazu berufen fühlen kann, die rätselhaften sexualneurotischen Verknotigungen in der Täter-Opfer-Relation mit flinken Fingern wieder aufzulösen*: Denn die Stasi hatte einerseits Angst vor Sexualität, andererseits hat sie diese als Machtmittel mißbraucht. Ich war im Bürgerkomitee bei der Vernehmung von Stasi-Leuten dabei: Die Festangestellten standen ja unter so einer Art Partei-Zölibat, sie durften nur einmal heiraten, nie fremdgehen usw. Dafür hatten sie aber ihre Potentaten, ihre kleinen Vorzeige-Jungen, zu denen auch Sascha Anderson gehörte, und die durften sich dann allerhand erlauben. Quasi ein System von Ersatzpotenz.*

Ersatzpotenz, was ist das? Das *ist fein beobachtet (*Loriot). Und die Frauen, Frau Stötzer-Kachold, sind wieder die Beschissenen? *Es ist nichts anderes als ausgetragener und ausgelebter Sexismus von Männern. Keine Frau sagt was über Sascha Anderson, alles nur Männer, und die machen genau ihr langweiliges Ding, was sie immer machen, und die Frauen sind wieder die Beschissenen. Vielleicht ist die ganze Auseinandersetzung zwischen Biermann und Anderson auch nur ein Potenzkampf darum, wer die meisten Frauen hatte, und wer die meisten 'Jünger' um sich versammelt. Deshalb ist das ja so verwirrend und so schwer durchschaubar.*

Dabei ist doch im Grunde alles ganz simpel*: Denn in der Literatur gibt's ja auch einen Absatzmarkt und viele Leserinnen. Und diese Leserinnen erkennen sich natürlich auch in bestimmten Literaturen der Männer. Und Männer, die viel mit Frauen schlafen, wissen irgendwann viel über Frauen. Und das, was sie schreiben, ist dann auch dieses Wissen. Nun*

wissen die Frauen aber nicht, daß dieses Wissen der Männer von anderen Frauen kommt, sondern denken, der Mann weiß es und sind scharf auf ihn, weil sie an ihr verlorenes Wissen herankommen wollen...

So weit, so gut. Lassen Sie mich...

Und da diese Männer mehr oder minder ein Sendungsbewußtsein für alle haben, Männer wie Frauen, stören Frauen nur, wenn sie für sich reden. Als ich jetzt in Westberlin eine Lesung hatte, stand Sascha Anderson zum Beispiel auf und schrie: Es gibt niemanden, der männlicher schreibt als Gabi Kachold. Und das nur, weil ich mich als Frau traue, was Anderson nur sich und seinen männlichen Kollegen zugestehen will: Die Regeln der deutschen Sprache zu brechen, bis sie meinen Inhalt wiedergibt...

Igitt! Aber leider ist die Sendezeit um. Lassen Sie mich daher...

Und das nur, weil ich einfach meine fraulichen Kräfte ausgelebt habe...

Frau Stötzer-Kachold, meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend bitte noch darauf hinweisen, daß ich...

Wir dürfen uns nicht so entwerten, wir müssen uns diese Selbstzerstörungskräfte, die jetzt wieder in uns hochkommen, und die Fremde immer genutzt haben, bewußtmachen und für uns selbst nutzen...

... daß ich mit meinem Diskussionsbeitrag nicht mehr als Denkanstöße geben, Nachdenklichkeit erzeugen, um eine humane Vergewisserung ringen und Betroffenheit herstellen sowie...

Der Mensch muß sein inneres Wesen bewahren, und dazu gehört auch Liebe, dazu gehören auch Freundinnen...

... sowie aus prinzipiellen Erwägungen heraus einfach wieder mal dazwischenquatschen wollte, wenn sich die Erwachsenen unterhalten.

Mir macht sowas Spaß; ich kann mir nicht helfen.

* Alle kursiven Passagen sind Zitate

Gerhard Henschel zeichnete in KONKRET 9/91 ein Psychogramm der Uelzener Psychagogin Christa Meves

Konkret 02/92, S. 24

Revolutionäre Zellen; Wolfgang Pohrt

»...sondern auch die schlimmsten Kräfte«

Mitte Dezember letzten Jahres verschickten die Revolutionären Zellen (RZ) eine Erklärung, in der sie die Ermordung eines RZ-Mitglieds durch eine palästinensische Gruppe zum Anlaß einer selbstkritischen Reflexion der Geschichte nicht nur ihrer eigenen antiimperialistischen Praxis genommen haben. Unter der Überschrift »Gerd Albartus ist tot« setzen sie sich vor allem mit der Entführung eines Flugzeuges 1976 nach Entebbe, mit der dort unter Beteiligung zweier RZ-Mitglieder vorgenommenen Selektion jüdischer Passagiere, dem darin zum Ausdruck gekommenen Antisemitismus deutscher Linker und der nationalrevolutionären Borniertheit antiimperialistischer Gruppen in der BRD auseinander. KONKRET dokumentiert den vollständigen Text der Erklärung. Wolfgang Pohrt kommentiert sie

SCHLECHTE NACHRICHTEN IN EINEM STÜCK ZEITUNG

Heute, da mir die Freunde sterben,
sterben nur ihre Namen.
Wie kann man hoffen, aus dieser gewalttätigen Grube,
mehr als die Buchstaben zu erfassen,
Schimmer von zärtlicher Schwärze,
Pfeile bis in die vertrauten Erinnerungen?
Nur wer außerhalb der Gefängnisse lebt,
kann die Leichen ehren, sich reinwaschen
vom Schmerz über seine Toten mit Umarmungen,
mit Nagel und Träne die Grabsteine kratzen.
Die Gefangenen nicht: Wir pfeifen nur,
damit das Echo die Nachricht beschwichtigt.
Roque Dalton

Er wurde bereits im Dezember 1987 erschossen, nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war.

Wir haben die Nachricht erst etliche Zeit später bekommen. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß Gerd von einer Reise zu der Gruppe nicht zurückgekehrt war, weil er von den Hausdurchsuchungen, Fahndungen und Verhaftungen im Dezember 1987 wußte und befürchtete, bei einer Einreise in die BRD ebenfalls festgenommen zu werden. Versuche, über seinen Verbleib etwas in Erfahrung zu bringen, blieben entweder unbeantwortet oder bestätigten uns in dieser Vermutung. Wie die meisten seiner Freundinnen und Freunde, die sich um ihn sorgten, waren wir uns mit zunehmender Dauer seines Wegbleibens gewiß, daß er die Gelegenheit zum Anlaß genommen hatte, um sich der seit seiner Knastzeit verschärften polizeilichen Überwachung und Schikane zu entziehen. Er war, davon waren wir überzeugt, abgetaucht, zwar nicht in unserem Rahmen, aber an einem gesicherten Ort und in einem politischen Zusammenhang, dem er nahestand.

Daß es nochmals gedauert hat, bis wir uns endlich durchgerungen haben, unser Wissen um seinen Tod öffentlich zu machen, liegt an uns. Die Suche nach einer Antwort, die der Ungeheuerlichkeit des Anlasses auch nur einigermaßen angemessen gewesen wäre, in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gehabt hätte, ohne daß es den Falschen trifft, ist ins Leere gegangen. Bemühungen, über die bloße Nachricht in einem Stück Zeitung hinaus eine Form zu finden, die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird, sind fehlgeschlagen. Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen.

Natürlich gab und gibt es auch Kontroversen, wem mit einer Veröffentlichung gedient ist. Der Vorwurf wurde laut, daß wir lediglich dem Zeitgeist Tribut zollen und ausgerechnet in einem Moment reinen Tisch machen, wo die Abrechnung mit linker Geschichte fast schon eine Frage des guten Geschmacks ist. Der Text würde uns auf die eigenen Füße fallen, weil damit doch bloß die sattsam bekannten Klischees über die Spirale der Gewalt innerhalb bewaffnet kämpfender Gruppen zusätzliche Nahrung erhielten. Überdies wurde vor einer Schwächung der Palästina-Solidarität gewarnt. Eine derartige Nachricht, so differenziert sie auch vorgetragen würde, müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen, und wir selbst auch keine detaillierten Informationen über die konkreten Zusammenhänge beisteuern könnten. Dies aber sei vor dem Hintergrund des Golfkrieges und einer politischen Debatte, die sich auf die

blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zugespitzt habe, ein Signal in die verkehrte Richtung. Und schließlich müsse uns bewußt sein, daß eine derartige Veröffentlichung eine Welle von Reaktionen auslösen würde, deren ganzes Ausmaß wir weder überschauen noch verantworten könnten.

Wir haben uns über all diese Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen als die offen geführte Kontroverse um unsere internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen? Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden.

Es geht uns auch nicht um Enthüllung oder Anprangerung, selbst wenn wir nicht verhindern können, daß von dem Text in einer Weise Gebrauch gemacht werden wird, die uns jetzt schon anwidert. Die Befürchtung, wir könnten der falschen Seite Munition liefern, teilen wir nicht. Diese Seite war gerade in der jüngsten Zeit nicht schlecht gewappnet, und wo ihr die Munition ausging, konnte sie sich in den Archiven der Stasi nach Belieben bedienen. Wer uns eins auswischen will, braucht nicht auf unsere Vorgabe zu warten, sondern entscheidet selbst, wann die Gelegenheit günstig ist - egal, ob es stimmt. Und falls wir den Bullen tatsächlich neue Erkenntnisse offenbaren, so hat dies allenfalls zur Folge, daß ein Zielfahndungskommando aufgelöst werden kann.

Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der unsren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht. Und wir wollen endlich, endlich dem grausig-grotesken Zustand ein Ende bereiten, daß seine Angehörigen, Freunde und Freundinnen weiterhin in der falschen Gewißheit leben, er sei, wenn auch weg und unauffindbar, in Sicherheit.

Für uns steht Gerds persönliche Integrität außer Frage. Über die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges Argument gibt, das seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben - sie liegen jenseits seiner Person.

Im Gegenteil - es gehört zu den makabren Paradoxien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstands durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstands begreifen.

2.

Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerds Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen hatten. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, überschauen wir nicht.

Gemeint ist die Zeit nach der gescheiterten Gefangenenbefreiung Ende Juni 1976. Damals hatte ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried »Bonni« Böse, angehörten, einen Airbus der Air France in seine Gewalt gebracht und die Freilassung vonmehr als 50 GenossInnen gefordert, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen gefangengehalten wurden. An Bord der Maschine, die in Tel Aviv gestartet und auf dem Flug nach Paris in Athen zwischengelandet war, bevor sie von dort aus nach Entebbe umdirigiert wurde, befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa 100 israelische Staatsbürger oder Juden anderer Nationalität. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen worden waren, verlängerte das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Diese Zeitspanne nutzte die israelische Regierung, um eine militärische Lösung vorzubereiten. In der Nacht zum 4. Juli 1976 überfiel eine Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und bereitete der Geiselnahme ein blutiges Ende. Das Kommando kam dabei ums Leben, von den Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, kein einziger frei.

Es hat Jahre gedauert, ehe wir diesen Rückschlag verkraftet hatten. Unter dem Eindruck des Verlustes der Freunde waren wir zunächst unfähig, die politische Dimension der Katastrophe zu ermessen, die Entebbe für uns bedeutete. Anstatt

wahrzunehmen, was uns vorgehalten wurde, nämlich daß wir als Organisation an einer Operation teilhatten, in deren Verlauf israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität ausgesondert und als Geisel genommen worden waren, beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion und ihrer gewaltsamen Beendigung. Das Kalkül des Regimes sollte nicht aufgehen. Um zumindest die Option auf die Befreiung gefangener GenossInnen offenzuhalten, mußten wir handeln und durften uns nicht von den alarmierenden Nachrichten über den Ablauf der Geiselnahme und die Rolle unserer GenossInnen darin blockieren lassen. Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer Kriegsführung wie die Behauptung, daß sich die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgetan hatten. Wir kannten Brigitte und Bonni als Antifaschisten, und wir wußten um ihre Motive, sich an der Aktion zu beteiligen. Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen; eine Diskussion über Fehler wehrten wir ab, als ob Solidarität nicht prinzipiell das Risiko umfaßt, daß einzelne GenossInnen Fehler machen.

Ähnlich vordergründig blieb die Diskussion, wo es um die Suche nach Gründen für das Scheitern der Aktion ging. Zu mehr als Manöverkritik waren wir nicht imstande. Wir beklagten, daß die ursprünglichen Planungen und Absprachen nicht eingehalten worden waren und daß der faktische Ablauf auf den Kopf gestellt hätte, was eigentlich vorgesehen war. Wir kritisierten, daß die Aktion, die aus unserer Sicht einzig und allein einen pragmatischen Zweck verfolgte, nämlich die sofortige Freilassung politischer Gefangener, im Verlauf ihrer Dauer mehr und mehr den Charakter einer Propagandaaktion angenommen hatte, die sich vor allem Idi Amin zunutze zu machen verstanden habe. Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen nach der Landung in Entebbe bloß noch die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden. Wir fanden uns schließlich ab mit dem Verweis auf die besondere Dynamik militärischer Operationen, auch wenn unser Vertrauen in eine direkte internationale Zusammenarbeit als besondere Qualität eines praktischen Antiimperialismus an seine Grenzen gestoßen war.

Daß die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht, obwohl Stoßrichtung und Verlauf der Aktion eine deutliche Sprache sprachen. Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren. Soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrundelegten, spielten in diesem Fall keine Rolle. Die Selektion erfolgte entlang völkischer Linien. Daß die einzige Geisel, die die Flugzeugentführung nicht überlebte, ausgerechnet eine ehemalige KZ-Inhaftierte war, ging zwar nicht unmittelbar zu Lasten des Kommandos, lag aber nichtsdestoweniger in der Logik der Aktion. Was gut ein Jahr später, im Fall Mogadischu, selbst unter Linksradikalen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich daß eine willkürliche Gruppe deutscher Urlauber zur Verhandlungsmasse wurde, darüber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte. Die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundgebiet betritt, wissen muß, welches Risiko er auf sich nimmt, und daß er dieses selbst zu verantworten habe, war blutiger Ernst geworden.

Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren. Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tage-Kriegs geschrieben hatte: »Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein.« Der schwarze September der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Auschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfs zu eigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an Vietnam geschulten Antiimperialismus, mit denen er nicht zu ermessen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die Schwächeren waren.

Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker. Am Patriotismus der Palästinenser kritisierten wir allenfalls dessen Pathos, obwohl uns nicht zuletzt die Geschichte Israels ein warnendes Beispiel hätte sein müssen, daß die Verwirklichung der palästinensischen Maximalforderungen nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern lediglich deren Verewigung unter anderen Vorzeichen bedeuten würde. Leid und durchlebte Verfolgung bieten keinen Schutz davor, daß

Menschen zu Ungeheuern werden, sobald sie sich als Staatsvolk zusammenballen. Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen. So begreiflich die Schlußfolgerungen waren, die die Palästinenser aus ihren Erfahrungen der Vertreibung und Verfolgung gezogen hatten - wir konnten sie in der Konsequenz nicht teilen, ohne in einen unauflöslichen Widerspruch zu unserer Geschichte wie zu unserem politischen Selbstverständnis zu geraten. Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser waren umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den Terror und die Grausamkeiten des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen. Das Ausmaß an historischer Amnesie und an moralischer Desintegration, das in dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen, oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielen dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen, oder aber die Tatsache, daß wir mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel alle diese Gründe auch sein mögen - sie entschuldigen nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, Fehler, die nicht hätten passieren dürfen.

Wir können nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir all dies bereits damals, in den ersten Monaten nach Entebbe, so gesehen hätten. Statt in einer grundlegenden Debatte Logik, Ablauf und Resultat der Aktion einer schonungslosen Analyse zu unterziehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere Praxis zu ziehen, gaben wir uns mit halbherziger Kritik zufrieden. Die naheliegende Konsequenz, wieder an dem anzuknüpfen, wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich die Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande, zogen nur einige.

Dennoch ist auch richtig, daß die Erfahrung von Entebbe tiefe Spuren hinterlassen hat. Der markige Satz von der Karawane, die weiterzieht, während die Hunde bellen, war mehr Spruch als daß er unsere Realität beschrieb. Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanent schwelender Treibsatz fort, der uns immer wieder selbstkritische Diskussionen abverlangte, in denen wir an der Wahrheit nicht vorbeikamen. Die mehr unterschwellige als offene Auseinandersetzung hatte nicht nur Brüche in persönlichen Freundschaften zur Folge, sie hat auch an den Fundamenten unseres politischen Konzepts gerührt. Selbst wenn wir nicht im einzelnen auseinanderhalten können, in welchen Punkten die Erfahrung eine ursächliche Rolle gespielt hat oder wo sie lediglich den Hintergrund zu völlig anderen Diskussionen und Entscheidungen abgab - daß sie zentrale Bedeutung in der Bestimmung jener Positionen hatte, die unsere Politik in den folgenden Jahren geprägt haben, steht außer Frage. So berechtigt es also ist, uns einen Mangel an Bewußtheit zum Vorwurf zu machen, so falsch wäre es, zu negieren, daß sich Entebbe - und sei es nur in Form des schleichenden Gifts einer Lebenslüge - dauerhaft in unserem politischen Selbstverständnis niedergeschlagen hat.

Daß wir seitdem nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen. Wo das Thema auf der Tagesordnung stand, haben wir nach westdeutschen Stellen gesucht, die von der Politik Israels profitierten. Die Behandlung palästinensischer Flüchtlinge durch die bundesdeutschen Asylbehörden verfolgten wir genauer als das Drama der Aufstandsbekämpfung in den besetzten Gebieten. Statt mißverständlicher Aktionen haben wir gar keine Aktionen gemacht, wenn wir Bedenken hatten, ob sie vielleicht antijüdisch waren oder zumindest so ausgelegt hätten werden können. Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns eher dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität und unser Leben in diesem Land zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen, wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht.

Eine weitere Konsequenz war der allmähliche Rückzug aus den internationalen Kontakten. Allmählich, weil es alte, auch emotionale Verbindungen gab und weil wir uns selbst schwertaten, mit jenen Begriffen und ideologischen Konstrukten zu brechen, die eine Aktion wie Entebbe überhaupt möglich gemacht hatten. In diesem Prozeß hat sich ein Politikverständnis artikuliert und geformt, das sich fundamental von dem der Gruppe unterschied, mit der wir bis dahin zusammengearbeitet hatten. Differenzen, die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen bzw. unserem Metropolenstatus zugeschrieben hatten, erwiesen sich nun als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand. Der Anspruch, aus unterschiedlichen Positionen heraus solidarisch zu handeln, stieß an seine Grenzen.

Die Zusammenarbeit mit jener Gruppe basierte auf einem Begriff von Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte. Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei

gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten, daß von der frisch gewonnen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich - kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach - all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationwerdung neue Kämpfe ausbrachen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren.

Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfs selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment lang ihre Bedeutung verloren hatte. Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte, waren es doch gerade jene, die als Kader unter den Bedingungen des Krieges die Instanzen und Formen zukünftiger Ausbeutung und Zurichtung schufen. Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternahmen, die Kontrolle über die Frauen und die Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mußten den Mythos des Volkskriegs auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen - einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten. Wir mußten - kurzum - brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung, das von Beginn an die Politik der Komintern bestimmt und das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus Anfang der 70er Jahre eingehandelt hatten.

Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammengekämpft haben, sondern das - sicherlich sehr pauschale - Resümee einer Erfahrung. Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem von Seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch zu den Schwierigkeiten, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben. Immer wieder kommt der Moment, wo das, was die eine Gruppe für unbedingt richtig und notwendig hält, in den Augen der anderen schädlich und falsch ist. Daraus ergeben sich - trotz des Anspruchs auf Gemeinsamkeit im Handeln und Geschlossenheit vor dem Gegner - schärfste Auseinandersetzungen, die bis zur Selbstzerfleischung reichen können. Über den Ausgang solcher Kontroversen innerhalb des revolutionären Lagers aber entscheiden nicht der gute Wille und die bessere Absicht, darüber entscheiden - wie sonst auch - die Machtverhältnisse.

3.

Gerd hatte in der Zeit nach Entebbe im Knast gesessen. Er war bei dem Versuch, ein Kino in Brand zu stecken in dem der Film über die Flugzeugentführung seinerzeit lief, von einer Observationsgruppe beobachtet und einen Tag später - im Januar 1977 - verhaftet worden. Vom Düsseldorfer Oberlandesgericht wurde er wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in den RZ zu fünf Jahren Knast verurteilt. Als er Ende 1981 wieder rauskam, traf er bei uns auf eine gänzlich veränderte Situation. Den Bruch, den wir mit diesem Teil unserer Geschichte vollzogen hatten, hat er für sich nie akzeptiert.

Er teilte die Kritik anderer GenossInnen, mit denen es aufgrund der von uns beschlossenen Loslösung aus den internationalen Verbindungen harte Auseinandersetzungen gab, die bis hin zur Trennung gingen. Die Reduktion auf den eigenen Zusammenhang empfand er als Schwächung, die Betonung der politischen Differenz als Spaltung. Der Preis, den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antiimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen wie der Erhaltung der Option auf Gefangenenbefreiung, der Sicherung von Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich. Es sei eine Fiktion zu glauben, die RZ könnten aus eigener Kraft den Aufgaben nachkommen, die wir uns gestellt

hatten. Überdies werde der Bruch einen Verlust an subjektiver Radikalität zur Folge haben; er sei jetzt schon eher unserer Kleinmütigkeit als einer wirklichen Notwendigkeit geschuldet. Für den trügerischen Vorteil einer □reinen Weste□ hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen. Unsere □Selbstkritik□ in Sachen Entebbe und danach sei ein Dokument verlogener doppelter Moral, die nur haltbar sei, weil wir andere Realitäten aus unserer Wahrnehmung vollkommen ausblendeten. Es sei ein verkehrtes Wunschbild und und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär sein und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten. Politik funktioniere nicht nach den Maßstäben zwischenmenschlicher Moral. Der Bruch, so prophezeite er uns, würde das rasche Ende der RZ einleiten.

Gegenüber unserer Entscheidung hielt Gerd fest an der Idee eines unmittelbaren Bezugs auf den palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt, weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiven Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm in der ganzen Widersprüchlichkeit bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden. Er versuchte, der Unterschiedlichkeit von Zielsetzungen und Anforderungen in seiner Person gerecht zu werden. Trotz der Widersprüche, die sich daraus zwischen ihm und uns ergaben, empfanden wir es auch als Stärke, daß er in Gegensätzen denken und Spannungen aushalten konnte, die sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz und Gebrochenheit metropolitaner Subjektivität ergeben. Wo wir uns auf das scheinbar sichere Terrain einer politischen Praxis zurückgezogen hatten, die wir für überschaubar hielten, suchte er umfassendere Lösungen. Wo uns Zweifel, Fragen, Unsicherheiten zurückhielten, schlug er sich durch nach dem Motto: »Scheißegal, muß laufen.« Er bewahrte die alten Kontakte, weil er es wollte und weil er sich den GenossInnen dort gegenüber in der Verantwortung wußte, vielleicht aber auch in der unausgesprochenen Erwartung, daß wir uns eines Tages eines Besseren besinnen würden und er die abgebrochenen Kontakte wieder knüpfen könnte. Wenn wir ihn auf eine definitive Entscheidung festnageln wollten, hat er sich entzogen. Er beharrte auf seinem eigenen Weg - gegen totalitäre Gruppenansprüche, gegen alle Vereinnahmungsversuche, von welcher Seite denn auch. Er hat sich verweigert, wo der schmale Grat von Verbindlichkeit hin zu Reglementierung überschritten wurde. Wir hatten unsere Schwierigkeiten damit und haben ihn trotzdem gerade deswegen geliebt. Die Art und Weise, wie er seine Überzeugung lebte, hat uns immer auch fasziniert, gerade weil sie uns in der Form fremd war.

Er ließ sich auf keine Sache absolut zwingen, selbst wenn sie ihm noch so richtig erschien. Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen. Dem Puritanismus und Rigorismus mancher Linker, die irgendwann darüber lamentieren, daß sie einen Teil ihres Lebens der Revolution geopfert haben, mißtraute er zutiefst. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetigkeit erweckt haben mag, war die Lust, in Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. Was links und rechts dabei herunterfällt, könnte sich später als unentbehrlich und nicht ersetzbar erweisen. Die Vereinbarung von scheinbar Gegensätzlichem und die Selbstbehauptung gegen alles, was andere und anderes ausschließt, war seine Antwort auf die Frage, wie ein Leben im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen unter metropolitanen Bedingungen überhaupt möglich ist.

Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten. Er arbeitete als Angestellter der Grünen im Europa-Parlament und verfaßte Reportagen für den WDR, in denen er sich gleichermaßen mit Fragen der Sicherungsverwahrung wie mit verbotenem Glücksspiel oder Triathlon auseinandersetzte. Er engagierte sich in der Knastgruppe, schrieb und besuchte gefangene GenossInnen, wirkte mit bei der Gründung der Zeitung »Bruchstücke« und pflegte zugleich in einträglicher Weise seine Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen, die inzwischen auf freiem Fuß waren. Er lebte offensiv als Schwuler, organisierte Veranstaltungen zum Thema AIDS und genoß die Schwulenszene auf Ibiza. Er veröffentlichte Texte über die Politik Israels und übernahm Aufgaben, die sich aus seinen internationalen Kontakten ergaben. Er lebte mitten in der Düsseldorfer Politszene und entzog sich ihr, wenn ihm der legale Handlungsrahmen zu eng wurde. Er kritisierte die Halbherzigkeit der RZ und half uns vorbehaltlos, wo es in seinen Möglichkeiten stand. Er hat bei vielen Erwartungen geweckt und zwangsläufig nur einen Teil erfüllt. Wer ihn ganz wollte, wurde immer auch enttäuscht.

4.

Als Gerd im November 1987 zu einem Treffen mit der Gruppe fuhr, tat er dies auf eigenes Drängen. Die Tatsache, daß ihm unmittelbar nach seiner Ankunft der Prozeß gemacht wurde, muß ihn vollkommen unvorbereitet getroffen haben. Er kann sich keines Fehlers, keines Versäumnisses bewußt gewesen sein. Andernfalls hätte er die Reise mit größeren Bedenken angetreten, weil er sich über den Kodex und die Regeln der Gruppe keinerlei Illusionen machen konnte und sie akzeptierte.

Wir wollen keine Spekulationen anstellen über die Beweggründe derer, die seinen Tod zu verantworten haben. Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen. Unter Bedingungen, die von der Logik des Kriegs diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung, dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung. Wo das alltägliche Leben von militärischen Angriffen, vom permanenten Ausnahmezustand, von Ausgangssperren, Verhaftungen und Folter bestimmt ist, sind die Fronten klar. Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropolitanen Herkunft geschuldet sind, dort muß die Frage nach der eigenen Person fast lächerlich klingen. Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt. Vom Zweifel an der Loyalität zum Vorwurf des Verrats aber ist es nur ein kleiner Schritt, samt der mörderischen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Und dennoch finden wir eine solche Erklärung falsch, sie ist vordergründig und kurzsichtig. Sie legitimiert eine bewußte Entscheidung mit dem Zwang der Verhältnisse und erklärt die zu Opfern ihrer Handlungen, die sie doch begangen haben. Die Erfahrung der Grausamkeit des Gegners enthebt niemanden der Verpflichtung, zu jedem Augenblick Auskunft über die Mittel und Methoden geben zu können, die er selbst anwendet. Der leichtfertige Spruch von der Entwertung des Lebens unter den Bedingungen des Kriegs, mit dem wir nach Erklärungen für Vorgänge suchen, die für uns unfaßbar sind, ist ein Zynismus, der von den Bildern der Leidtragenden Lügen gestraft wird. Zudem suggeriert er im konkreten Fall, daß das, was in die Verantwortung einer einzelnen Gruppierung fällt, für den palästinensischen Widerstand in seiner Gesamtheit gilt. Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalisierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen.

Nein: die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer politischen Programmatik, deren einziger Gehalt die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist. Die Geschichte ist voll von Beispielen revolutionärer Organisationen oder Bewegungen, die unter vergleichbar brutalen Bedingungen kämpfen mußten, ohne daß sie sich - unter Berufung auf die Niedertracht des Gegners - dessen Methoden zueigen gemacht haben. Daß dies der geringere Teil ist, daß die Mehrzahl der bolschewistischen Parteien und nationalen Befreiungsorganisationen nach der Devise verfahren ist, daß der Zweck die Mittel heilige und gegen den Feind alles erlaubt sei, wenn es nur der Sache dient, ist kein Gegenargument. Es ist dies eine politische Auseinandersetzung, die ihre historischen Bezugspunkte in der Pariser Kommune ebenso wie in der Oktoberrevolution oder im Spanischen Bürgerkrieg hat. Wo der Sieg zum Maßstab aller Dinge wird, werden nicht nur die besten, sondern auch die schlimmsten Kräfte frei. Wer die Macht, koste es, was es wolle, erringt und sie um jeden Preis verteidigt, untergräbt sie im selben Moment. Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommunisten jahrzehntelang gegenüber den »romantischen Verlierern« aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. Daß sich hier auch eine Männerwelt austobt, daß es immer auch darum geht, obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie gegen Ansprüche von unten abzuschirmen, und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt, können und wollen wir nicht länger ignorieren. Weil wir dies gelernt haben und weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der der Komintern sehen, verwehren wir uns gegen alle beschönigenden Reden, die sich auf die Gesetze des Krieges berufen. Bestimmte Regeln sind möglicherweise andernorts erklärlich, aber sie verschaffen sich Geltung, weil dem eine bewußte politische Entscheidung vorausgeht. Wir können sie uns nicht nur nicht zu eigen machen, weil wir unter anderen Bedingungen kämpfen, sondern weil sie in diametralem Gegensatz zu unseren eigenen Bestrebungen und Utopien stehen. Der Tod von Gerd macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keinerlei Vermittlung möglich ist.

Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt drüber entsetzen, wo sie uns selbst ereilt, ist eine Kritik, die wir uns gefallen lassen müssen. Wir haben keine Entschuldigung dafür. Erst der Tod von Gerd hat uns für das Ausmaß der Tragödie empfindsam gemacht, die es bedeutet, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet werden. Er war Anlaß, uns all der tausenden, bekannten und namenlosen GenossInnen zu erinnern, die ihr Leben gelassen oder gelitten haben, weil sie des Verrats beschuldigt wurden oder einfach nur zwischen die Mühlsteine eines innerorganisatorischen Machtstreits geraten waren.

Ein Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt ist sein Tod jedoch nicht. Das Wissen um die Gewalt in den eigenen Reihen ist uns Grund zum Einhalt, zur Trauer, zur Verzweiflung, nicht aber eine willkommene Gelegenheit, um das Handtuch zu werfen und unsern Frieden mit den Verhältnissen zu schließen. Wer uns so versteht und meint, wir würden nun, wo es einen der unseren getroffen hat, in das Horn derer blasen, für die Terror schon immer ein normales Mittel des politischen Geschäfts war, befindet sich auf dem Irrweg. Die Selbstgefälligkeit und Heuchelei jener Bürger, die gerade jetzt genußvoll in den Wunden revolutionärer Bewegungen wühlen und sich darin überbieten, Spuren für ihren moralischen Verfall ausfindig zu machen, während sie geflissentlich übersehen, auf welchen Leichenbergen der von ihnen geschätzte

westliche Wohlstand und das als Schlachtruf zu neuen Ehren gekommene System der Demokratie errichtet sind, stoßen uns lediglich ab.

Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab. Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben. Zur Disposition steht jenes leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat und unser politisches Denken stärker bestimmt, als uns oftmals bewußt ist. Der Rekurs auf die Geschichte kann die Schwierigkeiten, vor denen wir hier stehen, ebenso wenig lösen wie der emphatische Bezug auf die weltweiten Kämpfe. Gerade weil revolutionäre Politik in einem Land wie der BRD so isoliert ist, muß sie sich immer wieder eines sozialen Orts versichern, will sie mehr sein als der bloße Ausdruck der subjektiven Befindlichkeit ihrer Akteure oder der schwache Abglanz ideologischer Konstrukte. Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu bloßer Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehen, sondern an Forderungen orientieren, die ihren Ursprung in anderen Bedingungen haben, davon zeugt nicht zuletzt dieses Kapitel unserer Geschichte.

1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview gesagt: »Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den ... viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder.« Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. Daß wir jahrelang zu Entebbe geschwiegen haben, lag nur in der Logik des Arguments. Zugleich war dieses Schweigen jedoch auch das beredte Eingeständnis, daß wir uns in eine Sackgasse manövriert hatten: was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist.

Revolutionäre Zellen Dez. 91

Wolfgang Pohrt

Heim ins Reich?

Vom Klassenkampf und von der Notwendigkeit revolutionärer Gewalt redet keiner mehr, aber die Linken haben nicht einfach Kreide gefressen, sie haben das Zeug gleich bergeweise vertilgt. Nun liegt es ihnen schwer im Magen, der wiederum auf die Seele drückt. Das führt dazu, daß die Leute Depressionen kriegen und man sie nur noch seufzen und stöhnen hört, wo sie argumentieren sollten. Auch die Revolutionären Zellen schlagen neue Töne an. Erstmals haben sie ein Papier publiziert, das man im vollen Wortlaut dokumentieren kann, ohne Schikanen durch irgendwelche Strafverfolgungsbehörden befürchten zu müssen. Statt wie gewohnt zur Militanz aufzurufen, nur diesmal angesichts von Hoyerswerda und deutscher Großraumpolitik mit plausibleren Gründen, zieht die Gruppe selbstkritisch, fast reumütig Bilanz. »Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich die Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen«, heißt ein Satz, der den Tenor des Textes auf eine knappe Formel bringt.

Nichts ist dagegen einzuwenden, wenn Leute nach 20 Jahren die Lust verlieren an einem Spiel, worin sie selber lange Haftstrafen, mitunter Verletzung und Tod riskierten, während der einzige Gewinner dabei das sensationshungrige Publikum war. Man hätte sich von den Revolutionären Zellen einen hämischen Abschiedsbrief gewünscht, gerichtet an die Adresse derer, die 20 Jahre lang Lebenshilfe und Lebensinhalt gratis bekamen. Die brave, gute, gewaltfreie Linke wäre da zu nennen, die sich den Machthabern, der Öffentlichkeit und dem eigenen Über-Ich mit der schlichten Botschaft empfahl: So wie die Terroristen sind wir nicht. Den Jungs vom BKA hätte man nahelegen können, sich schon mal beim Arbeitsamt für einen Umschulungskurs anzumelden. Es wäre doch ein nettes Bild, wie der an schicke, schnelle Schlitten gewöhnte Zielfahnder und Combat-Schütze nun als Kontaktbereichsbeamter der Oma beim Tragen der Einkaufstüte und den Schulkindern über die Straßenkreuzung hilft.

Doch statt die Übrigen mit der Nachricht zu foppen, daß sie nunmehr ihren Dreck alleine machen müssen, worin man sie einfach vermodern lassen wird, hat es die Revolutionären Zellen offenbar mehr gereizt, den eigenen Abgang mit Bedeutungsschwere zu befrachten. Schon das Gedicht als Garnierung kündet von der Entschlossenheit, sich in eine feierliche, getragene Stimmung zu versetzen. Dem außerordentlichen Ernst des Anlasses will sich dann auch die Sprache gewachsen zeigen, die Verfasser wissen um Vieles, etwa »um die Gewalt in den eigenen Reihen«, »um seinen Tod«, »um

die tausenderlei Geschichten«, aber nichts wissen sie genau, und was sie genau wissen, verschweigen sie lieber. Das Resultat ist ein Text, der manchen richtigen Gedanken enthält und an dem zugleich nichts stimmt, nicht mal der Titel, der »Gerd Albartus ist tot« heißt und eine wahre Falschmeldung insofern ist, als er den wichtigen Zusatz »seit 4 Jahren« nicht enthält, welcher den Charakter der Meldung vollkommen verändert.

»Der Sinn der Veröffentlichung«, wird in dem Papier erläutert, »ist furchtbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet.« Die Erklärung ist nötig, weil ohne den Wink mit dem Zaunpfahl keiner dem Papier ausgerechnet diesen Sinn unterstellen würde. Ganz abgesehen davon, daß für den Tag geschriebene Texte morgen vergessen und deshalb nicht in der Lage sind, jemandem ein ewiges oder auch nur längeres Angedenken zu bewahren: Man kann nicht verhindern, was geschehen ist, und einer, dessen Todesanzeige mit 4 Jahren Verspätung erscheint, hat das spurlose Verschwinden hinter sich. »Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen«, heißt es weiter, »als könne einer der unseren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten.« Dem Eindruck, dem eigenen vermutlich, müssen die Verfasser sich widersetzen, weil er zu Recht entsteht. Sie versichern zwar, wie lieb und teuer ihnen der Ermordete war, aber sie ringen sich nicht einmal dazu durch, die Täter namentlich anzuprangern, sie sagen sogar ganz offen, um »Enthüllung oder Anprangerung« ginge es ihnen nicht. Von irgendeiner Palästinensergruppe ist die Rede, doch welche es war, erfährt man nicht. Zur Rücksichtnahme auf Leute, welche man für die Mörder eines Freundes hält, paßt die Sprache. In unmittelbare Beziehung zueinander werden die Wörter □umbringen□ und □Widerspruch□ gesetzt, etwa so, wie wenn der Mord eine Art Diskussionsbeitrag wäre. Man wundert sich am Ende schon gar nicht mehr, wenn die Verfasser von »unserem Entsetzen und unserer Trauer« reden, was wie ein verspätetes Echo auf die Verlautbarungen des Regierungssprechers wirkt, der den Verlust von Buback oder Schleyer melden mußte.

Gewiß sind die Zeiten lange vorbei, in denen für Revolutionäre die Ermordung eines Gefährten die Verpflichtung war, das begonnene Werk zu vollenden. Zu viele sind seither gestorben. Jeanne Moreaus Monolog in Louis Malles »Viva Maria«, frei nach Shakespeares Julius Ceasar, 3. Akt, zweiter Auftritt, wie der Kunstschütze und der Zauberer kennerisch bemerken; die Trauerrede also, die zum Fanal für den bewaffneten Aufstand wird, ist schön, aber Kino: »Flores lebte. Ich liebte ihn. Flores ist tot. Ich beweine ihn. Aber ich bin nicht hier, um einen Mann zu rächen, den man getötet hat, sondern um einem Volk Gerechtigkeit zu verschaffen. Flores ist nicht mehr. Ich habe seine letzten Worte gehört. An uns alle waren sie gerichtet, und ich gebe sie an euch weiter. Aber was sehe ich hier: Eine verängstigte Herde; einen mutlosen Haufen, der den Kopf hängen läßt. Oh Urteil du, du bist entflohen zum blöden Vieh. Und der Mensch ward unvernünftig. Ihr werdet ausgebeutet. Ihrer werdet entehrt und gedemütigt. Und ihr bedankt euch noch und küßt die Hände eurer Peiniger. Wacht endlich auf, die Freiheit bedarf nur einer Geste, und überall in den Bergen wird euer Zorn widerhallen. Wer von euch ist so tief gesunken, um das Sklavenlos zu wünschen? Ist hier jemand? Soll er sprechen, denn ich hab ihn beleidigt. Ich halte inne, um eure Antwort zu hören.«

Man soll die Wirklichkeit nicht am Kino messen, doch auch im rauhen Leben hat keiner einen Nachruf verdient, der aus lauter Formelkompromissen besteht, wie sie jeder Pfaffe benutzt, wenn er die trauernden Anverwandten nicht verprellen und die Wahrheit nicht über Gebühr strapazieren darf: »Die Art und Weise, wie er seine Überzeugung lebte, hat uns immer fasziniert, gerade weil sie uns in der Form fremd war. ... Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen. ... Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetheit erweckt haben mag, war die Lust, in Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. ... Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten.« Nicht jedem ist es vergönnt, ergreifende Nachrufe schreiben zu können. Zum transitiven Gebrauch intransitiver Verben jedoch ist keiner gezwungen. Man muß nicht Sätze fabrizieren, die schwülstig wie das Motto zum letzten CDU-Parteitag klingen, welches »Die Zukunft leben« hieß.

Halbherzig, wie es der Nachruf ist, bleibt trotz allem punktuellen Verbalradikalismus die Selbstkritik, für welche der Nachruf den Aufhänger liefert. Hart und schonungslos klingt die folgende Passage, aber sie ist es nicht, weil das Wir aus einem bitteren Vorwurf ein weinerliches Geständnis macht, das rührselige Einheit nach der Devise stiftet, wir seien doch allesamt arme Sünder: »Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert.« Zu einem Bewußtsein, welches sich selber Immunschwäche gegen Antisemitismus attestieren kann, ohne nach den Gründen zu forschen, ohne sich damit grundsätzlich infrage zu stellen, passen frappierende logische Inkonsequenzen. Sich einerseits ihres Wissens »um die Gewalt in den eigenen Reihen« zu rühmen und über die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt manches deutliche Wort zu sagen, hindert die Verfasser nicht daran, an anderer Stelle den Verdacht zurückzuweisen, die Gruppe, welche den Gefährten umbrachte, sei für den »palästinensischen Widerstand« exemplarisch. »Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalisierungen«, verlautbaren die Revolutionären Zellen, und schon die Sprache wirkt, als nehme die Bundesregierung gerade mal wieder die wegen einiger schwarzer Schafe ins Gerede gekommene deutsche Waffenindustrie in Schutz. Der Text fährt fort: »Wir halten es für verkehrt, von den Regeln einer

Gruppe auf die Verfaßtheit einer ganzen Bewegung zurückzuschließen« - gerade so, als wäre es den Verfassern noch nicht zu Ohren gekommen, daß der Terror palästinensischer Femegerichte und Vollstreckungskommandos unter den Palästinensern mittlerweile mehr Opfer fordert als alle Zusammenstöße mit israelischen Sicherheitskräften. Wo radikale Enthüllung geboten wäre, weichen die Revolutionären Zellen aus und greifen zu Beschwichtigungsformeln.

Sie sind damit auf dem besten Weg, sich rückwirkend jede Legitimation ihrer Praxis zu entziehen und, was dasselbe ist, ihre Heimkehr ins wiedervereinigte Deutschland vorzubereiten. Stets wird den Idealisierten die Idealisierung heimgezahlt, die Bewohner der Dritten Welt werden es dann büßen müssen, daß man sie für die besseren Menschen hielt, die zu sein die Verdammten dieser Erde niemals eine Chance hatten. Nicht ihre vermeintliche Solidarität im Umgang miteinander, sondern die bestialische Art, auf die sie sich wechselseitig maltraitieren, ist der Beweis für das Unrecht, das ihnen geschehen ist. Dessen Abschaffung setzt mehr Gewalt voraus, als die von den spanischen Anarchisten schwärmenden Revolutionären Zellen sich vorstellen können. Sie wenden sich dagegen, daß eine politische Entscheidung durch den Zwang der Verhältnisse gerechtfertigt werde, und sie verlangen, daß die Entscheidung moralischen Ansprüchen standhalten können müsse. Sie verlangen dies in genau dem Moment, wo die bittere historische Erfahrung lehrt, daß amoralische Entscheidungen wie die der chinesischen Führung, auf dem Platz des Himmlischen Friedens ein Massaker anzurichten, sich nachträglich als politisch gerechtfertigt erweisen können, weil der gewaltsame Tod Hunderter Tausenden den Hungertod ersparen half, den heute die Alten und die Schwachen in der Sowjetunion zu erwarten haben.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 1/92 über die deutsche Balkan-Politik

Konkret 02/92, S. 31

Ralf Syring

Mit anderen Mitteln

Was besagt das Friedensabkommen, das Regierung und Befreiungsbewegung von El Salvador am 16. Januar unterzeichneten, und was sind seine Konsequenzen?

Die Sommerresidenz des Aztekenkaisers Moctezuma soll einmal da gestanden haben, wo sich heute das Schloß Chapultepec auf einem Hügel mitten in Mexico-Stadt erhebt. Im Jahr 500 nach dem Beginn der Zerstörung jenes Kontinents, den wir heute Lateinamerika nennen, am 16. Januar 1992, wurde darin gefeiert. Erst später wird genau zu beurteilen sein, in welchem Verhältnis diese Feier zu jenem Prozeß der Eroberung steht, dessen in diesem Jahr auf vielfältige und widersprüchliche Weise gedacht werden wird.

Anlaß der Feier war die Unterzeichnung des Friedensvertrages für El Salvador durch die fünf Kommandanten der Allgemeinen Kommandantur der FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti) und dem Präsidenten des regierenden salvadorianischen Regimes. Kirchenglocken läuteten in El Salvador, als die Nachricht vom Friedensschluß dort eintraf - ein seit Monaten erwartetes Signal, das Anlaß für ein Freudenfest war. Beide Seiten feierten, und zwar getrennt voneinander auf verschiedenen Plätzen der Hauptstadt San Salvador. Etwa zur gleichen Zeit müssen jene drei Personen ermordet und verstümmelt worden sein, deren Leichen, gezeichnet durch die Signatur der Todesschwadronen, wenig später gefunden wurden.

Die Freude und die Begeisterung sind so echt wie die Angst bei denen, die da feierten. Den Waffenstillstand, von dem alle hoffen, daß er bereits mit der Unterzeichnung des Abkommens Realität wird und der ab 1. Februar formal gilt, hat die Bevölkerung seit langem herbeigesehnt. Sie hat ihn aber auch gefürchtet, und sie fürchtet ihn noch: Das Abkommen erfaßt nämlich die Todesschwadronen nicht, bindet dagegen aber die Befreiungsbewegung FMLN, die auf den Terror nun nicht mehr militärisch reagieren darf. Längst ist bekannt, daß die Todesschwadronen sich aus eben jenen Soldaten und Polizisten zusammensetzen, die zu anderen Zeiten die Uniformen der Staatsgewalt tragen. Nur ein Teil von ihnen hat den Versuch, den militärischen Kampf durch Verhandlungen zu beenden, bisher unterstützt. Jetzt ist die Durchführung ihres Vorhabens, den Bürgerkrieg durch Massaker an der Zivilbevölkerung für sich zu entscheiden, von dem bedroht, was im Abkommen »Säuberung« der Streitkräfte heißt. Noch haben sie ihre Waffen, und es wird befürchtet, daß sie davon Gebrauch machen werden, solange sie können.

Für die höheren Militärs wird diese »Säuberung« keineswegs nur unangenehme Folgen haben: lukrativer Ruhestand und diplomatischer Dienst sind einigen der uniformierten Mörder und Folterer bereits angeboten worden. Zur »Säuberung« kommt die Demobilisierung. Die Armee, die am 2. März zunächst durch die heutigen Angehörigen der sogenannten Finanzpolizei und der Nationalgarde erweitert wird, soll innerhalb von zwei Jahren um 50,2 Prozent reduziert werden. Die fünf »Bataillone für sofortige Reaktion«, jene berüchtigten, in den USA oder von US-Offizieren ausgebildeten Eliteeinheiten mit den Namen Belloso, Atonal, Atlacatl, Bracamonte und Arce, sollen bis zum 30. November 1992 aufgelöst sein. Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß das alles friedlich verlaufen wird. Schon in den letzten Monaten haben bewaffnete Raubüberfälle dramatisch zugenommen. Das Regime selbst gab bekannt, daß 92 Prozent davon von Polizisten begangen worden seien.

In den Verhandlungen zwischen FMLN und Regierung hat die Befreiungsbewegung gerade auf Reduzierung und Domestizierung der Armee besonderen Wert gelegt und darauf, daß eine unter ziviler Verwaltung stehende Polizei die bisherigen Polizeiheere, die Teil der militärischen Struktur sind, ablöst. Die FMLN ist hierbei recht erfolgreich gewesen, wenn sie auch eine Quote für den Eintritt von FMLN-Kämpfern in die neu zu schaffende Polizei nicht durchsetzen konnte. Die Bedeutung dieser Regelungen ergibt sich aus der Rolle, die die bewaffneten Kräfte der Regierung in den letzten Jahrzehnten gespielt haben. In der Praxis herrschte in El Salvador eine permanente Militärdiktatur, auch wenn sie sich gelegentlich ein paar zivile und sogar »demokratische« Schnörkel geleistet hat. Der militärisch-polizeiliche Gewaltapparat (eine Unterscheidung von Militär und Polizei ist jedenfalls in El Salvador eine bloß formale) ist nicht erst im Verlauf des Krieges zu einer brutalen Repressionsmaschine geworden, sondern ihm vorausgegangen und ein Element seiner Auslösung gewesen.

Nach fast zwölf Jahren Krieg, angesichts der nahezu 80.000 Toten, wird immer wieder die Frage gestellt, ob sich denn der Kampf »gelohnt« habe. Die Frage selbst legt eine verneinende Antwort nahe, müßte doch, wer sie bejaht, behaupten, es gebe Ziele, für die es sich zu sterben lohne. Es ist etwas falsch an dem Gedanken, der solcher Frage zugrundeliegt. Wer die Geschichten der Salvadorianer hört oder Manlio Arguetas »Tage des Alptraums« (Peter Hammer Verlag) liest, versteht schnell, daß es für die Mehrheit der Bevölkerung nie eine Möglichkeit gab, sich für oder gegen den Terror der Militärs zu entscheiden. Wenn sie überhaupt je eine Wahl hatte, dann die zwischen unterschiedlichen Formen des Opferseins oder eben dem Widerstand. Auch ihn gab es in unterschiedlichen Formen, die immer nebeneinander existierten. Als bewaffnete

nationale Befreiungsbewegung hat er in El Salvador eine hohe Intensität erreicht. Wir wissen nicht, wieviele Menschen durch Repression und Armut gestorben wären und noch sterben würden, wenn es diesen Widerstand nicht gegeben hätte.

Ziel des Kampfes war und ist ein besseres Leben für die, die wir die Armen nennen. In El Salvador, besonders in den von der FMLN seit Jahren kontrollierten Gebieten, aber auch in den zahlreichen Volksorganisationen, deren Vielfalt in den letzten Jahren das Regime ebenso verwirrt wie die Kräfte der Volksbewegung verausgabt hat, besteht die Hoffnung, daß das Erreichte Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse geschaffen hat. Der wirtschaftlich-soziale Teil des Abkommens von Chapultepec ist weniger umfangreich und weniger genau als jene Passagen, die sich mit den militärischen Aspekten der Beendigung des Krieges beschäftigen. Die legalisierte und dann wieder suspendierte Landreform soll durch die Verteilung von Landbesitz über 245 ha fortgesetzt werden, die Kämpfer beider Seiten sollen bevorzugt Land erhalten, die Landbesitzverhältnisse in den von der FMLN kontrollierten Gebieten sollen legalisiert werden.

Die Regelung der zentralen Frage der Landverteilung allein vermag das Problem der Armut jedoch nicht zu lösen. Die FMLN war nicht in der Position, mit dem Regime über ein grundsätzlich anderes System der Schaffung und Verteilung des Reichtums zu verhandeln. Sie konnte es nicht, weil sie es dafür hätte tatsächlich besiegen müssen. Und sie konnte es nicht, weil sie jenes grundsätzlich andere System nicht kennt. Das ist ihr nicht vorzuwerfen. Wohl nirgendwo sind gegenwärtig die Alternativen eines gesellschaftlichen Lebens in Sicht, die uns begeistern oder auf eine ‘bessere’ Welt hoffen lassen würden.

Überall in El Salvador wird fieberhaft diskutiert: auf Dorfplätzen, in den Hütten der Armenviertel der Hauptstadt, in den Büros der Volksorganisationen. Die FMLN und die ihr nahestehenden Organisationen arbeiten an einem Entwicklungsplan, der Armut mindern und gleichzeitig die Partizipation der Armen ermöglichen soll. Dabei sind weder spektakuläre Programme noch Aktionen zu erwarten. Dennoch sollten wir die beschlossene Reduzierung der Repression, die hoffentlich auch durchgesetzt werden kann, nicht unterschätzen. Die FMLN hat zwar das der Bevölkerung feindlich gegenüberstehende Regime nicht stürzen können. Doch sie hat ihm Grenzen gesetzt, die die Menschen freier atmen lassen. Vielleicht hat sie damit auch günstigere Voraussetzungen geschaffen, um den Prozeß der Befreiung weiterzuführen, als sie anderen nationalen Befreiungsbewegungen zur Verfügung standen, die die Verwaltung völlig zerstörter Länder übernehmen mußten.

Ralf Syring schrieb in KONKRET 11/90 über die Autobiographie von Tomás Borge

Konkret 02/92, S. 32

Winfried Wolf

»Die Angst geht um«

George Bush tourt als Bittsteller der siechen US-Automobilindustrie durch Südostasien, in Japan stagniert die industrielle Produktion, und die EG formiert ihre stärksten Bataillone: Die imperialistische Triade ist in eine neue Etappe der Konkurrenz getreten

Wenige Monate nachdem staatstragende Teile in der UdSSR den Versuch unternahmen, ihre schwindende Macht zu stabilisieren und den in Frage gestellten Charakter der Sowjetunion als Weltmacht zu verteidigen - ein Unternehmen, das im Ergebnis bekanntlich eben diesen Zerfall beschleunigte , ergibt eine Analyse des westlichen Imperiums, daß dessen Endsieg tatsächlich ein bloß vorläufiger sein könnte. In den imperialistischen Zentren Nordamerika - Japan - Westeuropa, die die »one world« beherrschen, zeigen sich tiefgreifende Krisenerscheinungen, und es bleibt der Phantasie jedes Einzelnen überlassen, daraus eine mehr oder weniger geschlossene Theorie über den notwendigen Untergang von Imperien nach Durchlaufen bestimmter Stadien zu entwickeln, wie dies der US-Historiker Paul Kennedy mit Blick auf die USA tat, oder sich allein an der Zustandsanalyse einzelner Bestandteile des westlichen Imperiums zu delektieren.

Bereits Ende 1991 (bei einer Datenlage, die bis Herbst 1991 reicht) wurde deutlich, daß die lange Periode relativ hoher Wachstumsraten, die wir von 1983 bis 1990 erlebten, beendet ist. Ob es sich dabei nun um einen Zyklus mit der biblischen Länge von sieben fetten Jahren handelte oder ob wir bereits die Jahre 1986 und 1987, als es in allen wichtigen Ökonomien der Weltwirtschaft zu einem beträchtlichen Rückgang der Wachstumsraten und in den meisten imperialistischen Ländern auch kurzzeitig zu einem absoluten Rückgang der industriellen Produktion kam, als Ende eines Zyklus' bzw. als Anfang des nächsten, der nunmehr bereits nach drei, vier Jahren endet, zu betrachten haben - sicher ist: 1991 ist es erstmals seit 1982 wieder auf breiter Front zu einem Rückgang der industriellen Produktion und zu einer Stagnation des wirtschaftlichen Wachstums, des Bruttosozialprodukts (BSP), in allen OECD-Staaten gekommen. An diesem die Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt abermals verschärfenden Ergebnis sind die drei Zentren der imperialistischen Triade maßgeblich beteiligt.

USA

Das gewaltige Aufsehen, das der fernsehöffentlich geführte Prozeß gegen einen der Vergewaltigung angeklagten Kennedy-Enkel verursachte, habe einen politökonomischen Hintergrund. Es sei, so schrieb die »Los Angeles Times«, nur mit der nun bereits mehr als ein Jahr andauernden neuerlichen Rezession und einer Stimmungslage der Nation zu erklären, die von der Angst vor einer womöglich kurz bevorstehenden allgemeinen Depression geprägt sei. Die Demontage des Kennedy-Mythos', dessen Entstehung den Höhepunkt der ebenso ökonomisch wie politisch und militärisch fundierten globalen Macht der USA markiert, korrespondiere mit der aktuellen Krise und dem gegenwärtig zu beobachtenden sozialen Zerfall.

Dabei sah es noch Anfang 1991 für eine kurze Zeit so aus, als könnte die US-Regierung die Rezession, die bereits im Herbst 1990 eingesetzt hatte, beenden und mit fremdem Geld - Japan, die EG, Saudi-Arabien und Kuweit hatten den Golfkrieg finanziert zu einem neuen Konjunkturaufschwung durchstarten. Doch die Krise verallgemeinerte sich im dritten Quartal 1991. Laut »Wall Street Journal« lagen die Gewinne der US-Unternehmen in diesem Quartal nochmals um 23 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die US-Autokonzerne - bis heute die entscheidende Branche der US-Ökonomie - weisen mit mehr als 7 Milliarden Dollar 1991 die höchsten Verluste ihrer Geschichte aus. General Motors (Jahresverlust: knapp 3 Milliarden Dollar) kündigte der Belegschaft als Weihnachtsgeschenk den Abbau von mehr als 70.000 Arbeitsplätzen und die Schließung von 21 der 125 nordamerikanischen Produktionsstätten an. Nun ist General Motors mit einem Gesamtumsatz von 705 Milliarden Dollar und 761.000 Mitarbeitern zumindest formell noch immer der größte Konzern der Welt (faktisch dürfte Mitsubishi, faßt man die geheim zusammenarbeitenden Teile dieses Konglomerats zusammen, General Motors bereits überrundet haben). Der Slogan »Was gut für General Motors ist, ist gut für die USA«, läßt sich deshalb auch umgekehrt lesen - die Krise dieses Konzerns, der auch 1990 nur noch im EDV-Bereich und Rüstungsgeschäft schwarze Zahlen schrieb, gibt einen Hinweis auf den Zustand der US-amerikanischen Nationalökonomie. Doch zur Kennzeichnung des Niedergangs der US-Wirtschaft sind zwei andere Faktoren von noch größerer Bedeutung:

Da ist zum einen der progredierende Verfall der Produktivkraft der US-Ökonomie im Vergleich zur japanischen und europäischen. Diese Entwicklung zeigt sich bspw. darin, daß nunmehr bereits der vorletzte Sektor, in welchem die USA noch einen technologischen Vorsprung behaupten konnten, die zivile Luftfahrt, von der europäischen Konkurrenz - Airbus bzw. Daimler/Dasa - ernsthaft bedroht ist. Der zweitgrößte US-Hersteller von Zivilflugzeugen, McDonnel Douglas, hat sich zum Entsetzen amerikanischer Kommentatoren dazu entschlossen, eine taiwanesische Kapitalgruppe um Finanzhilfe zur Entwicklung einer neuen Generation von Großraumjets zu bitten. Bedenkt man, daß auf dem strategischen Sektor der Halbleiterfertigung Japan die USA längst überrundet hat und daß die verbleibende US-Hegemonie im militärischen Bereich eine Industrie betrifft, die ebenso eng mit der »zivilen« Luft- und Raumfahrt wie mit der Halbleiterfertigung verbunden ist,

dann scheint der Zeitpunkt nah, wo die USA in allen entscheidenden Bereichen kapitalistischer Produktion bestenfalls die Nummer 2 sein werden. Das gilt auch für die »Produktion von Traumwelten«: Hollywood ist heute bereits zu vierzig Prozent unter japanischer Kontrolle. Möglicherweise vergehen noch einige Jahrzehnte, bis auch der Fastfood-Dienstleistungsbereich von fernöstlichem (warum nicht: koreanischem) Kapital dominiert wird - immerhin dauerte es bis zum Jahr 1990, bis als letztes Überbleibsel des britischen Empire der Hersteller von »After Eight«, Rowntree, von einem japanischen Unternehmen geschluckt wurde.

Zum anderen ist ein charakteristisches Ergebnis des langanhaltenden Booms der achtziger Jahre die enorme Verschuldung der USA auf allen Ebenen (Staat, Unternehmen, Haushalte). Sie hat mittlerweile Dimensionen erreicht, die die Gefahr eines allgemeinen Finanzkrachs mit nachfolgender Depression enorm erhöhen. »Die Reagan-Jahre haben Amerika rund 3.000 Milliarden Dollar an Staatsdefiziten hinterlassen. Unternehmen und Privathaushalte ächzen unter Rekordverschuldung, Banken, Sparkassen und Versicherungen stecken in einer Liquiditätskrise, die den Steuerzahler weitere 500 Milliarden Dollar kosten kann« (»Spiegel«). Weil ein großer Teil der Unternehmens- und Privat-Einkommen durch die Tilgung von Schulden für vorausgegangene Investitionen und Konsumtionen blockiert ist, bleiben die Möglichkeiten von Unternehmen und Privaten, zu einem neuen Investitions- und/oder Konsumboom anzusetzen, enorm eingeschränkt - was die gegenwärtige Krise im produktiven Sektor weiter verschärft. Das ist der Grund dafür, daß selbst das sehr niedrige Niveau der US-Zinssätze Anfang 1992 nicht zu einem Anstieg der Investitionen und des Verbrauchs verführt.

Gefährlicher noch stellt sich die Situation auf Seiten des Staates dar. Allein zur Bewältigung des Zusammenbruchs der US-Sparkassen wird Ende 1991 mit einem - vom Bundesstaat aufzubringenden - Betrag von schwindelerregenden 700 bis 1.000 Milliarden Dollar gerechnet. Im Sommer 1991 ist Bill Seidmann, der hochangesehene Chef der Federal Deposit Insurance Corp (FDIC), des Einlagensicherungsfonds, der für die Sparkassendefizite aufzukommen hat, zurückgetreten. Seiner Ansicht nach hat die US-Regierung den Ernst der »S&L«-Krise nicht erkannt und riskiert so einen noch größeren Finanzkrach. Und schon ist die nächste Hiobsbotschaft eingetroffen: Im November vermeldete das General Accounting Office, eine Art finanzpolitischer »Wachhund« des US-Kongresses, daß »35 der 200 größten US-Banken vom Zusammenbruch bedroht sind« (»Handelsblatt«, 9.11.91).

Unter diesen Bedingungen ist auch der staatliche Spielraum minimal, im Fall einer Verlängerung und Vertiefung der Wirtschaftskrise mit den Instrumenten der keynesianischen Wirtschaftspolitik - mit »deficit spending«, neuen kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen - die Konjunktur »anzukurbeln«. Mehr noch: Es ist völlig unklar, wie das unter diesen Bedingungen wachsende Defizit im US-Haushalt, das 1991 ein Rekordniveau von 350 Milliarden Dollar erreicht hat, perspektivisch finanziert werden soll. Dieses Problem wird noch dadurch verschärft, daß die US-Notenbank den Zinssatz immer weiter senken mußte, in der Hoffnung, so die Konjunktur anzukurbeln, während die Frankfurter Bundesbank ihren Zins auf Rekordhöhe anhob. Als Folge dieser Maßnahme fließt Kapital aus den USA, wo es bitter zur Schuldenfinanzierung benötigt wird, ab und sucht Anlagen im Hochzinsland Bundesrepublik. Sicher ist jedenfalls, daß die bisherigen maßgeblichen Finanziers des US-amerikanischen Defizits, die japanischen Geldgeber, aufgrund des niedrigen Zinsniveaus in den Vereinigten Staaten wenig motiviert sind, US-Staatspapiere zu kaufen, und daß die finanzpolitische Krise der USA historische Dimensionen angenommen hat: Zum ersten Mal in der US-Geschichte hat der Fiskus im Haushaltsjahr 1990/91 mehr für den Schuldendienst als für das Pentagon ausgegeben (286 gegenüber 264 Milliarden DM).

Japan

Japan verfügt auch weiterhin über die dynamischste Ökonomie der imperialistischen Triade. Das ist unter den gegebenen Bedingungen - wenig Rüstung, »spät aufgestiegener Außenseiter«, erst allmählich abgebauter Lohnvorteil - nicht sonderlich überraschend. Die führende Rolle der japanischen Industrie in entscheidenden Bereichen wie der Elektronik im allgemeinen und der Halbleitertechnik im besonderen, bei Stahl, Werften, Autos, aber auch im Banken- und Versicherungssektor, braucht hier nicht gesondert belegt zu werden. Umso interessanter ist, daß sich 1991 in der japanischen Wirtschaft ebenfalls verallgemeinerte Krisenerscheinungen zeigten: ein Rückgang des BSP-Wachstums auf maximal 2 Prozent 1992, eine voraussichtliche Stagnation - wenn nicht ebenfalls ein Rückgang - der industriellen Produktion für 1991 (im dritten Quartal 1991 1,5 Prozent Minus gegenüber dem Vorjahr), ein massiver Anstieg der Unternehmensbankrotte. Beeindruckende Profitrückgänge und Verluste verzeichneten die Autoindustrie sowie weitere entscheidende Unternehmen (Nissan: Gewinnrückgang im ersten Halbjahr 1991 um 55 Prozent; Toyota: Profitrückgang um 30 Prozent; Minolta: Verlust vor Steuern von 2 Milliarden Yen für das Geschäftsjahr 1990/91).

Bedeutsamer noch als für die USA dürfte für Japan die Tatsache sein, daß der Finanzsektor sich in einer tiefen Krise befindet. Wie bereits Preußen 1869-1873 demonstrierte, ist ein kapitalistisches Land mit einer aufstrebenden Ökonomie immer in Gefahr, sich zu übernehmen, vor allem mit Krediten, die den scheinbar ins Unendliche weisenden Boom vorfinanzieren. Kommt es zu einem Rückgang der Wachstumsraten im Produktionssektor, so droht im Finanzsektor, der jenem während des Booms vorauseilt, ein Kladderadatsch. Eben dies prophezeien gegenwärtig konservative Blätter. »Platzt

die Seifenblase auf dem Grundstücksmarkt? Japans gigantische Bodenpreise beginnen zu fallen«, weiß die Wiener »Presse«, und die »Wirtschaftswoche« verkündet: »Den japanischen Multis geht die Luft aus. DIE ANGST GEHT UM. Von schier grenzenloser Finanzkraft geblendet, haben sich Nippons Konzerne finanziell übernommen...«

Tatsache ist, daß in Japan die Spekulation als eine Art Überbau über dem Wirtschaftsboom 1988-1991 derart extreme Formen angenommen hat, daß eine Wiederholung des klassischen Krisenverlaufs des Jahres 1929 - Finanzkrach im Sektor der besonders schnell wachsenden Ökonomie und dessen weltwirtschaftliche Verallgemeinerung - nicht ausgeschlossen erscheint. Diese Möglichkeit wird wahrscheinlicher dadurch, daß die Banken sich nicht nur bei der Finanzierung des Booms in Japans produktivem Sektor, sondern auch in anderen spekulativen Bereichen - sowohl in Japan selbst als auch in der Weltwirtschaft - weit vorgewagt haben. »Japans Banken steht das Wasser bis zum Hals«, schlagzeilte die »Süddeutsche Zeitung« Ende November 1991. Die absurde Erhöhung der Bodenpreise in japanischen Großstädten, unter anderem verursacht durch die Privatisierungen von Post (NTT) und Bahn (JNR) und dem damit verbundenen massiven Verkauf von Grundstücken, führte dazu, daß ein viel zu großer Teil der Aktiva von Unternehmen in Grundstücken und Gebäuden mit entsprechend spekulativ überhöhten Quadratmeterpreisen besteht. In dem Moment, in dem diese Spekulationsblase angestochen wird, droht auch dem gesamten Aktienmarkt und somit der Grundlage der modernen japanischen Ökonomie ein Desaster. Ende Dezember 1991 lag das durchschnittliche Kursniveau an der Tokioter Börse, der Nikkei-Index, mit 21-22.000 bereits um über 40 Prozent unter dem Höchststand aus der Zeit vor dem 2. Golfkrieg.

EG/BRD

In der EG hat sich Ende 1991 die Krise ähnlich verallgemeinert wie in den USA und stärker als in Japan. Der Grund, weshalb dies hierzulande kaum thematisiert wird, liegt wohl in der teutschen Nationalborniertheit. Tatsache ist, daß EG-weit die industrielle Produktion 1991 rückläufig war und daß parallel dazu die Zahl der offiziell registrierten Erwerbslosen anstieg. Dies gilt für Italien, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Portugal, die Schweiz und alle skandinavischen Länder. Deutschland macht da nur eine halbe Ausnahme, weil hier einige Sonderfaktoren - vor allem das Niederkonkurrieren der Ökonomie in der Ex-DDR, der Hinzugewinn eines Marktes mit 16 Millionen Menschen und einem Sparstrumpf, der durch den 1:1-Umtausch von Ost- in Westmark prall gemacht worden ist - eine entscheidende, die Krise abmildernde Rolle spielten. Es gibt allerdings gute Gründe für die Annahme, daß dieser Extraboom bereits ausläuft: Die ungeheure Aufblähung der deutschen Staatsschuld durch die enormen Transferzahlungen an die Ex-DDR zur Finanzierung der sozialen Folgekosten des Abbaus von bisher 5 (in Worten: fünf) Millionen Arbeitsplätzen, stößt an ihre Grenzen. Die faktische Staatsschuld - die diversen Nebenausgaben für Treuhand, Bundes- und Reichsbahn, Fonds Deutsche Einheit usw. eingerechnet - des doch auf »Stabilität« eingeschworenen neuen deutschen Reiches wird sich im Zeitraum 1990 bis 1995 von 1.000 auf 1.500 bis 1.700 Milliarden Mark erhöhen, ein in einer Art neuem Fünfjahresplan fest programmierter Anstieg um 50 bis 70 Prozent gegenüber dem, was zuvor in einem knappen halben Jahrhundert an Schulden angespart worden ist.

Gleichzeitig zeigen sich seit Sommer 1991 in wichtigen westdeutschen Industriebranchen Krisenerscheinungen - so in der Stahlbranche (Verfall der Preise), in der Autoindustrie und im Maschinenbau, wobei hier die internationale Rezession mit der Folge eines massiven Einbruchs der deutschen Exporte maßgeblich ist. In dieser Situation kann nicht mehr ausgeschlossen werden, was bereits 1966 praktiziert wurde: daß die Bonner Regierung und/oder die Bundesbank zu einem bestimmten, ihnen klassenpolitisch günstig erscheinenden Zeitpunkt bewußt eine nationale Rezession ansteuern. Die Hochzinspolitik, die die Bundesbank in krassem Gegensatz zu anderen Nationalbanken betreibt, konnte bereits bis Mitte Dezember, nach drei vorausgegangenen Diskontzinserhöhungen, als ein Indiz hierfür gewertet werden. Nachdem die Bundesbanker dann am 19. Dezember ein weiteres Mal den Diskontsatz erhöhten und ihn damit auf das höchste Niveau seit Bestehen der Republik schraubten (worauf tags darauf die US-Notenbank mit einer nochmaligen Diskontzinssenkungnur ziemlich hilflos reagieren konnte) und nachdem diejenigen, die hierzulande das Sagen haben, diese Maßnahme als »Notsignal« (BDI-Präsident) gegen die »gefährlich beschleunigte Inflation« (im internationalen Vergleich lächerliche 4,2 Prozent), gegen die »ausufernde Staatsverschuldung« (schon eher zutreffend), gegen die »keine Einsicht zeigenden Gewerkschaften mit ihren überzogenen Tarifforderungen« verkauften, ist deutlich geworden, daß die Bundesbank eine Krise zumindest billigend in Kauf nimmt und projektiert, diese klassenpolitisch auszunutzen.

Die imperialistische Triade

Bei diesem Stand der kapitalistischen Weltökonomie kommt es notgedrungen zu einer Verschärfung des innerimperialistischen Konkurrenzkampfes, zumal nunmehr die äußere Bedrohung durch die nichtkapitalistische Welt entfallen ist. Den Ausgangspunkt bilden dabei die Versuche der drei imperialistischen Zentren, die von ihnen beherrschten Regionen gegen Konkurrenz abzuschirmen, sich mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen einzuigeln bzw. in der Region des Konkurrenten trojanische Pferde zu plazieren (die Bezeichnung »transplants« für die japanischen Anlagen in Nordamerika und Europa spricht für sich).

Einen kleinen Erfolg konnten da die USA verbuchen, als sie sich 1990 mit Kanada zu einem gemeinsamen Binnenmarkt zusammenschlossen. Dies stellt jedoch angesichts der seit Jahrzehnten engen Kapitalverflechtung der beiden Länder keinen großen Sprung nach vorn dar. Entscheidend dürfte vielmehr sein, ob das nun in Angriff genommene Projekt der US-Regierung, die Bildung eines nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA), durchgeführt, ob also Mexiko formell in den nordamerikanischen Block aufgenommen und damit zum optimal ausbeutbaren Hinterhof gemacht werden kann, abgeschottet gegen den Süden und gegenüber der imperialistischen Konkurrenz. Ende 1991 jedenfalls hat sich in Kanada und in den USA heftiger Widerstand gegen diese Ausweitung formiert - weil, mit einigem Recht, befürchtet wird, daß in einem solchen Fall zahlreiche Arbeitsplätze nach Mexiko verlagert werden würden und mexikanische Waren, die allerdings oft aus US-amerikanischer, japanischer und europäischer Produktion stammen, in vielen Bereichen der nordamerikanischen Konkurrenz überlegen sein könnten.

Eine entscheidende Verbesserung bei der Organisation ihres Binnenmarktes haben die westeuropäischen Nationalstaaten, und hier vor allem der deutsche, erzielt. Diese Festellung bezieht sich nicht allein auf das spektakuläre Projekt zur Bildung einer europäischen Währung (das in Maastricht auf das Jahr 1999 verschoben und an Bedingungen geknüpft wurde, die schon gegenwärtig nur drei Länder - Dänemark, Luxemburg und Frankreich - erfüllen), sondern vor allem auf die in ihrer tatsächlichen Bedeutung von der Öffentlichkeit noch kaum realisierte Bildung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). »Die zwölf Länder der EG und die sieben Länder der Europäischen Freihandelszone Efta haben mit ihrer Einigung den Weg zum größten und stärksten integrierten gemeinsamen Markt der Welt geebnet« (»Basler Zeitung«, 23.10.91). Der zu diesem Zweck ausgearbeitete Vertrag schafft im Fall seiner Umsetzung einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, in welchem 370 Millionen Menschen vom Nordkap bis Sizilien den Attacken der größten Konzerne und Banken auf Hirn, Muskel, Nerv ausgesetzt sind. Zu den 12 EG-Staaten kommen die bisher in der Efta zusammengeschlossenen Länder Schweiz, Liechtenstein, Schweden, Norwegen, Finnland, Österreich und Island hinzu.

Zwiebel Europa

Manch klugem Beobachter fiel auf, daß die 1990 vermeintlich festgefahrenen Verhandlungen über den EWR-Vertrag überraschend schnell zum Abschluß gebracht wurden und daß sich dabei die Herren von der EG-Verhandlungskommission plötzlich sehr kompromißbereit zeigten. Für diese Entwicklung dürfte es im wesentlichen zwei Gründe geben.

Zum einen ist die Situation der Efta-Länder selbst gespalten. Zwei, Schweden und Österreich, haben einen EG-Beitrittsantrag gestellt. Die Struktur ihrer Ökonomie spricht für die großen Konzerne, Banken und die EG-Regierungen sehr wohl dafür, mit diesen Ländern kurzen Prozeß zu machen und sie als EG-Mitglieder unverzüglich aufzunehmen. Doch wäre es politisch kaum möglich, diese Länder gegenüber der Türkei, die bereits vor Jahren ihren Beitrittsantrag gestellt hat, zu bevorzugen. Andere Bedenken dürften hinzukommen: So könnte ein Beitritt Österreichs, das bereits stark von deutschen Wirtschafts- und Finanzinteressen bestimmt wird (u.a. haben Mark und Schilling seit geraumer Zeit sich in einer Art vorweggenommenem »Anschluß II« auf fixe 1:7 geeinigt), das Übergewicht Deutschlands in der EG zusätzlich verstärken.

Zum anderen hat der Zusammenbruch des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ein gutes halbes Dutzend Länder hinterlassen, die nur zu gerne von der EG geschluckt werden wollen. Die Beitrittsgelüste der CSFR, Ungarns, Sloweniens, Kroatiens, Polens, Lettlands, Estlands und Litauens (um nur einige zu nennen) bringen die EG unter noch größeren Zugzwang. Auch nur zwei oder drei dieser Länder aufnehmen oder mit einem Assoziierungsvertrag an die EG binden zu wollen, hieße die EG-internen Spannungen zwischen den dominierenden und den regelmäßig übervorteilten Ländern zusätzlich erhöhen. Mit dem EWR-Vertrag ist für dieses Problem eine Zwischenlösung gefunden worden, die durchaus auch über den Verbund EG-Efta hinaus praktikabel scheint, d.h. EG-beitrittswütige osteuropäische und andere Länder könnten »zunächst« in die EWR, in »Europas Warte-Raum«, aufgenommen werden und wären damit bereits an Europas größte Konzerne und Banken gekettet. Tendenziell kann mit ihnen dann so verfahren werden, wie dies mit den ärmsten EG-Mitgliedern längst geschieht: Sie werden aufgekauft wie Ramschware im Winterschlußverkauf und ausgenommen wie Weihnachtsgänse - siehe Portugal, Spanien, Griechenland und Irland.

Das Modell EG/EWR/assoziierte Länder gleicht dem Aufbau einer Zwiebel: im Inneren ein Kern, der alles bestimmt und durchdringt, Deutschland und Frankreich, mit klarem Übergewicht des ersteren, umgeben von Ländern, die einerseits stark vom Zentrum dominiert werden, andererseits sich auch von ihm lösen können, weil ihre Interessen desto selbständiger sind, je größer ihre Entfernung von jenem ist. Der tiefere Sinn dieser Zwiebel-Konstruktion wurde im wesentlichen bereits 1902 von einem Ökonomen namens J.A. Hobson, in einem Buch mit dem schlichten Titel »Imperialismus«, beschrieben: »Der größte Teil Westeuropas (Westeuropas!) könnte dann (bei Realisierung des Hobsonschen Imperialismus-Modells; W.W.) das Aussehen und den Charakter annehmen, die einige Gegenden in Südengland, an der Riviera sowie in den von den Touristen am meisten besuchten und von den reichen Leuten bewohnten Teilen Italiens und der Schweiz bereits haben: ein Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem Fernen Osten beziehen, mit einer etwas größeren Gruppe von Angestellten und Händlern und einer noch größeren Zahl von Dienstboten und Arbeitern im Transportgewerbe

und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren; die wichtigsten Industrien wären verschwunden, die Lebensmittel und Industriefabrikate würden als Tribut aus Asien und Afrika kommen.« Fügt man in dieses regional noch schematische Bild die »innere Kolonisation« - Nord- / Süditalien, besser bezahlte einheimische Arbeiterklasse / Arbeitsimmigration - dann ähnelt es zusehends der Wirklichkeit, die sich mit EG, EWR, assoziierten Ländern und dem Verhältnis der Festung Europa zum Rest der Welt längst abzeichnet.

Bei den Vorbereitungen für entscheidende Schlachten auf dem Weltmarkt, für die die drei imperialistischen Blöcke zur Zeit rüsten, darf das Militär natürlich nicht fehlen. Heute besteht in den Stäben derjenigen beiden Zentren der Triade, die sich in den letzten 45 Jahren eine gewisse militärische Zurückhaltung auferlegen mußten, weitgehende Übereinstimmung darin, daß es an der Zeit ist, »heraus aus den Sandkästen« zu kommen. Noch während des 2. Golfkriegs wurde in Westeuropa der scheintoten Westeuropäischen (Militär-) Union (WEU) Leben eingehaucht, im Okober 1991 präsentierten Deutschland und Frankreich das Projekt einer neu zu schaffenden europäischen Armee, die »neben« die Nato treten soll. Ende Dezember gab die EG schließlich dem Drängen Deutschlands auf Anerkennung Sloweniens und Kroatiens nach - mit Formulierungen, die ein militärisches Eingreifen einer EG-Armee auf dem Balkan bereits vorab legitimieren. Etwa zur gleichen Zeit beschloß auch das Parlament in Tokio - in krassem Gegensatz zu den Bestimmungen der Verfassung - bei Bedarf japanische Truppen in fremde Lande zu entsenden, unter blauen Helmen, versteht sich.

Winfried Wolf ist verantwortlicher Redakteur der Sozialistischen Zeitung/SoZ und schrieb in KONKRET 10/91 über die Umstrukturierung der internationalen Autokonzerne in Rüstungsunternehmen

Konkret 02/92, S. 36

Joachim Bischoff

Rückzug? Expansion?

Alle reden von der Krise der US-Ökonomie. Wie tief ist sie wirklich?

Kann sich die Linke mit der Annahme trösten, daß es mit dem Sozialismus zwar gründlich schiefgegangen sei, es aber dem US-Imperialismus auch nicht gut gehe? Jörg Huffschmid hat in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift Marxistische Erneuerung (»Z.«) vor solch billigem Trost gewarnt: Die Zeichen für das amerikanische Kapital stünden - jenseits der aktuellen konjunkturellen Rezession - keineswegs auf »Rückzug oder Krise, sondern auf Modernisierung und Expansion«. Die Linke solle sich lieber mit der Unverwüstlichkeit des amerikanischen Kapitalismus vertraut machen, die aus einer völlig unerschütterlichen politisch-gesellschaftlichen Gesamtstabilität resultiere.

Fakt ist zunächst, daß die USA zur Zeit in einer gefährlichen Wirtschaftsflaute stecken. Die Politik des leichten Geldes und der niedrigen Zinsen hat bislang keine konjunkturellen Antriebskräfte freisetzen können. Deshalb ging es dem amerikanischen Präsidenten bei seiner Asien-Reise vor allem um Aufträge, Exporte und Jobs. Freilich blieb die Ausbeute gering; laut Bush sind die Zusagen der Japaner 200.000 Arbeitsplätze wert, was die im Troß mitgeführten Wirtschaftsmanager für typisches Wahlkampfgetrommel halten. Sicher: Nach wie vor können die US-Farmer mit Exportbeihilfen und Kreditsubventionen rechnen, und die japanischen Automobilkonzerne sollen mehr Ausrüstungsteile bei US-amerikanischen Zulieferfirmen kaufen - die Bosse der US-Automobilfirmen bezweifeln allerdings den ökonomischen Nutzen dieser Zusage. Schon jetzt haben die japanischen Automobilfirmen einen Marktanteil von 31 Prozent in den USA. Wettbewerbsbeschränkungen und Kompensationskäufe können nichts daran ändern, daß die japanischen Unternehmen insgesamt im USA-Geschäft einen riesigen Exportüberschuß erwirtschaften. Und das Gastgeschenk der Japaner - die deutliche Senkung des Diskontsatzes? Zur Ankurbelung der internationalen Konjunktur dürfte sie nicht ausreichen.

Fernab von Japan bleibt aber ein Aktivposten, auf den sich George Bush verlassen kann, da sich Motive und Interessen gleichen. Im Laufe dieses Jahres finden in Rom und London ebenfalls Parlamentswahlen statt, und in Frankreich laufen die Vorentscheidungen über das weitere Schicksal Mitterands; die Summe der Wahlgeschenke und Konjunkturanreize könnte die notwendigen Auftriebskräfte für den nächsten Konjunktur- und Akkumulationszyklus freisetzen, vorausgesetzt die deutsche Bundesbank zieht die Zügel nicht noch fester.

Aber selbst ein erneuter Konjunkturaufschwung brächte die US-Kapitale noch längst nicht über den Berg. In den USA zeigen sich deutlicher als in den anderen kapitalistischen Metropolen die Symptome einer strukturellen Überakkumulation. Nur wenn es gelingt, den Übergang von der veralteten fordistischen Industriestruktur zu einer modernisierten gesellschaftlichen Betriebsweise zu vollziehen, die sich auf eine umfassende Vernetzung und Steuerung durch elektronische Datenverarbeitung sowie einen effizienten Dienstleistungssektor stützt, könnte sich eine neue Prosperitätskonstellation des Kapitals ergeben.

Niemand kann bestreiten, daß durch die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts die Bedingungen der Kapitalverwertung in den USA erheblich verbessert wurden. Dennoch bleiben deutliche Negativposten:

Die Differenz zwischen den Renditen auf Finanzanlagen und Profiten auf Industrieinvestitionen ist zu gering; weiterhin strömt zuviel anlagesuchendes Kapital in den Sektor des Geldkapitals. Sowohl das Handelsbilanzdefizit, die ungedeckten Haushaltsausgaben, als auch der Schuldenboom der Konsumten sorgen für eine Kreditkonjunktur.

Durch die Steuersenkungen und den öffentlichen Schuldenberg sind zwar die reichen Haushalte noch reicher geworden; aber Millionen von Amerikanern sind aus dem Erwerbssystem und dem dünnen Netz öffentlicher Wohlfahrt herausgefallen. Steigende Aktienkurse und Immobilienpreise haben es Banken, Unternehmen und Privathaushalten ermöglicht, einen riesigen Schuldenberg aufzutürmen, dessen Kosten solange aus den Erträgen bezahlt werden konnten, wie die Konjunktur einigermaßen lief. Nachdem dies nicht mehr der Fall ist, werden die Zinssenkungen jetzt primär dazu genutzt, die Zinslasten abzubauen; von einer Ausweitung der industriellen Investitionen und des privaten Konsums kann keine Rede sein. Erst nach einem Verfall des spekulativ aufgeblähten Preisniveaus bei Finanzanlagen und Immobilien könnte die Konjuktur wieder in Gang kommen. Allerdings kaum ohne eine Verschärfung der Krise im Bankensystem zu bewirken, was die öffentlichen Haushalte auf Jahre hinaus belasten würde.

Der US-amerikanische Riese lahmt. Die jüngeren Konkurrenten - Japan und Europa - haben in den letzten Jahrzehnten mächtig aufholen können. Doch der Kampf um die Hegemonie in der Weltwirtschaft ist damit keineswegs entschieden. Die Rede vom Verfall der industriellen Potenz der USA war stark von den Effekten währungsbedingter Wettbewerbsnachteile bis Mitte der achtziger Jahre geprägt. Mittlerweile liegt der Dollarkurs rund 40 Prozent unter seinem Höchststand von 1985; die amerikanischen Konzerne haben nicht nur gegenüber der EG deutlich an Boden gewonnen; der traditionelle Fehlbetrag im Handel mit dem europäischen Kapital hat sich in einen Überschuß verwandelt; auch ohne politische

Kompensationsgeschäfte konnten die US-Firmen gegenüber der asiatischen Konkurrenz aufschließen. Auch die US-Automobilfirmen haben gelernt, mit neuer Technologie bessere Qualität zu geringeren Preisen zu liefern. Nach Kanada steht heute Japan mit einem Anteil von 14 Prozent an den Gesamtausfuhren an zweiter Stelle der Kundenliste amerikanischer Exporteure.

Nicht in einem industriellen Entwicklungsrückstand liegt die entscheidende Schwachstelle der USA, sondern in massiven Fehlentwicklungen im Dienstleistungssektor. In den achtziger Jahren wurden hier 19 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, während bei den Konkurrenten die Beschäftigung in diesen Bereichen stagnierte. Die Dienste partizipierten in den USA kaum vom Produktivitätsfortschritt durch die Informationstechnologie. Die Deregulierungspolitik hat »bad jobs« kreiert, unzureichende Investitionen in die Infrastruktur, in das Bildungs- und Gesundheitssystem verhindern heute die zügige Ausbreitung moderner Produktionsmethoden. Große Konzerne können es sich noch leisten, umfassende interne Qualifikationsprogramme zu finanzieren, so daß sie in ihren neuen Fabriken das Qualifikations- und Produktivitätsniveau Japans erreichen. Eine Verallgemeinerung dieses Niveaus, Bedingung für eine Verteidigung der Hegemonie im Bereich der Ökonomie, unterstellt aber öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und eine umfassende Reform des Dienstleistungsbereiches.

Die Einsicht in diese Notwendigkeiten ist bei Konzernbossen und Bankern vorhanden: Was im vergangenen Jahrzehnt als Arbeitsplatz-Wunder deklariert worden sei, entpuppe sich nun als wenig effizientes Haushalten mit Arbeitskräften. Anstatt mit neuen Technologien Synergieeffekte auszunutzen, habe man auf zu viele billige und unqualifizierte Arbeitskräfte gesetzt. Das mache heute die entscheidende Wettbewerbsschwäche des US-Kapitals aus. Die Aufgabe lautet daher: rasche Beseitigung des Entwicklungsdefizits im Dienstleistungsbereich. Läßt sich aber eine vorwiegend marktorientierte Überlebensstrategie für den gesamten Dienstleistungsbereich entwickeln und politisch überhaupt durchsetzen? Besteht das Erfolgsgeheimnis der europäischen und japanischen Konkurrenz nicht gerade darin, Infrastruktur und moderne Dienstleistungen nicht ausschließlich als private Kapitalanlage zu organisieren?

Es ist das entscheidende Paradoxon der spätkapitalistischen Gesellschaft: Weil sich in Japan und Europa nicht der wirtschaftsliberale Traum einer radikalen Deregulierung und Privatisierung durchsetzen ließ, haben die schärfsten Konkurrenten der USA in den letzten Jahren im internationalen Wettbewerb aufschließen können.

Joachim Bischoff ist Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«

Konkret 02/92, S. 38

Oliver Tolmein

Im Rahmen des Üblichen

Von zionistischen Kräften, preußischen Bürokraten und der Kunst, eine Quellenangabe zu überprüfen

»Nahost-Aggressoren und ihre Bonner Sprachrohre: Die Machthaber Israels sind von der Tollwut der Aggressivität gepackt. Die bisher üblichen systematischen Verletzungen der Feuereinstellung vom Juni 1967 weiten sich immer mehr zu barbarischen Kriegshandlungen aus... Wiederholt sind die israelischen Machthaber vor dem Versuch gewarnt worden, mehr als 1,5 Millionen Araber gewaltsam dem israelischen Staat einzuverleiben. Jetzt zeigt sich immer mehr, daß dies nie gelingen kann. Kein Polizeiterror, keine Sondergerichte und Konzentrationslager vermögen den Freiheitswillen der Unterjochten zu brechen.«
»Neues Deutschland«, 9. August 1968

Es sind, lehrt uns ein kommunistischer Klassiker, die einfachen Dinge, die schwer zu machen sind. Zu den einfachen Dingen gehört, sollte man meinen, das Zitieren: Ein Mensch liest einen Satz, findet ihn skandalös, großartig oder einfach nur bemerkenswert und fügt ihn, mit Quellenangabe, in einen eigenen Text ein. So ging es mir, als ich Bernd Sieglers kenntnisreiches Buch »Rechtsextremismus in der DDR« las und dabei in einem Abschnitt über den keineswegs nur latenten Antisemitismus in der DDR einen Satz aus einem Kommentar des »Neuen Deutschland« (ND) zum »Prager Aufstand« wiedergegeben fand: »In Prag regiert der Zionismus«. Ich zitierte - und erwähnte den Kontext ‘s. »Deutscher Herbst ‘91«, KONKRET 11/91): Simon Wiesenthal hatte dieses und andere antisemitische Stereotype zum Anlaß genommen, eine Liste mit 39 zum Teil hochrangigen Mitarbeitern der DDR-Medien zu präsentieren, die im Deutschen Reich als nationalsozialistische Schreiber aktiv gewesen waren.

Die Reaktionen auf die Wiedergabe des von Wiesenthal angeführten ND-Zitats fielen erstaunlich aus: Der frühere KONKRET-Autor Uwe Klußmann, heute »Spiegel«-Korrespondent in Leipzig, fragte per Leserbrief (KONKRET 12/91) nach dem Datum der ND-Ausgabe, in der die »hochinteressante Äußerung enthalten« sei - nicht etwa, weil er sie tatsächlich interessant gefunden hätte: »Vielleicht kann dir bei deiner Suchaktion der Erfinder der Fälschung, H.M. Broder... ein wenig Gesellschaft leisten.« Im »ak 337« beschäftigte sich dann in einer knappen Antwort auf den Leserbrief des »Spiegel«-Redakteurs hatte ich als Datum wie Wiesenthal den 25. August 1968 genannt - das Kürzel »kt.«, unter dem einer der Cheftheoretiker des früheren KB schreibt, ausführlich mit dem Nachweis, daß meine Quellenangabe falsch sei und, schlimmer noch: »Die `Artikelüberschrift’ ist frei erfunden... Es gibt auch keine Aussage mit ähnlicher Tendenz im damaligen ND, weder in Überschriften noch in Artikeln und Kommentaren.«

»kt.« verwies darauf, daß der Streit um das Zitat bereits einige Jahre währt. Henryk M. Broder hatte es, leicht variiert (»In Prag regieren die Zionisten«), in der Wochenzeitung »Das Parlament« vom 12. Juni 1976 veröffentlicht - »um die Affinität von faschistischem Antisemitismus und linkem Antizionismus zu veranschaulichen«, wie »kt.« mitzuteilen wußte, denn Broder hatte damals darauf hingewiesen, daß der »Völkische Beobachter« am 9. August 1938 mit der Schlagzeile »In Prag regieren die Juden!« erschienen war. Einige Monate später bemühte sich ein weiterer Autor abermals in der Beilage zum »Parlament« um den Nachweis, daß es den von Broder ohne Quellenangabe zitierten Satz im ND nicht gebe. Im Kontext einer Rezension des Broder-Buches »Der ewige Antisemit« (in dem dieses ND-Zitat allerdings nicht enthalten ist) griff »kt.« im Dezember 1986 (»Arbeiterkampf« Nr. 277) schließlich auf den Fälschungsvorwurf zurück - und weil er nun schon mal beim Rehabilitieren war, warf er sich auch gleich noch für den »Völkischen Beobachter« in die Bresche: Auch die Schlagzeile »In Prag regieren die Juden!« habe es nicht gegeben.

Der philologische Streit ums richtige Zitat war zu einem politischen geworden. Die wiederholten Bemühungen, die »freie Erfindung« des inkriminierten Zitates nachzuweisen, waren offensichtlich mit der Hoffnung verknüpft, daß mit seiner Nicht-Existenz auch die politische Kritik am sich antizionistisch gebärdenden Antisemitismus der Linken hinfällig würde. Anders läßt sich kaum erklären, warum der wesentliche, unbestreitbar wahre Inhalt der bereits erwähnten, 1968 von Wiesenthal vorgelegten Dokumentation über ehemalige Nazi-Schreiber in DDR-Medien »Die gleiche Sprache: Erst für Hitler - jetzt für Ulbricht« von Linken keineswegs als Skandal wahrgenommen worden ist, sondern, im Gegenteil, die Dokumentation auch 1991 noch als ein Produkt des kalten Krieges, das »grobschlächtige, primitiv zusammengeschusterte Propagandagags« enthalte, denunziert wird: »Daß heute ein linker Buchautor, der sich dankenswerterweise des anspruchsvollen Themas `Rechtsextremismus in der DDR’ annimmt, nicht selbst in die Lektüre des ND einsteigt, sondern sich bequem aus einer tendenziösen Dokumentation des Kalten Krieges bedient, paßt zum Zeitgeist. Daß ein vielbeschäftigter linker Publizist, der dann ein solches Buch zu rezensieren hat, eine haarsträubende `Schlagzeile’ gutgläubig abschreibt, die er wahrscheinlich keiner westdeutschen Zeitung zutrauen würde, wohl aber eben dem SED-Zentralorgan, bewegt sich ebenfalls im Rahmen des heute üblichen. Unverständlich bleibt aber, daß Tolmein nicht nach der erwähnten Zuschrift, in der das `Zitat’ explizit als Fälschung bezeichnet wurde, zur eigenen Sicherheit in der Carl von

Ossietzky-Bibliothek vorbeigeschaut hat... Schlechter zu recherchieren als ein `Spiegel'-Redakteur ist kein Radikalitätsbeweis, sondern nur Faulheit.«

Das habe ich mir natürlich zu Herzen genommen - womit wir wieder beim Einfachen wären, das anscheinend wirklich schwer zu machen ist: dem Überprüfen einer Quellenangabe. »kt.« und der »Spiegel«-Redakteur haben insofern recht, als das »Zitat« tatsächlich nicht, wie mitunter, aber nicht von Simon Wiesenthal, fälschlich behauptet wurde, als Schlagzeile erschienen ist. Der Wortlaut ist auch, das muß ebenfalls konzediert werden, nicht exakt wiedergegeben worden. Frei erfunden oder auch nur gefälscht ist er aber noch weniger. Mit der Hälfte der Mühe, die »kt.« und Klußmann auf das Schreiben von Artikeln und Leserbriefen bereits verwendet haben, hätten sie auf Seite 2 des ND vom 25. August 1968 den Leitkommentar dieser Seite finden können. Verfaßt wurde er von einem »W.K.«. Unter der Überschrift »Parteitag ohne Arbeiter« heißt es dort: »In die Methodik, mit deren Hilfe die konterrevolutionären und revisionistischen Kräfte in der CSSR sich die Macht zu ergaunern dachten, gestattet das Geheimtreffen vom 22. August einen tiefen Einblick. Um die Parteimitglieder der KPC und das tschechoslowakische Volk zu täuschen, gaben sie die illegale Zusammenkunft als außerordentlichen Parteitag der KPC aus... Wie die Zusammensetzung der illegalen Zusammenkunft, so sieht auch das von ihr als neues ZK und Präsidium der Partei erklärte Gremium aus. In ihm gibt es keine Arbeiter. Die Schriftsteller, die seit Monaten aus ihrer Vorliebe für imperialistische Sender und ihrer Abneigung gegen die Prinzipien des Marxismus-Leninismus keinen Hehl machen, bilden die Mehrheit. Leute, die zu den Verfassern der konterrevolutionären Plattform `2000 Worte' gehören, sind darin aufgenommen. Zionistische Kräfte haben die Führung übernommen.«

»Zionistische Kräfte haben die Führung übernommen«: Nun ist auch gründlicher recherchiert zu haben als ein »ak«-Redakteur kein Radikalitätsbeweis, so wenig wie die von »kt.« gestellte Frage, ob »nun eigentlich die DDR rechtsradikaler (war) als die BRD oder war es umgekehrt oder wie oder was?« dadurch beantwortet werden kann, daß die angeblich »frei erfundene« Textstelle jetzt endlich gefunden (und korrekt wiedergegeben) ist. Die Wahrheit ist eben, so oder so, nicht allein in den Zitaten zu finden. Trotzdem wäre interessant zu erfahren, was einen Kommunisten dazu bringt, einerseits über Jahre penibel wie ein preußischer Bürokrat Zitate zu verwalten und bis in die Datumsvarianten auf ihren angeblichen Fälschungsgehalt zu untersuchen, andererseits aber die entscheidenden Textstellen und Argumentationsstrukturen einfach zu übersehen.

»Wenn man sich die NDs vom August und September 1968 insgesamt durchsieht, wird man sehen, daß dort der Begriff `Zionismus' überhaupt nicht verwendet wurde, weder im Zusammenhang mit Israel, noch, wie von Wiesenthal und seinen Zweit- und Drittabschreibern unterstellt wurde, im Sinne einer `jüdischen Verschwörung' in Prag oder sonstwo«, schreibt »kt.«. Tatsächlich wimmelt es im »Neuen Deutschland« im angegebenen Zeitraum nur so von verschwörungstheoretischen Artikeln, in denen mal Imperialisten, mal die Organisatoren der Kafka-Konferenz von 1963 wie »Goldstücker, einer der Hauptverantwortlichen«, und mal die Intellektuellen in toto als »geistige Vorreiter der Konterrevolution« bzw. als deren Anstifter enttarnt werden: Die Rhetorik ist, auch wenn nicht ausdrücklich »Zionisten« oder »Juden« als »Drahtzieher« benannt werden, über weite Strecken antisemitisch - was auch für die Berichterstattung über Israel gilt.

Bleibt nachzutragen, daß schon die Vorlage der Dokumentation durch Simon Wiesenthal nicht so recht ins Bild des »Kalten Kriegers« paßt, das »kt.« gezeichnet hat. Wiesenthal ging es nämlich ausdrücklich vor allem darum, auf den Unterschied aufmerksam zu machen, der zwischen der Berichterstattung über den 6-Tage-Krieg in den Medien der DDR und der in anderen Warschauer-Pakt-Staaten bestand: »Die in der DDR verwendeten Ausdrücke, Begriffe und ideologischen Denkmodelle schienen nicht kommunistischen Ursprungs zu sein. Sie erinnerten sofort viel stärker an den `Völkischen Beobachter', den `Stürmer' und das `Schwarze Korps'... Diese auffallenden Parallelen führten von der ideologischen Ebene weg - hier mußte nachgeforscht werden, wie weit etwa Werkstatt und Personen mit jenen der NS-Ära identisch sind... Das Ergebnis hat alle Erwartungen - oder Befürchtungen - übertroffen.«

Konkret 02/92, S. 40

Ulrich Bitz

Blöcke, Kugeln und andere Kleinigkeiten

Äußerster Realismus bei äußerster Imagination: Das Werk des Baukünstlers, Verlegers mittelalterlicher Musikalien, Orgelarchitekten und Schriftstellers Hans Henny Jahnn zeigt einen Menschen am Rande seiner Welt, mit dem Kopf gleichsam die letzte Hülle durchstoßend

»Die Dichtkunst kann ihre Arbeit nur anpacken, wenn sie alle Sinne schärft, nach allen Richtungen vordringt, sie den Menschen erforscht, nicht nur sein Kleid. Er kann und darf nicht mehr als bekannt, als Glied einer Entwicklung in bestimmter Richtung vorausgesetzt werden. Er muß Gegenstand der Untersuchung werden, damit der Punkt gefunden wird, an dem ein Umbiegen sinnvoll und aussichtsreich ist. Die Proteste gegen das Ergebnis sind verfrüht. Die Wirkung in die Umwelt hinein ist noch gar nicht eingetreten.«
Hans Henny Jahnn

Freilich, manche List ist so fein, daß sie sich selbst umbringt. Es geht wie sooft bei einem Dichter um die Lustam schlechthin *Anderen*, dem Text. »Der wertvolle Versuch, an Hand der inneren Erlebnisse Tassos einen Einblick in des Dichters Seele zu geben, ist im allgemeinen gelungen und enthält manche feine Bemerkung. J. muß aber noch mit größerer Energie nach zwingender Klarheit des Ausdrucks streben.« Torquato Tasso. Johann Wolfgang von Goethe, wie könnte es anders sein. Ein Drama. 19. Mai 1913. Der Schüler Hans Jahn hat einen Aufsatz geschrieben: »Tasso der Mensch und der Dichter« und empfängt von »GB« die Losung fürs Leben. Am Beginn eines jeden Dichterlebens steht fast immer ein Deutschlehrer. Das sollten wir bei unserem Umgang mit schwierigen Dichtern häufiger bedenken. Jene Spezies von Literaturbeflissenen ist, da die literarische Kritik in Deutschland als Handwerk darniederliegt und zu allem Übel auch noch von den Presseabteilungen der Verlage nahezu vollständig kolonisiert ist, zum Proliferanten des Kritischen geworden.

Für Hans Jahn heißt das: Ruhe ist die erste Schülerpflicht!, hier wird benotet. Die Schulische Vernunft urteilt ab, wie nach ihr jede Vernunft, die sich des Baukünstlers, Verlegers, Orgelbauers und Dichters Hans Henny Jahnn (1894 - 1959) annimmt. »Man« ist stets auf Posten. Versteckt hinter Buchstabenkürzeln und Klarnamen lobt man ihn, den deutschen Leonardo da Vinci der SCHRIFT und seine techne, zeichnet eine Geste des Fremden, des Exotischen aus. Aber: Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen beim kleinen Grenzverkehr der Vernunft von Kritik wird »man« eben auch schnell zum Opfer, wenn Jahnn unter Vorspiegelung richtiger poetischer Tatsachen das Abwegige zum Weg macht, wie es in seinem persönlichen Manifest anläßlich einer Goethefeier in »Aufgabe des Dichters in dieser Zeit« heißt. Es hilft den Richtern nicht, daß sie über den Blutgeruch von Jahnns Weltläufigkeit die Nase rümpfen. 1920 erhält Jahnn aus den Händen des bis dato unverdächtigen Oskar Loerke für seinen Dramenerstling »Pastor Ephraim Magnus« den ungeteilten Kleistpreis zugesprochen. Die Ablehnung Julius Babs, seines Zeichens Großkritiker, ist ebenso ungeteilt: »Dieses eine Buch mag im Giftschrank der Menschheit als eine stärkste Arzenei aufbewahrt werden. Wiederholung, Variation oder gar Nachahmung wollen wir uns aber aufs entschiedenste verbitten.«

Ruhe ist die erste Dichterpflicht. Jahnn hat sich an derlei Losung nie so richtig gehalten. Wie alle Großen hat er sich wiederholt, sein »Variantenbedürfnis zu neuen Taten, zu Revolutionen, Normverletzungen, Abirrungen« angetrieben. Nur nachgeahmt ist er nicht worden, sieht man von den Ehrbezeugungen eines Fichtes, Brinkmanns, Winklers, Henscheids ab. Letztlich auch hier: Das Fatale ist das Banale. Keine Frage. Die Szene gleicht dem Holzschnitt, der den mittelalterlichen Menschen am Rande seiner Welt zeigt, wie er mit dem Kopf die letzte Hülle durchstößt. Ist das nun ein Komiker des Metaphysischen, der uns auf beunruhigend unverständliche Art unterhalten will, oder ein Tragiker, der den Blick auf die »schneeigen Augen Gottes« richtet, oder lediglich ein deutschtümelnder Tölpel, der sich und die Welt um den Verstand bringt? Um das zu beanworten, müßte man Jahnn wieder lesen, lesen *gegen* den so lieb gewonnenen Strich der Vernunft, mit dem das von ihm Signierte von der Kritik, vom Publikum durchkreuzt, ja regelrecht choreographiert wird. Zu seinen Lebzeiten Pflicht. Nach seinem Tode, am Rande des Vergessenwerdens in den Kurzaufnahmen der Literaturgeschichten, unfreiwillig komisch die Kür bei Jubiläen und den sogenannten Theaterereignissen JAHNN. Zu beobachten bis in die allerjüngste Vergangenheit. So notierte Ulrich Greiner in der »Zeit« vom 6. Dezember anläßlich des Erscheinens der Bände »Schriften zur Kunst, Literatur und Politik« der Hamburger Ausgabe der Werke Hans Henny Jahnns: »Jahnn polarisiert. Gleichgültig bleibt nur, wer ihn nicht kennt. Je näher man ihm kommt, um so mehr erfährt man auch die Distanz. Er gleicht einem erratischen Block unübersichtlichen Ausmaßes, mitten unter uns gefallen aus einer anderen Welt und einer anderen Zeit.«

Da ist er also, der Bau, den es zu betreten gilt. Doch statt dem Fremden wie auch immer zu begegnen, ergeht »man« sich in gespreizter Konvention. »Jahnn gehört zu jenen ungemütlichen Geistern, die nichts weniger wollen als alles. Sein Zugriff ist gewaltig, sein Anspruch zielt auf Omnipotenz, seine Visionen sind grandios. Also]!!! ist er ständig vom Scheitern bedroht, von der schieren Lächerlichkeit, von pathetischer Verquastheit.« In seiner Erwiderung auf Babs Verdikt vom Giftschrank hat Oskar Loerke auch Greiner eine Antwort gegeben, hat dieses »Also« auf den Punkt gebracht: »Man zerlegt

den Elephanten und ist vor jedem Widerspruch außer dem der Narren sicher, wenn man behauptet: Sind das nicht Haare? Knochen? Hirn? Gedärme? Haben Schwein, Affe, Maus nicht auch welche? Aber sie sind außerdem noch richtige Schweine, Affen und Mäuse. Man zerlegt den Elephanten, aber man sieht ihn nicht.« Eben.

Bab und Greiner sind, was sie sind, typische Kritiker der Moderne, immer aufs Ganze gehend. Beiden hätte indessen ein Blick in die »Quaderni d' Anatomia« Leonardo da Vincis, Jahnns Tintenverwandten, zum Vorteil gereicht. Denn das Ingangsetzen der Schreibmaschinen gegen oder für Jahnn endete bisher noch immer bei der kopfschüttelnden bis Kopf wiegenden Beschreibung dessen, was das Befremdliche auslöst. Jahnn hat die folgende Niederschrift Leonardo da Vincis, wie die Einbalsamierungs-Szene in der Romantrilogie »Fluß ohne Ufer« zeigt, geschätzt: »Und du, der du sagst, daß es besser sei, das Anatomieren als solche Zeichnungen zu sehen, du würdest richtig reden, falls es möglich wäre, alle diese Sachen, welche in solchen Zeichnungen demonstriert werden, an einer einzigen Figur zu sehen, an welcher du mit deinem ganzen Verstand nichts sehen und erkennen wirst als etliche wenige Venen, um deren wahre und volle Kenntnis zu erhalten ich mehr als zehn menschliche Körper seziert habe, alle anderen Teile zerstörend, in den winzigsten Teilchen alles Fleisch vernichtend, das sich rings um diese Venen befand, ohne sie blutig zu machen außer mit unmerklicher Kapillarvenenblutung; und ein einziger Körper war nicht für so lange Zeit hinreichend, so daß man der Reihe nach an so vielen Körpern fortfahren mußte, damit man die volle Kenntnis zu Ende führe, was ich zweimal wiederholte, um die Unterschiede zu sehen.«

Also: »Und wenn du Liebe zu solcher Sache hast, wirst du vielleicht durch den Magen verhindert; und wenn dieser dich nicht hindert, so wirst du vielleicht verhindert durch die Furcht des Zusammenwohnens zu nächtlichen Zeiten in Gesellschaft solcher gevierteilter und geschundener und schrecklich anzusehender Leichen; und wenn das dich nicht hindert, fehlt dir vielleicht das gute Zeichnen, das zu solcher Darstellung gehört; und wenn du das Zeichnen hast, wird es nicht von der Perspektive begleitet sein; und wenn es davon begleitet ist, wird dir die Ordnung geometrischer Demonstrationen und die Ordnung der Berechnung der Kräfte und Fähigkeiten der Muskeln fehlen; oder vielleicht wird dir die Geduld fehlen, daß du nicht sorgfältig sein wirst.«

Wer sich aus dem Jahnnschen Banne ausgelöst sehen will, muß auf die Probe stellen, was sich Jahnn von Leonardo da Vinci angeeignet hat: »diese Beziehung zwischen dem Wirklichen und dem Imaginären, das heißt, diese Technik, das Wirkliche durch das Imaginäre zu befruchten und dem Wirklichen das Imaginäre, das es versteckt, abzunötigen, ja zu entlocken« (Jean Jamin). Ansonsten wird »man« Opfer einer Inversion der Zeit, sieht, wie der Deutschlehrer des Gymnasiums am Kaiser-Friedrich-Ufer durch das Zwischendeck der SCHRIFT marschiert und an seinem Pult sitzend Hans Jahns Aufsatz goutiert und schon für den Beginn vermerkt: »Eigenartige Beschränkung des Begriffs 'Mensch`«. Hatte der Schüler seine Meditation über Goethes Tasso doch mit einer Definition ganz anderer Art eröffnet: »Ich verstehe unter Mensch nun nicht jedes Wesen, das auf der Straße herumläuft und alles Schöne und Ekle ohne Unterschied begafft und hinnimmt, sondern ein Wesen, das etwas im Busen trägt, mit dem es nicht weiß, wo es hin soll, ein Wesen, wenn es schöne Worte oder Töne hört, sich vor Freude nicht zu fassen weiß, ein Wesen, dessen Herz vor der Not des Lebens zurück bebt.« Wenn der Deutschlehrer wüßte!

Unser Schüler ist Vielschreiber, hat bereits eine Unmenge von dramatischen Skizzen und Dramen hinter sich gelassen. Hat sich aufs Spiel gesetzt, wo es für andere lediglich um tödlichen Ernst oder poetische Norm-Erfüllung geht, wenn sie denn überhaupt ein ETWAS im Busen tragen. Doch der S. Fischer Verlag lehnt dankend ab wie der Deutschlehrer. In seinen »flüssigsten Jahren« trotziger Resistance gegen das Vorgefundene bleibt dem Schüler Hans Jahn nur eines: er wird. Er wird zu Hans Henny Jahnn. Wie? Reisen mit der SCHRIFT. Reisen zu den Tintenverwandten. Denn der ästhetische Mangel ist immer die unseren Schreiber schier zerfetzende Spannung der Verbannung in das ZWISCHEN von Hinter-sich-Gebrachtem Gelesenen und dem Vor-sich-Liegenden Noch-Ungeschriebenen.

Gegen die Stereotypen bekannter Vernunftmaßnahmen lehrer- und verlegerseits setzt er das Experiment der Wiederholung. Er gleicht darin ein wenig Gustav Anias Horn, der Figur aus »Fluß ohne Ufer«, die zu Beginn ihrer Existenz als Komponist nicht ohne Kunstfertigkeit versucht, mit den für das mechanische Klavier üblichen Papierrollen den Gesetzmäßigkeiten der Musik auf die Spur zu kommen, die im Ergänzen, im Stanzen und Einhämmern von Zusätzen auf fremden Kompositionen zu erweitern sucht, was sie für den Klang der Welten hält.

Für unseren Schüler heißt das, er geht sich selbst mit fremdem Beispiel voran. SCHRIFT lesen, ergänzen, verweben, setzen. Dramen, Romane und Pamphlete. Einmischungen eben in das, was »man« nicht wahrhaben will. Jahrzehnte später, gefangen, befangen und gequält von sich selbst, gestrandet in der Quaderhaftigkeit einer engwandigen Kate auf Bornholm inmitten der Weite des poetischen Großunternehmens »Fluß ohne Ufer« - wir schreiben den Mai 1942 , erläutert der Dichter einem anderen Ausgelieferten, Schüler wie er ehemals, was es mit Kunst auf sich haben kann. Nichts hat sich für Jahnn geändert. Sein großes Geheimnis: Er ist sich jung geblieben. »Wir lernen die Kunst an Beispielen begreifen. Wir können sie nicht definieren, weil wir das inwendige Erlebnis, das notwendigerweise mit ihr verbunden ist, nicht definieren können. Das 'Können`, also das Handwerkliche, das Artistische allein macht die Kunst nicht aus. Aber das Artistische allein steht in der Nähe der Definitionen und wird richtungsweisend für die Begriffe. Ich habe seinerzeit den Gordischen

Knoten damit zerschlagen wollen, daß ich mich von der Form an sich überhaupt abwandte und die Erlebnisweite als alleinigen Maßstab nahm.«

Seinerzeit, das ist der Vater, an den er nicht einmal einen Brief zu entwerfen sich gestattet, das ist die Schule; aber das sind auch die Frauen, die Freunde und die wohlwollenden Mäzene. Erlebnisweite, wie das klingt für das ETWAS, das im Busen zu tragen ist, auf Zeichnungen gebracht und im Schreibstrom Jahrzehnt um Jahrzehnt in Schulheften inszeniert werden muß. Der Dichter Jahnn hat zeitlebens die Handschrift, die erste Schrift, in ein Schulheft gesetzt. Zumeist blütenweiß, jungmännlich und fast immer ohne Linien. Einzig die Schreibwarengeschäfte verschieben sich im geographischen Koordinatensystem: Hamburg, Norwegen, Eckel/Lüneburger Heide, Hamburg, Zürich, Bornholm, Hamburg. Der Horizont der Erlebnisweite auf den Achsen des Geo- und Biographischen bleibt der Gleiche, unverrückbar.

Kein erratischer Block! »Verläßt man auf einer Kugel einen Punkt, so heißt das, daß man sich ihm schon wieder *nähert*! Die Kugel ist monoton. Die Pole sind nur Fiktionen. Bleibt nur der Mittelpunkt, wo die Schwerkraft aufgehoben ist« (Victor Segalen). Dorthin will jeder bei Jahnn, der Editor ebenso wie der Kritiker. Allen geht es um das Geheimnis, das Kraftfeld erklärbar zu machen, dessen Energie man sich auch heute noch als Lesender aussetzen kann. Obwohl wir ihn a priori nicht erreichen, geschweige denn uns an ihm aufhalten können, wollen wir uns doch ein wenig mit ihm aufhalten, werden wir versuchen, den Innenraum der Kugel zu durchmessen. Natürlich tunlichst mit dem Blick auf die Wölbungen über uns.

Der, der ETWAS im Busen trägt, signiert mit Hans Jahn. Der, der seine Haut zu Markte trägt, wie es in »Die Zwickmühle oder Die Gezeichneten oder H.H.Jahnn der Schriftsteller contra H.H.Jahnn, Orgelbauwissenschaftler, von Hans Henny Jahnn dem Dritten« heißt, mit Hans Henny Jahnn. Woher kommt das zweite »n«? Wer vergibt hier den Namen »Henny«? Das Testament der Eltern, der Eheleute Gustav William Jahn und Elise Marie Charlotte Jahn, geborene Petersen, vom 13.12.1913 zeigt lakonisch an: Es wurde einer getauft auf den Namen Hans Henry August Jahn. - 11.9.1912, Tagebuch, Hans bekundet die Absicht, in Anlehnung an den Großvater mit »Jahnn« zu signieren. Unser Schüler, erfahren wir, ist so etwas wie ein genealogischer Mineur. Zug um Zug sprengt er sich in die Freiheit einer *eigenen* Vergangenheit. Sein Stammbaum wird einer, der sich ins Mittelalter zu den Bauhütten und ihren Riten, zu den Handwerksmeistern zurückverfolgt. In ihm läßt sich unser Schüler ankündigen, was er, Hans Henny Jahnn, in Zukunft zu leben gedenkt. Doch zunächst bleibt es vor den Jahren der großen Verstörung, 1914 bis 1918, bei dem gewöhnlichen, dem von den Eltern und der Schule verfügten »Hans Jahn«. Der Druck von diesem Außen ist zu groß. Jahn(n) handelte im sogenannten wirklichen Leben auch damals schon, anders als in der von ihm signierten SCHRIFT, immer als ein vollendeter Pragmatiker mit dem Hang zum fundamental Opportunistischen.

Wahrscheinlich ist das »Henny« dieser weibliche Vorname, eines der aufregendsten Manöver, das einem in der Literaturgeschichte des 20. Jahrhunderts begegnen kann. Ganz harmlos scheint es zunächst nur den Austausch eines Buchstabens zu markieren. Henry wird zu Henny. Zu einer Sensation wird es, wenn man dessen Geburtsort, das Tagebuch der Jahre 1913/14, aufsucht. Jahn(n) hat, so ist zu lesen, mit seinem Freund Gottlieb Harms »Hochzeit« gehalten. Fortan ist im Drama des Biographischen Henny Kosename und Rollenbezeichnung in einem. Hans Jahn ist als Henny die Ehefrau von Gottlieb - »Friedel« - Harms. Das lebenslang verschwiegene Coming out steht am Beginn einer Dichter- und Künstlerexistenz. Das Tagebuch hat es unmißverständlich festgehalten: Die Ehe der beiden, die für Jahn(n) Kinder nötig hat, erhält sie, wie immer wieder betont wird, *durch* die SCHRIFT. Gottlieb Harms zeugt mit seiner Liebe die frühe poetische Produktion, die Dramen, die ersten Schriften über die Erfahrung von Welt. »Henny« ist die Signatur des Homosexuellen bei Jahn(n). Keine Frage, offener geht das Verschweigen der eigenen Sexualität nicht.

Biographisch offiziösen Charakter erhält die Signatur »Hans Henny Jahnn« erst im Dezember 1918 nach der Rückkehr aus Norwegen, wohin sich Jahn(n) mit Gottlieb Harms vor dem Krieg des Wilhelminischen Deutschland geflüchtet hatte.

Schon in der Signatur sehen wir also, wie sich das Reale der Welt - die Familie und, wie sollte es anders sein, die deutschen Behörden werden sich nie mit der fremden Schreibweise des Namens abfinden - in das Reale der SCHRIFT wölbt.

Das ETWAS im Busen, es ist homosexuell, es ist ein Begehren nach dem *Anderen*. Liebe heißt biographisch: Bauzeit. Veränderung. Was liegt näher, wenn man schon der Zeit der großen Verstörung aktiv durch Flucht begegnet und im Niemandsland eines norwegischen Hotelzimmers logiert, als nicht nur sich, sondern auch »Die Mauer« (Drama 1915) um- und die Gebäude einer Utopie zu entwerfen. Es entsteht Ugrino. Auf dem Papier. Vom Baukünstler des Biographischen, der das Zukünftige sich im Immer-jetzt-Vergangenen ankündigen lassen will, ist es für Jahnn nur ein kleiner Schritt zum Realen des Steins. Einmal mehr wölbt sich das ETWAS vom Realen der SCHRIFT in das Reale der Welt: Bauzeichnungen - Planquadrate des Projekts einer eigenen Religionsgemeinschaft.

Die Jahnnsche Baukunst, so wie sie überliefert und von Sandra Hiemer im ersten Halbband der »Schriften zur Kunst, Literatur und Politik« der Hamburger Ausgabe zum ersten Mal angemessen dokumentiert ist, interessiert denn auch die sinnliche Erfahrbarkeit von Proportion und Masse auf der Basis geometrisch-mathematischer Gesetzmäßigkeiten. Stichworte, verpflichtet der pythagoreisch-gnostischen Tradition harmonikaler Welterfahrung, sind Takt und Rhythmus

heiliger Zahlen. Neben die Verabsolutierung der Proportionsgesetzmäßigkeiten der heiligen Zahlen 1, 3, 5 und 7 tritt die Verabsolutierung des Materials, die Fetischisierung des Steines. Die ästhetische Konvention, der Jahnn folgt, entfaltet eine Ästhetik der Körperhaftigkeit von Architektur. Raum besitzt für Jahnn keine sinnlichen Qualitäten. Er ist »Ergebnis aus der Masse«. Jahnn folgt hierin Laotse: »Das eigentlich Wirkliche eines Raumes sind nicht die Wände, es ist vielmehr die Leere, die sie umschließen.«

Aber einer, der 1918 zurückkehrt in das Deutsche einer Revolution, der hat Expressionist zu sein, kein Baukünstler, der realisiert, was er unter dem Eindruck des Phantastischen der norwegischen Berglandschaft entworfen hat. Wer sollte die formatsprengenden und utopischen Monstrositäten in der Lüneburger Heide finanzieren? Die Billionäre der Zeitenwende wollten oder konnten nicht. Wessen Entwürfe nicht gebaut werden, der stürzt mit seinen Zeichnungen in die Bedeutungslosigkeit des am nur Realen Interessierten.

1918 bis 1928. Wer dieses Jahrzehnt höchster Produktivität unter der Sigle Ugrino kennenlernen will, sei auf die ebenso materialreiche wie exzellente Arbeit von Jochen Hengst und Heinrich Lewinski »Hans Henny Jahnn. Ugrino. Die Geschichte einer Künstler- und Glaubensgemeinschaft« (Hannover 1991) verwiesen.

Zu seinem und unserem Glück hat der Praktiker Hans Henny Jahnn einen besonderen Sinn fürs Utopische, läßt auch Teillösungen zu, wenn es darum geht, das stummgewordene Jetzt mit einer verklungenen Vergangenheit neu einzuwölben. Was das heißt? Jahnns Kampf um die Realisierung Ugrinos ist neben den Entwürfen einer »monumentalen Baukunst« untrennbar mit seinem Eintreten für die Musik der Vorbachzeit verbunden. Als Verleger für Musikalien pflegt er das *schriftliche Bild* mittelalterlicher Musiken mit denkwürdigen Editionen. Aber nicht nur das. Zusammen mit Gottlieb Harms organisiert er in den Jahren 1922 bis 1925 Dutzende von Konzerten in Hamburger Kirchen und Konzertsälen, um die Werke von Komponisten seiner Wahl einem interessierten Publikum zu Gehör zu bringen. Ugrino / Abteilung Verlag zeichnet in der Zeit ihres Bestehens von 1921 bis 1933 verantwortlich für die als kritische Gesamtausgabe angelegten Editionen von Vincent Lübeck, Samuel Scheidt, Arnolt Schlick und Dietrich Buxtehude. Als Zeichen des Handwerkers Jahnn werden sie heute von Antiquariaten als bibliophile Kostbarkeiten gehandelt. Handwerk, von dem immerhin die Bibliotheken Zeugnis ablegen; Handwerk aber auch, das sich in Beziehung zur technischen Realität des Instruments ORGEL setzt. Jahnn der Orgelarchitekt, wie er sich selbst nennt, entwirft und baut angelehnt an die untergegangene Orgel der Vorbachzeit für die Musiken Klangkörper, die seine Vorstellung von Welt und dem, was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält, zum Erklingen bringen.

Geburtsort und Handwerk kreuzen sich in Jahnns Werkbiographie auf eindrucksvolle Weise, ist doch die um die Niederelbe gelegene Landschaft, in der er aufwuchs, Orgelland. Es gibt kaum einen anderen Landstrich in Deutschland, der, übervoll gedrängt bis in die kleinsten Dörfer, so viele Orgelwerke von hervorragendem Klang beherbergt wie die Gegend zwischen Hamburg und Cuxhaven. Namen wie Altenbruch, Langenwarden, Lüdingworth, Neuenfelde und Stade deuten die Fülle an. Als Handwerker und Orgelarchitekt ist Jahnn Autodidakt. Selbstzeugnissen zufolge hat er sich seine Kenntnisse während des norwegischen Exils anhand einschlägiger Fachliteratur selbst beigebracht. Was Wunder, daß die Fachwelt ihn von Beginn an mit Zensuren und mal mehr, mal weniger gekonntem Besserwissen begleitet, das oft nur mühsam ein einziges Ziel verbergen kann, den Außenseiter, den Nicht-Fachmann zum Schweigen, zum Nicht-Bauen zu bringen.

»Man will den Widerspruch zum Dichter in mir entdecken: Konservativ in der Musik, radikal im Wort. Man kann Mißverständnisse nicht forträumen, man kann sie nur vertiefen. Das ist auch ein Etwas.« Wir schreiben Mai/Juni 1927. Jahnn sieht sich wieder einmal gezwungen, sich mit mißverständlicher Klarheit zur Wehr zu setzen. Unter der Überschriftsfanfare »Orgelbauer bin ich auch« protestiert er gegen Festlegungen, die seine Arbeiten auf den unterschiedlichsten Gebieten gegeneinander zu einer Geste UNERHEBLICH FÜR verrechnen.

»Die Musik läßt sich viele Deutungen gefallen, das Wort isoliert den Sprecher. Was eine Allgemeinheit vor Tönen empfindet, ist mir bis heute ein vollkommenes Rätsel. Ich selbst möchte bekennen, daß ich in den Klangtendenzen meiner Orgelwerke genau so modern wie in meinen Dramen, und in meinen Dichtungen genau so altertümlich wie in meinen Orgelklängen bin. Ich halte es für ein normales Bedürfnis jedes Schaffenden, daß er in die Gegenwart zu bringen versucht, was in der Gegenwart nicht ist. Das hat mit Bejahen oder Verneinen des Augenblicks oder gar des Zeitgeistes gar nichts zu schaffen, ist vielmehr ein Urgesetz, das ihn treibt, die Schöpfung so weit zu machen, wie er sie denken kann. Er betont, was nicht schon bei seinem Nachbar greifbar ist.«

Der Handwerker mit Leonardoscher Geste: »Ist es auch eine gar nicht zu leugnende Tatsache, daß das königliche Instrument im Schoße der Kirchen der Verwesung anheim fiel. Mit dem Wunsch nach entfernten Gliedern des Klangleibes ist am Ende nichts getan. Hinzu kommen müssen Wissen, Geduld, Unerschrockenheit und eine unbedingte Zuneigung zur Logik stofflicher Vorgänge, handelt es sich auch um eine so feine Substanz, daß sie als Ton dem Ohre eingeht. Der metaphysische Realismus der Orgel hat mich angetrieben, Orgelbauer zu sein. Die innere Organisation des Instrumentes ist von so überwältigender Folgerichtigkeit, nicht umzubiegen, daß ich nur wünschen möchte, begabte Köpfe hielten es für wert, eine tiefe Einsicht zu nehmen.« Da ist sie wieder, diese Beziehung zwischen dem Wirklichen und dem Imaginären,

das heißt die Jahnnsche Geste, das Wirkliche durch das Imaginäre zu befruchten und dem Wirklichen das Imaginäre abzufordern.

In ihr ist die Schwerkraft bei Jahnn aufgehoben. Mit ihr passieren wir, gewissermaßen ohne es zu bemerken, den Mittelpunkt der Kugel. Von nun an bewegen wir uns wieder auf das zu, was man bei einem Dichter die papierene Außenhülle nennen könnte. Wie der Knabe aus Jahnns Romanfragment »Perrudja« sehen wir das Rückwärtige des der Kritik zum Opfer Gefallenen auf uns zu stürzen.

Wir sehen: »daß ein Mechanismus von sinnverwirrender Kompliziertheit kraft unbegreiflicher Mittel sich zu gewissen Betätigungen und Verrichtungen herbeiläßt, die dazu angetan sind, höchste Bewunderung, darüber hinaus ergreifende Gedanken zu erwecken«.

Wir sehen: Die Wölbung der Kugel ist nicht nur der ORT, an dem die Gesetze von Entwurf und Konstruktion einer Existenz sich in einer geometrischen Figur enthüllen, sondern gekrümmte Fläche der Unvernunft des Poetischen.

Wir sehen: die Koitus-Figur, die berühmte anatomische Zeichnung Leonardo da Vincis, zu der die Ahasver-Figur »Schauspieler« aus dem Romanfragment »Ugrino und Ingrabanien« bereits 1916 vermerkte: »Er, Leonardo da Vinci, tastete in seinen eigenen Leib hinein. Er war Mann. Er verfolgte die Bewegung des Afters und das Rinnen des Samens. Er schnitt den Geschlechtsgang einem toten Weibe heraus und zwängte sein Glied hinein und zeichnete dieses.«

Und - wir sehen: wie sich die Strichfolgen vor unseren Augen in den mythischen Mahlstrom des babylonischen Epos' über die Freundschaft zweier Männer umbiegen.

Wir sehen: die namenlosen Figuren Leonardos und die sich liebenden Freunde Gilgamesch und Engidu sich verwandeln in Gustav Anias Horn und Alfred Tutein, Figuren aus »Fluß ohne Ufer«.

Wir hören: die zehnte Tafel des Gilgamesch-Epos': »Wie sollten nicht abgezehrt sein meine Wangen, nicht gebeugt mein Antlitz, / Nicht betrübt mein Herz, nicht aufgerieben meine Gestalt! / Wie sollte nicht Wehklagen sein in meinem Herzen, / Ich einem Wanderer ferner Wege nicht gleichen an Aussehen! / Wie sollte vor Gram, Kummer und Qual nicht zerstört sein mein Antlitz, / Ich voll Trauer nicht eilen hin über das Feld!«

Wir hören: den Schmerz des Verlassenen über den Tod des geliebten Freundes durch diese Klage wehen und begreifen den Überlebenden, der Engidu ins Schattenreich folgen muß.

Wir hören den Zwiegesang der beiden auf der zwölften Tafel des Gilgamesch-Epos': »Sag an mein Freund, sag an mein Freund / Die Ordnung der Unterwelt, die du schautest! / Ich will es dir nicht sagen, mein Freund, ich will es dir nicht sagen; / Wenn ich die Ordnung der Unterwelt, die ich schaute, dir sagte, / Würdest du dich den ganzen Tag hinsetzen und weinen.«

Unser Hören, wir können es auch lesen, lesen in der Vertonung von Gustav Anias Horn, dem Komponisten der großen Symphonie »Das Unausweichliche«: Schattenspiel des Hörbaren auf Papier. Schwarz-auf-weiß: Die Wölbung wird zur gekrümmten Fläche des Lesbaren. Wir haben die papierene Hülle der Kugel durchstoßen. Im Diesseits finden wir uns in der berühmten Einbalsamierungs-Szene aus »Fluß ohne Ufer« wieder.

Gustav Anias Horn: »Ich betrat zum erstenmal das Haus, in dem von Tutein nur noch der Körper zurück war. Der Körper, der seiner Funktionen entbunden, weil die Seele, die nur ein lauwarmes Haus bewohnen will, im Fieber verbrannt und in der Kälte verwest war - treulos gegen das Leben, das nirgendswo beständigen Schutz hat. - Ich fürchtete mich noch nicht. Ich öffnete die eine der Türen zu Tuteins Stube, schlug das Laken zurück, das den Leichnam bedeckte. Unverändert, vielleicht noch erstarrter, lag Tuteins Gestalt vor mir. Ich sprach ihn an. Es waren wenige vertrauliche Worte. Ich führte meinen Mund über die kühle Haut. Wie schön er noch immer war! Ich wußte, daß ich ihn liebte, daß ich ihn immer lieben würde. Einige Minuten lang war ich getröstet, ganz zuversichtlich. Doch nach einer Weile begann ich, ihn kritisch zu betrachten - wo ich die Spritzen mit der bewahrenden Flüssigkeit einsetzen sollte. Die natürlichen Körperöffnungen schienen mir die geeigneten Stellen des Eindringens zu sein; aber ich bezweifelte auch schon, daß solche Maßnahme genügen würde. Es wurde mir nicht erspart, hart gegen den Leichnam zu sein. Die Toten haben keine Rechte. - - - - Er war jetzt mein Besitz, ganz und gar, der Gruft gestohlen. Je eher ich ihn vergewaltigte, desto sicherer würde ich die Verwesung austreiben.«

Statt am Rand der SCHRIFT zu vermerken: »Eigenartige Beschränkung des Begriffs 'Vergewaltigung`«, vertrauen wir uns dem Denken mit fremdem Gehirn an.

»Nach einer halben Stunde voll grauenhafter Vorstellungen war ich entschlossen, gründliche Arbeit zu machen. Ich wollte planmäßig handeln, Körperteil nach Körperteil ausspritzen. Ich wählte mir den am leichtesten zugänglichen Teil, den Bauch. Ich stieß die längste und dünnste Kanüle ein wenig unter der Magengrube senkrecht durch die Haut. Dann preßte ich Spritze nach Spritze in den Leichnam, zog die Kanüle zuweilen ein wenig vor, stieß sie in anderer Richtung in die Bauchhöhle zurück und setzte die Arbeit fort. Ich war nun sicher, daß die beweglicheren Organe an allen Seiten von Formol umgeben waren. Ich hoffte, auch Magen und Darm wenigstens zum Teil gefüllt zu haben. Selbst die Leber mußte

umspült sein. Ich war gleichsam mit mir selbst zufrieden.« Die Liebe verlangt nach Überwindung des einzig Ewigen an ihr, dem Geschieden sein vom *Anderen* durch den Skandal der Endlichkeit. Sie verlangt nach erbarmungsloser Entschlossenheit, die Kluft zwischen zwei Leibern, zwischen dem zweifach »Einmal-als-Etwas-Dagewesensein« zu überwinden. Sie verlangt nach einer Metaphysik, die via Haut wieder in die Gemüter Einzug hält.

»Das Schweigen, das von Tuteins Körper ausging, der sich nur ungefähr unter dem Grau des Tuches abzeichnete, fiel wie die lautlose Flamme brennenden Schwefels in eine geheime Kammer meiner Seele und erhellte darin mit ihrem bläulichen Licht das Antlitz einer unnatürlichen Furcht, der Furcht vor dem Toten, der Furcht vor Tutein, meinem Freunde. Ich entsann mich, bei Lionardo gelesen zu haben, daß er sich des Nachts vor den Leichnamen gefürchtet, die er zerschnitt. Aber er führte sein Messer tiefer in den Gegenstand seiner Furcht hinein, die schauderhaften schmutzigen Bilder enthüllend, die das einst weise, doch sinnlos gewordene Fleisch, zerstückelt, preisgab. - Ich mußte meine schäbige Furcht ausreißen - diese hervorsickernde Treulosigkeit. Furcht zwischen mir und Tutein durfte es nicht geben. Ich sah ihn kaum an. Ich betastete ihn. Die Haut war fester, gleichsam wie gewachsenes Leder geworden. Ich wendete ihn. In die schweren Muskeln des Rückens, der Arme, des Halses, der Waden und Schenkel preßte ich einzelne Spritzen Formol. Ich überlegte mir kaum noch, ob es notwendig war. Ich verhüllte ihn wieder, benetzte ihn, schloß ihn ein. Ich ging in mein Zimmer, setzte mich an den Flügel und begann zu spielen. Es waren meine Hände und nicht mein Hirn, die die Töne erfanden. Es war eine mechanische Klage von unendlicher Länge, die mich allmählich wie eine Narkose einhüllte. Als ich daraus erwachte, fielen mir einige Worte der elften Tafel des Gilgamesch-Epos ein: ‘Sag an, mein Freund, sag an, mein Freund, die Ordnung der Unterwelt, die du schautest. - Ich will sie dir nicht sagen.` - In jenen Minuten erfand ich den Zwiegesang zwischen ihm und mir, den ich niemals wieder aus meinem Hirn habe fortwischen können. Ein Nichts an Musik, aber eine Scheuer voll Leid und archaischer Abtrünnigkeit.«

Der, der über die zwölfte Tafel des Gilgamesch-Epos’ komponiert und sagt, ihm seien die Worte der elften Tafel eingefallen, gibt verschwiegen zu erkennen, daß er das »Kraut des Lebens« gefunden und wieder verloren hat, von dem unter dem Namen »Als Greis wird wieder jung der Mensch« in der elften Tafel als Rettung die Rede ist. Die Ausschweifung hat ihr Ende. Alfred Tutein, diese Figur, signiert das Leben ein letztes Mal, signiert mit ihrem toten Körper: »Dem Freund, der mir das Leben nicht gerettet hat«.

Ulrich Bitz ist Herausgeber der Hamburger Ausgabe der Werke Hans Henny Jahnns, die im Verlag Hoffmann und Campe erscheint. Bisher liegen vor: Bd. 1: Perrudja (Roman, 1985, 956 S.); Bd. 2: Späte Prosa (1987, 536 S.); Bd. 3-5: Fluß ohne Ufer I-III (Roman, 1986, zus. 2754 S.); Bd. 6: Dramen I (1988, 1276 S.); Bd. 8: Schriften zur Kunst, Literatur und Politik I + II (1991, zus. 2569 S.)

Konkret 02/92, S. 45

Michael Scharang

Wohin zu scheißen sei

Annonce

Kommunist, 50
Ohne Einkommen, ohne Zukunft
und ohne Hoffnung,
Sucht für die Sommermonate
Kommunistin, 20,
Reich, zukunfts- und hoffnungsfroh,
Für gemeinsame Untergrundarbeit.
Spätere Revolution
nicht ausgeschlossen

OKTOBERREVOLUTION

Der Herr Kollege erzählt mir beim Kaffee,
Wo er, den Sommer und die Massen fliehend,
Den Sommer verbracht habe, und
Wo er, den Winter und die Massen fliehend,
Den Winter zu verbringen gedenke.
Ich nicke.
Der Herr Kollege fragt mich beim Kuchen,
Versiert darin, mit einer Frage nicht plump
Auf Aktualität zu zielen,
Ob es wohl einen Grund gebe dafür, daß
Revolutionen gern im Oktober oder
Im November stattfinden.
Ich nicke.
Im Oktober, sage ich, seien
Die revolutionären Massen - wie auch Sie,
Herr Kollege , allesamt
Von der Sommerfrische zurück,
Im November seien sie - Ihnen ähnlich
Noch nicht in den Winterurlaub aufgebrochen.
Deshalb sei das seit jeher für
Revolutionen die günstigste Zeit.
DER LETZTE VERSUCH EINES AUSLÄNDERS,
ÖSTERREICH ZU BESUCHEN, UND, ALS DRAUFGABE:
DER GEGLÜCKTE VERSUCH DES KLEINSTAATS,

EINE GEISTIGE GROSSMACHT ZU WERDEN

An sich eine längere Geschichte; da mit
Ausländern aber kurzer Prozeß gemacht wird,
genügt eine Kurzgeschichte.

Sie sagten, sie hätten gestern schon ein Auge auf ihn gehabt, heute hätten sie aber auch noch die Ohren gespitzt, und da hätten sie gehört, daß er einen ausländischen Akzent habe. Er sage nicht wie sie Deitsch, sondern Deutsch. Das würden sie nicht dulden im deitschen Esterreich. Er solle sich schleichen, sonst würden sie ihm das Gnack brechen.

Der Ausländer, der gar nicht vorhatte zu bleiben, konnte sich nicht vorstellen, was sie von ihm wollten, denn er wußte nicht, daß sie mit Gnack Genick meinten. Ratlos, wie er war, nickte er halt. Da brachen sie es ihm.

Endlich waren sie ganz unter sich, mit dem Nutzen, daß, wie und was sie redeten, außer ihnen bald niemand verstand, und mit dem Vorteil, daß übers Jahr sie selbst es auch nicht mehr verstanden, so daß zum ersten Mal in der Geschichte des Landes jeder ohne Rücksicht sagen konnte, was er sich dachte, weil niemand ihn und auch er selbst sich nicht verstand.

So erfüllte der Traum Esterreichs, das geistige Zentrum des kulturellen Mitteleuropa zu werden, über diesen Umweg sich doch noch.

WOHIN ZU SCHEISSEN SEI

Im Gedenken an meinen Freund,
den Kommunisten Ernst Wimmer
(1924 - 1991)

Wenn wer Angst bekomme,
So sagte er zu mir, bei einer gebratenen Forelle,
Von ihm gefangen im Gebirgswasser des Ötscher,
Bei einem (einem?) Glas Blauen Portugieser,
Von ihm herbeigeschafft aus Tattendorf,
Wenn also wer Angst bekomme,
Die ganz große:
Die vor der eigenen Courage,
Weil er glaube, zu weit gegangen zu sein,
Zu weit in der Kritik,
Zu weit in der Polemik,
Zu weit hin zur Revolution,
So daß er glaube, die Antwort von seiten der Macht:
Hohn, Haß, Boykott nicht mehr ertragen zu können,
Dann, so sagte mein Freund,
Möge der, das sei ihm zugestanden,
In die Hose scheißen vor Angst,
Doch in die eigene, bitte,
Nicht in die der Freunde.
Wenig, was mir mehr einleuchtete, wenig,

Woran lieber ich mich hielt.

Konkret 02/92, S. 46

Karl Anton & Vororth

»Folglich kann es wieder geschehen«

Der italienische Schriftsteller und Chemiker Primo Levi überlebte das Vernichtungslager Auschwitz. Vierzig Jahre lang hat er versucht, das, was (ihm) dort geschah, sich und uns begreiflich zu machen

»Meine Schwester, einige nicht genau erkennbare Freunde von mir und viele andere Menschen sind da. Sie hören mir alle zu, und eben das erzähle ich: von dem Pfeifen auf drei Tönen, von dem harten Bett, von meinem Nachbar, den ich wegschieben möchte und den zu wecken ich Angst habe, weil er kräftiger ist als ich. Ich erzähle auch ausführlich von unserm Hunger, von der Läusekontrolle und von dem Kapo, der mich auf die Nase geschlagen und dann zum Waschen geschickt hat, weil ich blutete. Ein intensives, körperliches, unbeschreibliches Wonnegefühl ist es, in meinem Zuhause und mitten unter befreundeten Menschen zu sein und über so vieles berichten zu können. Und doch, es ist nicht zu übersehen, meine Zuhörer folgen mir nicht, ja sie sind überhaupt nicht bei der Sache: Sie unterhalten sich undeutlich über andere Dinge, als sei ich gar nicht vorhanden. Meine Schwester schaut mich an, steht auf und geht, ohne ein Wort zu sagen.« Primo Levi: Ist das ein Mensch?

Das bekannteste Foto von Primo Levi reizt den Betrachter, es mit einem ganzen Bündel Klischees einzudecken: Da sitzt ein älterer Herr in kariertem Jackett, mit weißem Hemd und diagonal gestreifter Krawatte vor einem Bücherregal. Er hält einen Stift in der Hand und hat ein Blatt Papier vor sich. Der Mann hat ein schmales, blasses Gesicht mit breiter Stirn, die die weißen, zurückgekämmten Haare in ganzer Höhe freigeben. Ein gestutzter Bart bedeckt Kinn und Oberlippe. Das ganze Gesicht scheint auf die Augen zugeschnitten zu sein, große, glänzende Augen mit schweren Lidern, deren Dunkel betont wird durch eine schwarzumrandete Brille und durch die Blässe der sie umgebenden Gesichtspartien. Der Mann sieht in die Kamera, seine Augen fangen den Blick des Betrachters ein. Er hat die Lippen leicht geschlossen, er lächelt nicht, er schaut nicht grimmig, er blickt ernst.

Ein »milder Blick«, ein »melancholischer Mensch«, ein »dünnhäutiger, zerbrechlicher Intellektueller«? Tatsächlich ist es der Blick eines kritischen Naturwissenschaftlers und erfahrenen Geschäftsmannes, der nebenbei allerlei kuriose Geschichten schrieb und der die Kraft gehabt hatte, das Vernichtungslager Auschwitz zu überleben. Mißtrauen wir jedem eindeutigen Bild von Anfang an.

Primo Levi wurde am 31. Juli 1919 in Turin geboren. Sein Vater, ein Jude, war Ingenieur. Die Vorfahren, im 15. Jahrhundert aus Spanien vertrieben und nach Italien eingewandert, fremd geblieben inmitten der piemontesischen Bevölkerung, waren »zu keiner Zeit sehr beliebt oder sehr verhaßt«. Jude sein, das war für Levi, wie er sich später erinnerte, zunächst nicht mehr »als eine komische kleine Anomalie, wie wenn jemand eine schiefe Nase oder Sommersprossen hat«. Der Junge besuchte in Turin das Humanistische Gymnasium und studierte anschließend dort auch Chemie. 1938 erließ Mussolini nach deutschem Vorbild Rassengesetze. Dennoch konnte Levi seine Studien beenden und 1941 die Promotionsurkunde »cum laude« in Empfang nehmen - mit dem Vermerk allerdings, daß er jüdischer Abstammung sei. Mit diesem Stigma versehen Arbeit zu finden war schwer. Schließlich wurde er zunächst in einem abgelegenen Bergwerk angestellt, anschließend in einem pharmazeutischen Unternehmen.

Als Chemiker zu arbeiten, bedeutete für Levi mehr als bloß die Möglichkeit, Geld zu verdienen. Viele Jahre später, 1975, hat er in einem Band autobiographischer Berichte (»Das periodische System«) voller Begeisterung von den »Trophäen seiner beruflichen Vergangenheit« erzählt und von den überaus spannenden Abenteuern einer Tätigkeit, in der der Laie solche zuletzt vermuten würde. »Destillieren ist schön. Vor allem, weil es ein beschauliches, philosophisches und lautloses Geschäft ist, das einen zwar in Anspruch nimmt, aber einem dennoch Zeit läßt, an anderes zu denken.«

1943 landeten die Alliierten in Italien, im Sommer brach der italienische Faschismus zusammen. Am 8. September marschierten die Deutschen in Oberitalien ein und setzen eine Welle der Unterdrückung und des Terrors in Gang. Levi ging, wie viele andere, in die Berge, schloß sich einer kleinen Widerstandsgruppe an, die sich zur Bewegung »Giustizia e Libertà« zählte und sich im wesentlichen aus Jugendlichen und Intellektuellen ohne Kampferfahrung zusammensetzte, »die wehrlosesten Partisanen im ganzen Piemont, und wahrscheinlich auch die naivsten«.

Schon im Dezember wurden sie festgenommen und Levi, gemeinsam mit anderen Juden, ins Konzentrationslager Carpi bei Modena eingeliefert. Im Januar 1944 übernahm die SS das Lager von der faschistischen Miliz. Seine Insassen wurden in Eisenbahnwaggons nach Auschwitz transportiert. 525 der 650 Menschen trieb die SS gleich nach der Ankunft in die Gaskammer. Levi war kräftig genug, um zunächst zu arbeiten. Er erhielt die Häftlingsnummer 174517.

Zwei Jahre später, als aus der Nummer wieder ein Mensch geworden war, hat er aufgeschrieben, was die Deutschen in Auschwitz den Hunderttausenden taten, die in ihren Augen nichts anderes darstellten als Menschenmaterial, an dem allein noch interessierte, ob es gleich zu beseitigen oder davor noch zu nutzen war. »Ist das ein Mensch?«, 1947 erschienen, ist eine überaus genaue Beschreibung der Existenz in einem Vernichtungslager. Gleich nach der Ankunft wurden die meisten

der Neuankömmlinge in die Gaskammer getrieben. Für die übrigen begann das Lagerleben mit einer Serie kalkulierter Grausamkeiten - Prügel und unverständliche Befehle, erzwungene Nackheit, Kahlscheren und Tätowierung - und endete ebenfalls fast immer mit dem Tod: in der Gaskammer, auf der Krankenstube, auf der Arbeitsstelle.

Dazwischen lag eine Serie traumatischer Erfahrungen: die Schikanen einer komplizierten Lagerordnung, Kälte, Hunger, Arbeit bis zum Umfallen, Exekutionen, die Sprachverwirrung, Holzschuhe, in denen die Füße bluteten und eiterten, der Ablauf der Selektionen, die Musik des Lagerorchesters, »Rosamunde«, die kurzen Erholungspausen der Nächte, an deren Ende doch immer wieder das unerbittliche »Aufstehen« ertönte.

Vorgänge, Abläufe, Tätigkeiten, Regeln. Minutiös und nüchtern hat Levi sowohl den täglichen Betrieb des Vernichtungslagers als auch die reduzierten seelischen Regungen beschrieben, die die Ereignisse bei den Insassen noch hervorriefen. Er hat sich gezwungen, Auschwitz als »eine riesige biologische und soziale Erfahrung« zu sezieren, ein Naturwissenschaftler an seiner Arbeit, diesmal auf der Suche nach der historischen Wahrheit, der sich mit der gleichen Sorgfalt, mit der er den Ablauf der Selektionen beschrieb, auch den Notierungen der Tauschbörse für gestohlene Güter, dem Organisieren einer zusätzlichen Suppe oder dem Schwärzen der Schuhe mit Maschinenfett zuwandte: Für das Überleben konnte alles gleich wichtig sein, und darauf allein kam es noch an. Kein Pathos, keine Klagen. Ein Berichterstatter hat Daten, Fakten und Beobachtungen zu fassen, zu ordnen und zu gewichten. »Ist das ein Mensch?« ist ein Protokoll des Alltags der Vernichtung geworden.

»Unterliegen ist am leichtesten: dazu braucht man nur alles auszuführen, was befohlen wird, nichts zu essen als die Ration und die Arbeits- und Lagerdisziplin zu befolgen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß man solcherart nur in Ausnahmefällen länger als drei Monate durchhalten kann. Alle Muselmänner, die im Gas enden, haben die gleiche Geschichte, besser gesagt, sie haben gar keine Geschichte; sie sind dem Gefälle gefolgt bis in die Tiefe, ganz natürlich, wie die Bäche, die schließlich im Meer enden. Im Lager kamen sie auf Grund der ihnen eigenen Untüchtigkeit oder durch Unglück oder durch irgendeinen banalen Umstand zu Fall, noch bevor sie sich hätten anpassen können; sie können mit der Zeit nicht Schritt halten und fangen erst dann an, Deutsch zu lernen und sich ein wenig in dem infernalischen Durcheinander von Geboten und Verboten zurechtzufinden, wenn ihr Körper schon in Auflösung begriffen ist und sie nichts mehr vor der Selektion oder dem Erschöpfungstod bewahren könnte. Ihr Leben ist kurz, doch ihre Zahl ist unendlich. Sie, die Muselmänner, die Untergegangenen, sind der Kern des Lagers.«

Levi hat Auschwitz vor allem überlebt, weil er als Chemiker zur Arbeit in die dem Lager angeschlossenen Buna-Werke geschickt wurde, wo im Auftrag der IG Farben baldmöglichst synthetischer Gummi erzeugt werden sollte. Er kam aber auch deshalb davon, weil ein italienischer Zivilarbeiter ihn heimlich mit Brot versorgte und ihm damit »etwas sehr schwer zu Definierendes, eine entfernte Möglichkeit des Guten, für die sich immerhin lohnt, sein Leben zu bewahren«, in Erinnerung rief.

Im Januar 1945 flüchteten die Deutschen und ließen 800 Kranke im Lager Buna-Monowitz zurück. Von ihnen starben, noch ehe die Rote Armee Auschwitz erreichte, weitere 200 in den folgenden Tagen. Levi, der auch dies überstand, kehrte nach einer Irrfahrt durch halb Europa im Oktober 1945 zu seiner Familie zurück, wurde als Chemiker bei den Turiner Siva-Werken angestellt, entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem Fachmann für keramische Isolationstechnik und war von 1961 bis 1974 Direktor des Unternehmens. Ein erfolgreicher Geschäftsmann, verheiratet, zwei Kinder - der sonntags Bücher schrieb.

»Die Atempause«, 1963 veröffentlicht, setzt den Bericht aus dem Lager fort und erzählt die Geschichte Levis und anderer Überlebender nach ihrer Befreiung, ihre Odyssee durch das zerstörte Europa, die die bittere Erkenntnis mit sich brachte, daß mit der Niederlage der Nazis die Geschichte der Lager für die ehemaligen Häftlinge noch längst nicht zu Ende war, sondern daß die Erinnerungen bleiben würden, als quälender »Haß in den Überlebenden ..., als Rachedurst, als moralisches Nachgeben, als Verleugnung, als Müdigkeit und als Verzicht«. Auschwitz hat Levi für sein Leben verletzt, doch wenn er auch immer wieder zurückgeworfen wurde auf das, was ihm im Lager widerfuhr, und wenn er auch immer wieder sich und uns begreiflich zu machen versuchte, was er dort erlebte, so bestimmte dies dennoch nicht sein Denken und Tun zu jeder Stunde. Er schrieb Gedichte und Erzählungen, zahlreiche Science-fiction-Geschichten darunter, in denen Maschinen Reime herstellen, eine junge Frau jedes Jahr einmal aufgetaut wird oder sich eine Gruppe von Spezialisten am sechsten Schöpfungstag über die bestmögliche biologisch-psychische Ausstattung der neu einzuführenden Spezies Mensch streitet.

Von besonderer - auch sprachlicher - Schönheit sind vor allem jene Erzählungen, in denen Levi chemische Prozesse oder physiologische Vorgänge im Pflanzen- und Tierreich dem menschlichen Vorstellungsvermögen nahezubringen, sie ihm gleichsam zu »übersetzen« versuchte. Wenn er etwa die Wanderung eines Kohlenstoffatoms, die Gefühlsstürme eines Zentauren oder die in einem einzigen Exemplar verdichtete Evolutionsgeschichte des Menschen beschreibt, dann verbinden sich Wissenschaft und literarische Spekulation zu einer ganz eigenartigen, wundersamen Anschaulichkeit.Und doch: Liest man diese Erzählungen nach oder neben den Büchern über Auschwitz, erscheinen sie seltsam blaß und konstruiert. Jede Fiktion wirkt leichtgewichtig, uneigentlich neben dieser Realität und wird erkennbar als das, was sie ist: Spielerei, nicht mehr, nicht weniger.

1974 trat Levi in den Ruhestand. 1982 erhielt er für »Wann, wenn nicht jetzt?«, die Geschichte einer jüdischen Partisanengruppe, die sich gegen Ende des 2. Weltkriegs von Weißrußland bis nach Oberitalien durchschlägt, den Premio Viareggio und den Premio Campiello, zwei unter nun schon zahlreichen literarischen Ehrungen.

1986 erschien »I sommersi e i salvati« (»Die Untergegangenen und die Geretteten«), sein letztes Werk, noch einmal Erinnerungen an und Reflexionen über Auschwitz. In den voraufgegangenen vierzig Jahren hatte Levi an sich und anderen immer wieder beobachtet, daß die Überlebenden der NS-Lager - die Täter sowohl als auch ihre Opfer - einem gemeinsamen Drang ausgeliefert waren: dem Drang, der Erinnerung an die »Ungeheuerlichkeit des Fakts« entkommen zu wollen - und daß sie dies auf unterschiedliche Weise zu bewerkstelligen versuchten. Die Mörder, auf der Flucht vor ihrer Schuld, suchten (und suchen) Schutz, indem sie, wo schon die Geschehnisse nicht mehr zu leugnen waren, wenigstens ihre damaligen Motive schönrede(te)n. Aus ihren bewußten Zwecklügen von einst sind mittlerweile bequeme Lebenslügen geworden. Doch auch den Erinnerungen der Opfer, insistiert Levi, sollte man mißtrauen. Auch sie neigen dazu, sich angesichts der ihnen zugefügten »unheilbaren Verletzungen« eine leichter zu ertragende Version der Vergangenheit zurechtzulegen, einzelne Ereignisse ganz auszublenden, anderen zuviel Gewicht zu verleihen - psychologische Mechanismen, die dem Selbstschutz des Individuums dienen und doch die historische Wahrheit verwischen.

Aus diesem Grund hat Levi sich gezwungen, das bereits Beschriebene nach vierzig Jahren noch einmal zu befragen und die Erfahrungen des Lager-Alltags noch gründlicher zu untersuchen. Eines Alltags, in dem beispielsweise die Kommunikation der Häftlinge untereinander eine entscheidende Rolle spielte. Denn die Überlebenschancen des Einzelnen hingen in hohem Maß von seiner Fähigkeit ab, sich verständlich zu machen, Befehle zu verstehen und Informationen einzuholen. »Der größte Teil der Gefangenen, die des Deutschen nicht mächtig waren, und das traf auf fast alle Italiener zu, starb innerhalb der ersten zehn bis fünfzehn Tage nach der Ankunft.«

In Auseinandersetzung mit Texten Jean Amérys, der zur gleichen Zeit in Auschwitz inhaftiert war, diskutiert Levi die Rolle des Intellektuellen im Konzentrationslager, er befaßt sich mit der Kraft, die manche Häftlinge aus ihrer christlichen oder marxistischen Überzeugung zogen, und er stellt sich den Fragen, die von den Nachgeborenen immer wieder an die Überlebenden gerichtet worden sind: Warum seid ihr nicht geflüchtet, warum haben nicht mehr Gefangene revoltiert?

Mit äußerster Genauigkeit und stets um Verständlichkeit bemüht hat Levi sich mit diesen Fragen ebenso auseinandergesetzt wie mit denjenigen nach der Funktion des Terrors im Lager, der zweifelhaften Zeugenschaft der Überlebenden und den Zufällen, die darüber entschieden, wer mit dem Leben davonkam. Jeden denkbaren Einwand hat er auf- und ernstgenommen, so daß der Leser sich in die Rolle eines imaginären Gesprächspartners versetzt sieht. Er hat sich dabei an die greifbaren Fakten gehalten, an die direkten, nachprüfbaren sozialen, physischen und psychischen Erfahrungen des Lagerlebens. Bohrende Introspektionen, mit denen Jean Améry den Verletzungen seiner Würde und den Auswirkungen der Folter auf den Grund zu kommen versuchte, waren ihm fremd. Sein Weg, mit Auschwitz »fertigzuwerden«, blieb die distanzierende Analyse, das Herausarbeiten des Allgemeingültigen, in dem die eigenen Leiden »aufgehoben« blieben.

Die Organisation des Lagers mitsamt seinen Appellen, der Marschmusik und dem Zwang zum exakten Bettenbau betrachtete er als eine Karikatur des deutschen Militärlebens - dessen innere Logik letztlich demselben Ziel diente wie die alltäglichen, scheinbar sinnlosen Quälereien. Von sich aus sollten die Gefangenen zu der Überzeugung kommen, daß sie verloren seien, mehr: lebensunwert, der letzte Dreck, was gleichzeitig etwa noch vorhandene rudimentäre Skrupel bei den SS-Mannschaften zu beseitigen half. »Alle diese Leiden waren die Abhandlung eines Themas, nämlich das des vermeintlichen Rechts des Volkes der Übermenschen, das Volk der Untermenschen zu knechten oder auszurotten.«

»Die Untergegangenen und die Geretteten« ist ein Bericht über die Mechanismen der Vernichtungslager und ihre Auswirkungen auf die Psyche und das Verhalten der Häftlinge. Niemand, der nicht selbst dort war, kann diese »nachvollziehen«, er kann nur sich bemühen, sie zu begreifen. Fremd muß den Leserinnen und Lesern etwa die Scham bleiben, von der Levi schrieb, daß die Überlebenden sie mit sich trügen, ihre Selbstzweifel, ihr schlechtes Gewissen, an Stelle eines anderen, wertvolleren Menschen davongekommen zu sein. »Überlebt haben vorwiegend die Schlimmsten, die Egoisten, die Gewalttätigen, die Gefühllosen, die Kollaborateure der ‘Grauzone’, die Spione.«

Auch in diese »Grauzone« hat Levi sich vorgetastet, in den Kreis der Häftlinge, die sich als Kapos, Stubenälteste, als »Privilegierte« selbst zu einem Teil des Unterdrückungsapparates machen ließen und zum Funktionieren des Lagerlebens beitrugen - erhöhte doch jeder zusätzliche Teller Suppe, jede Art von Arbeitserleichterung die Chance, am Leben zu bleiben, wenigstens für ein paar weitere Tage. Da gab es die Sonderkommandos, die dafür zu sorgen hatten, daß der Marsch der Neuankömmlinge in die Gaskammer geordnet vonstatten ging, die die Waggons zu säubern, die Krematorien zu bedienen und die Leichen zu beseitigen hatten - »Privilegierte« auf grauenhafte Weise, und doch allesamt auch ihrerseits nach einigen Monaten umgebracht.

Levi hat um das Risiko gewußt, daß solche Berichte und Überlegungen mißbraucht werden könnten. Entsprechend sorgfältig formulierte er, wog seine Sätze, so daß kein Raum für Mißverständnisse blieb: Daß Häftlinge im Überlebenskampf selbst zum Rädchen in der Vernichtungsmaschinerie wurden, nimmt den Tätern nichts von ihrer

Verantwortung und Schuld. Im Gegenteil: Gerade die Tatsache, daß sie den Gepeinigten auch den letzten Rest an gegenseitiger Rücksichtnahme und Solidarität noch auszutreiben und jeden zu jedes Feind zu machen unternahmen, um »eine grauenvolle, unentzifferbare Welt« herzustellen, zeigt ihre ganze Perfidie.

Mit seinem letzten Buch hat Levi nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Auschwitz geschehen und Geschichte, keineswegs aber vorbei oder allenfalls noch eine »Lehre« ist. Die Lager sind präsent auch heute noch, als Erinnerungslast von Menschen, die unter uns leben und die - wie andere auch - am Zeitgeschehen teilnehmen, so wie Primo Levi sich etwa über Cruise Missiles oder die argentinische Militärjunta Gedanken machte. Noch sind die Zeitzeugen auch Zeitgenossen. Noch lebt mit ihnen ihre Geschichte.

Nachdem »Ist das ein Mensch?« auf Deutsch erschienen war, wechselte Levi Briefe mit »freundlichen und höflichen Gesprächspartnern, die dem Volk angehören, das mein Volk (und viele andere) ausgerottet hat«. Diesen vierzig deutschen Briefpartnern hat er »mit Dankbarkeit« das letzte Kapitel von »Die Untergegangenen und die Geretteten« gewidmet, einige dieser Briefe sind abgedruckt, zum großen Teil Dokumente der Hilflosigkeit und des Unwillens, sich der eigenen Geschichte zu stellen.

Levis Bemühen, Auschwitz und die Deutschen, die es planten und betrieben, verstehen zu wollen, darf nicht mit jener »lautbekundeten Versöhnungsbereitschaft« verwechselt werden, die Jean Améry als »Stumpffühligkeit und Lebensindifferenz ... oder masochistische Konversion einer verdrängten echten Racheforderung« angriff. Welchen Grund sollte Levi auch gehabt haben, seinen Peinigern eine Absolution zu erteilen? Nein, neben dem persönlichen Drang, das Chaos zu entziffern und schließlich doch noch eine Erklärung für das zu finden, was nie hätte geschehen dürfen, gab es nur einen Grund, ihren Motiven nachzuspüren: »Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.«

Am 11. April 1987 hat sich Primo Levi aus dem 3. Stock seines Turiner Hauses in den Treppenschacht gestürzt. »Nachrufe deuteten seine Tat als depressive Kurzschlußhandlung«, heißt es in der Kurzbiographie des Munzinger-Archivs.

Primo Levis Bücher sind im Carl Hanser-Verlag (München) erschienen, der im Februar einen weiteren Band mit Erzählungen von Levi herausbringen wird: »Der Ringschlüssel«

Karl Anton & Vororth schrieben in KONKRET 9/91 über die Auseinandersetzungen um die KZ-Gedenkstätten Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen

Konkret 02/92, S. 49

Ingrid Strobl

Mütter im Vaterland

Welche Rolle spielte die Annahme natürlicher Unterschiede zwischen den Geschlechtern und eines spezifisch »weiblichen Wesens« für das Engagement von Frauen für den Nationalsozialismus? Die Arbeit einer amerikanischen Historikerin ist geeignet, die Diskussion über die »Faszination des Faschismus« in neue Bahnen zu lenken

Wenig beachtet von der vergangenheitsmüden Öffentlichkeit findet unter Feministinnen seit Jahren eine Auseinandersetzung über die Rolle von Frauen im Nationalsozialismus statt, eine Debatte, die in ihren spezifischen Kontroversen die unterschiedlichen politischen Standpunkte innerhalb der Frauenbewegung widerspiegelt. In einer ersten Gegenreaktion auf die vor allem von Linken vertretene These, Frauen hätten Hitler an die Macht gebracht (die inzwischen widerlegt ist), stellten Feministinnen in den 70er Jahren die Frauen im Nationalsozialismus primär als Opfer (der frauenfeindlichen NS-Politik) dar und sprachen sie somit - explizit wie implizit - von jeglicher Schuld frei. Die tatsächlichen weiblichen Opfer des dritten deutschen Reiches, Jüdinnen, Romafrauen, Sowjetbürgerinnen, Polinnen, Zwangsarbeiterinnen, Zwangssterilisierte, politisch verfolgte Frauen, »Asoziale« etc. wurden weitgehend vernachlässigt.

Diese Frauen-waren-Opfer-These wurde in den 80er Jahren ergänzt durch eine Literatur, die »Frauen im deutschen Faschismus« (unter diesem und vergleichbaren Titeln waren immer »arische« Frauen gemeint) zu einer Art Identifikationsangebot stilisierte: Unter der Prämisse, diese Frauen seien an sich Opfer und nicht Täterinnen gewesen, wurden die Selbständigkeit und Tüchtigkeit »unserer« Mütter gepriesen, die im Bombenhagel das Leben aufrecht erhalten, in den Rüstungsbetrieben ihre Fähigkeiten entdeckt und als Trümmerfrauen ihre Kräfte bewiesen hätten (um dann erneut zu Opfern des Patriarchats zu werden, als sie nach der Heimkehr der Soldaten ihre eben errungene Selbständigkeit und ihre Arbeitsplätze wieder verloren).

Erst Mitte der 80er Jahre wurden Frauen im Nationalsozialismus als Täterinnen entdeckt und damit eine erbitterte Debatte entfacht. (Einen Überblick über die hier angesprochene Diskussion gibt der von Lerke Gravenhorst und Carmen Tatschmurat bei Kore herausgegebene Band »Töchter fragen. NS-Frauen-Geschichte«.) Das vor kurzem gleichfalls im Kore-Verlag erschienene Buch »Mütter im Vaterland« der US-amerikanischen Historikerin Claudia Koonz sorgt nun für neuen Zündstoff. Koonz untersucht darin die Rolle, die bestimmte Frauen und auch die von Frauen vertretene Weiblichkeits-Ideologie im Nationalsozialismus gespielt haben. Sie erforscht die Aktivitäten und Motivationen von Nationalsozialistinnen sowie das Verhältnis des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF) und der evangelischen und katholischen Frauenverbände zum NS-Staat. Das Ergebnis, zu dem sie aufgrund ihrer Recherchen gelangt, widerspricht entschieden der These, Frauen seien im Nationalsozialismus primär Opfer und daher frei von Schuld gewesen und bereichert die Täterinnen-Forschung um einige bislang unbekannte Einsichten.

Koonz stellt fest, daß zum einen trotz der Misogynie der Nationalsozialisten sich Frauen schon während der »Kampfzeit« in der NSDAP engagierten und ein weitverzweigtes Netz von Anhängerinnen und Mitarbeiterinnen aufbauten, und daß zum anderen die Mehrheit der im BDF und in den kirchlichen Verbänden organisierten Frauen bereitwillig kollaboriert und das NS-System zumindest auf ideologischem Gebiet mitgetragen hat.

Unter dem Originaltitel »Mothers in the Fatherland« ist der Band bereits 1986 in den USA erschienen und enthusiastisch rezipiert worden. In der Bundesrepublik löste »Mothers in the Fatherland« unter Historikerinnen eine Debatte aus, in der sich vor allem Gisela Bock als dezidierte Gegnerin von Koonz' Thesen profilierte. In ihren »Bemerkungen zu einem Buch von Claudia Koonz«, die sie in »Geschichte und Gesellschaft« (Heft 4/1989) veröffentlichte, verdeutlicht Bock auch - polemisch verzerrt - die der fachlichen Kritik zugrundeliegenden politischen Differenzen: »Diese (Koonz') Hypothese ... wird ... verständlicher, wenn sie im Kontext einiger neuerer Debatten in den Vereinigten Staaten gesehen wird ... In dieser Debatte stehen auf der einen Seite Feministen und Feministinnen, die 'Gleichheit' von Frauen und Männern anstreben, 'gleiche Rechte' und 'gleiche Arbeit'; auf der anderen Seite solche, die in der Befreiung von Frauen (auch) ihr Recht sehen, 'anders' zu sein und zu leben als Männer, ohne deshalb diskriminiert zu werden.«

Die Debatte ist allerdings weder neu noch USA-spezifisch. Sie ist so alt wie die Frauenbewegung, und sie wurde in den späten 70er und in den 80er Jahren dieses Jahrhunderts erneut geführt - nicht nur in den USA, sondern (unter anderem) auch und mit bemerkenswerter Heftigkeit in der Bundesrepublik. Es geht darin um die Frage, ob es eine angeborene »Natur« der Frau (beziehungsweise des Mannes), eine unveränderliche, »wesensmäßige« Eigenart von Geschlechtern (und »Rassen«) gibt oder nicht.

In den späten 70er und frühen 80er Jahren machte sich diese Kontroverse zum einen an der Bewertung von Mütterlichkeit und der Gebärfähigkeit der Frau fest, zum anderen an der Einschätzung der Politik des »gemäßigten« Flügels der ersten Frauenbewegung. Während die einen sich auf die Tradition des »radikalen« (Minderheits-)Flügels innerhalb der Frauenbewegung beriefen, waren die anderen bemüht, die Wortführerin der »gemäßigten« (Mehrheits-)Fraktion, Gertrud Bäumer, und deren Ideologie der natürlichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern und eines spezifisch »weiblichen

Wesens« zu rehabilitieren. Bäumers (nach dem damaligen Kenntnisstand als zumindest fragwürdig einzuschätzende) Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus wurde von ihren Verteidigerinnen als verständliche »Gleichgültigkeit« interpretiert, Bäumer habe erkannt, daß Frauen in jedem »Männerstaat« unterdrückt würden und somit der Nationalsozialismus keine große Veränderung ihrer Situation bedeute.

Koonz' Forschungsergebnisse belegen, daß Bäumer und ihre Anhängerinnen über »Gleichgültigkeit« weit hinausgingen. Bäumer optierte 1933 für eine Gleichschaltung des Bundes Deutscher Frauenvereine, behauptete in der Verbandszeitschrift »Die Frau« Gemeinsamkeiten zwischen Nationalsozialismus und Frauenbewegung und rief ihre Leserinnen auf, die positiven Seiten der »nationalen Revolution« zu sehen. »Die Frau« konnte (trotz des Papiermangels während des Krieges) bis 1944 erscheinen. Entgegen dem Votum Bäumers für die Gleichschaltung des BDF entschied sich zwar die Mehrheit der Verbands-Leitung für dessen Auflösung, doch bereits im Sommer 1933 hatten »praktisch alle wichtigen Mitgliedsorganisationen des BDF der Gleichschaltung den Vorzug vor der Selbstauflösung gegeben« (Koonz).

Die conditio sine qua non der Gleichschaltung, das heißt der Aufnahme in einen nationalsozialistischen Dachverband, war der Ausschluß jüdischer Mitglieder. Dieses Problem stellte sich fast allen gleichschaltungsbereiten Einzelorganisationen des BDF, und allen gelang es, ihre »Judenfrage« zu »lösen«. Beschämt über die Tatsache, daß sich in ihrem Reichsbund Deutscher Hausfrauen überhaupt Jüdinnen befanden, verkündete dessen Vorsitzende Bertha Hindenberg-Delbrück: »Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht ... daß ich die Form, wie die sogenannte konfessionelle Neutralität bei uns gehandhabt wurde, für sachlich falsch und für den Reichsverband verderblich hielte. Neutralität bedeutet doch nicht, daß man einem Gastvolk die gleichen Rechte einräumt wie den Volkszugehörigen, geschweige denn Führerstellungen ... Bei dem damaligen Kampf schieden zu unserer Freude ostentativ fast alle Jüdinnen aus unserem Verein aus, und ich habe es durch Betonung des Christlichen in unserer Arbeit ... so eingerichtet, daß die Jüdinnen sich nicht bei uns wohlfühlen konnten...«

Koonz' umfangreich belegte Darstellung der Kollaboration des gemäßigten Flügels des BDF ist eines der wichtigsten Kapitel ihres Buches und geeignet, eine erneute Diskussion nicht nur über die Geschichte der ersten Frauenbewegung, sondern auch über eine politisch unmißverständliche Definition von Feminismus zu provozieren.

Bislang wird die Diskussion jedoch von Gisela Bocks Kritik geprägt, die an einem anderen (wenn auch verwandten) Punkt ansetzt. Bock ergänzt ihre inhaltliche Ablehnung von Koonz' Thesen durch eine lange Liste von Irrtümern und sachlichen Fehlern, die sie erst aufdeckt und dann (gelegentlich kleinlich und selbstgefällig) korrigiert. Zum Teil sind diese Vorwürfe berechtigt, und ein Großteil der sachlichen Fehler wurde in der deutschen Ausgabe korrigiert. In einigen Punkten behält Bock recht, etwa in ihrer Kritik an Koonz' Versuch, das persönliche Funktionieren der »Endlösungs«-Experten und -Praktiker primär damit zu erklären, daß ihre Frauen ihnen nach getaner Arbeit den Rückzug in eine heile und friedliche Familienwelt ermöglichten. Das letzte Kapitel des Buches, in dem Koonz sich bemüht, Erklärungen für die Motivationen und Handlungen der männlichen Täter zu finden, fällt deutlich gegen die anderen Kapitel ab, hier stützt sich die Autorin nicht auf eigene Forschungsergebnisse, sondern ergeht sich in Spekulationen. Und auch im vorhergehenden Teil des Buches finden sich gelegentlich Widersprüche und erstaunliche Naivitäten.

Andere Mängel werden allerdings von Bock unterstellt und erweisen sich bei genauerer Lektüre als ideologische Differenzen. Bocks grundsätzliche Ablehnung richtet sich gegen Koonz' These, sowohl die Begeisterung der Parteiaktivistinnen als auch die Kollaboration der organisierten bürgerlichen Frauen beruhe gleichermaßen auf deren biologistischer Haltung in der Geschlechter- (und »Rassen«-)Frage. Laut Bock stellt Koonz »die These auf, Frauen seien an den nationalsozialistischen Verbrechen schuldig gewesen, weil sie solchen Tätigkeiten nachgingen und solchen Werten anhingen, in deren Zentrum die Geschlechterdifferenz stand, das weibliche 'Anders'-Sein: Mutterschaft, Familie und die weibliche 'seperate sphere` auch außerhalb der Familie, wie z.B. in Fürsorge, karitativer und Sozialarbeit. Diese Tätigkeiten und Werte wurden den Frauen - der Autorin zufolge - teilweise vom Nationalsozialismus bzw. von dessen männlichen Vertretern aufoktroyiert; vor allem aber waren sie von den Frauen selbst gewollt und geschaffen.« Zusammenfassend unterstellt Bock Koonz folgende Hypothese: »Liebe als Quelle von Haß, Mutterschaft als Quelle von Tod, 'Anders'-Sein und 'seperate sphere' der Frauen als Ursprung der Massaker...«

Diese böswillige Verfälschung von Koonz' Thesen läßt sich nicht mehr mit fachlichen, sondern nur mit grundlegenden politischen Differenzen erklären. »Liebe als Quelle von Haß, Mutterschaft als Quelle von Tod« - hier spricht nicht die Wissenschaftlerin, sondern die Ideologin. Man kann Koonz durchaus vorwerfen, daß sie der von den Frauen propagierten heilen Familienwelt für das Funktionieren der »Endlösung« eine übertriebene Bedeutung beimißt. Wo sie jedoch (und dies macht den Hauptteil des Buches aus) beschreibt, welchen Stellenwert die Mutterschaftsideologie und eine generell biologistische Weltauffassung im emotionalen und politischen Selbstverständnis sowohl der Nationalsozialistinnen als auch der organisierten bürgerlichen Frauen einnahmen, belegt sie ihre Thesen mit einer Fülle von überzeugendem Material.

Der Wert von Koonz' Arbeit liegt nicht in ein, zwei überspitzten Thesen, sondern in ihrer Erforschung bisher unbekannten (oder ignorierten) Quellenmaterials und in dem differenzierten Bild der Beteiligung von Frauen am Nationalsozialismus, das sie anhand dieses Materials zeichnet. Im Gegensatz zu den Vertreterinnen der Frauen-waren-Opfer-These differenziert Koonz zwischen der ideologischen und nach 1933 institutionalisierten Misogynie der Nationalsozialisten und der Tatsache,

daß sich Frauen für dieses System begeisterten und es tatkräftig unterstützten. Koonz legt dar, wieweit es - aufgrund des vor 1933 völligen Desinteresses der Parteihierarchen an den Frauen - möglich war, daß die »alten Kämpferinnen« tatsächlich Ansätze zu einer von ihnen propagierten »Frauenwelt« organisieren und damit zehntausende Anhängerinnen für die NSDAP gewinnen konnten. Sie zeigt weiter, wie ab 1933 diese Frauen systematisch ausgebootet und durch gemäßigte Parteigängerinnen - zum Teil aus den Reihen der alten Frauenbewegung - ersetzt wurden: Sie hatten sich, so Koonz, gerade durch den Beweis ihrer organisatorischen Fähigkeiten, durch ihre Radikalität und nicht zuletzt durch ihren Separatismus selbst disqualifiziert. Die Ernennung der »grauen Maus« und Opportunistin Gertrud Scholz-Klink zur NS-Frauenführerin signalisierte, parallel zur Liquidierung der Röhm-Fraktion, für die Frauen das Ende der »Kampfzeit« und zeigte die Richtung an, die die Frauenpolitik des NS-Staates nehmen würde.

Der neben der Aufarbeitung der Kollaboration der organisierten bürgerlichen Frauen interessanteste und provozierendste Aspekt an »Mütter im Vaterland« ist Koonz' Darstellung der Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit der Motive, die Frauen zu Anhängerinnen des Nationalsozialismus machten: Da gab es die Sehnsucht, etwas »Besonderes« darzustellen, Lust auf Abenteuer, die Identifikation mit Märtyrerinnen (viele »alte Kämpferinnen« verglichen sich selbst mit den frühen Christen und fühlten sich gerade dadurch angezogen, daß die »Bewegung« »verfolgt« wurde), ebenso wie das Bedürfnis nach Sicherheit und nach Anerkennung und Aufwertung ihrer Rolle als Mütter und Hausfrauen, und nicht zuletzt die Hoffnung, wenigstens im Rahmen der »Frauenwelt« Macht ausüben und eine bedeutende Position einnehmen zu können.

Da die Partei ihnen (bis 1933) - aus Ignoranz - quasi freie Hand ließ, konnten die frühen Aktivistinnen der NSDAP sich eine Traumwelt von ihrem jeweils spezifischen Nationalsozialismus zurechtphantasieren. Frauen, die sich als eine Art germanische Priesterinnen sahen, konnten für die Partei »trommeln« und Anhängerinnen gewinnen neben Frauen, die vom totalen Rückzug ihres Geschlechtes an den Herd und an die Wiege schwärmten.

Koonz stützt sich in ihrer Untersuchung der Parteiaktivistinnen unter anderem auf eine (hierzulande) wenig beachtete Studie: 1936 versandte der Soziologe Theodore Abel an alle Gau-Leitungen ein mit dem Briefkopf der Columbia-Universität versehenes Schreiben, in dem er einen Preis für den besten Aufsatz zum Thema »Warum ich vor 1933 der NSDAP beigetreten bin« aussetzte. 598 Beiträge von »alten Kämpfern« gingen bei ihm ein, darunter 33 von Frauen. Deren Aufsätze offenbaren eine ähnliche Mixtur von Motiven, wie sie Koonz auch an den profilierten »Führerinnen« der frühen NS-»Frauenbewegung« feststellt: »Viele von ihnen erinnerten sich begeistert, wie glücklich es sie gemacht und welch neues Selbstvertrauen es ihnen gegeben hatte, sich einer Gemeinschaft zugehörig fühlen zu können, die über die braven kirchlichen und bürgerlichen Frauenvereine hinausreichte ... Für sie war der Nationalsozialismus weit mehr als nur eine Partei, und sie sprachen daher auch von ihm als 'Unsere Deutsche Freiheitsbewegung' oder auch der 'Hitler-Bewegung', weil er alle Aspekte des täglichen Lebens erfaßte. ... Die NSDAP-Frauen erklärten immer wieder, daß ihr Leben durch den Schritt in die Partei sowohl aktiver als auch einfacher geworden sei. Über Nacht teilte sich die Welt in 'wir' und 'die anderen'.«

Unter »wir« verstanden diese Frauen (in frappierender Unkenntnis beziehungsweise Verdrehung der Realität) eine verschworene Elite, die gegen die Gemeinheit, die Verkommenheit und den Materialismus des Weimarer Schandsystems für eine neue, bessere Welt kämpfte. Eine Maria Engelhardt beschreibt in ihrem Aufsatz für den Abel-Wettbewerb dieses Märtyrerinnenglück: »Wir marschierten! ... Vor uns, hinter uns, neben uns eine johlende, keifende Menge. In der Altstadt begrüßte man uns mit Blumentöpfen und sonstigen Flüssigkeiten. Unsere Fahne flatterte uns voran, und trutzig klang von unseren Lippen unser Kampflied ... Mochten sie uns beschießen, mit Steinen bewerfen, mochte uns die Polizei mit Gummiknüppeln bearbeiten, mochten sie uns meuchlings überfallen, wir waren da und kamen wieder.«

Koonz verweist wiederholt auf den bemerkenswerten Widerspruch, daß diese Frauen Selbstbestätigung und sogar eine gewisse politische Bedeutung erlangen konnten, indem sie gegen die Selbständigkeit und politische Betätigung von Frauen zu Felde zogen: »Die NS-Bewegung wurde von den Frauen, die sie mittrugen, als religiöser Kreuzzug, als Ausnahmezustand erlebt, der es ihnen erlaubte, sich anders zu verhalten als bisher. Während sie sich darauf beriefen, nur dem Wohl der Gemeinschaft zu dienen, konnten sie eigenständiger werden und ihre persönliche Umgebung beeinflussen.«

Unabhängig von ihren zum Teil sehr unterschiedlichen Motiven und Phantasien waren sich alle »alten Kämpferinnen« einig in ihrer Überzeugung, daß Mann und Frau von Natur aus verschiedene Wesen seien und deshalb auch grundsätzlich (von »Not«- und »Kampfzeiten« abgesehen) in verschiedenen Bereichen wirken und sich verwirklichen sollten. An diesem entscheidenden Punkt, so Koonz, trafen sie sich mit Teilen der bürgerlichen Frauenbewegung, die gleichfalls auf der natürlichen Geschlechterdifferenz beharrten. Obwohl die NS-Aktivistinnen die Vertreterinnen der »gemäßigten« Frauenbewegung als »konservativ« verachteten, nahmen sie Teile von deren Weiblichkeits- und Mütterlichkeits-Ideologie auf und setzten sie auf ihre Weise um: Elsbeth Zander etwa, eine der prominenten »Führerinnen« der NS-»Frauenbewegung« vor 1933, organisierte erfolgreich ein Netzwerk von »Mutterzellen« und erklärte ihren zahlreichen Anhängerinnen, die deutsche Frau habe wichtigeres zu tun als Politik zu treiben - sie trage »die heilige Flamme der Mutterschaft« voran, während Zanders Konkurrentin Guida Diehl dichtete: »Die Frau lebt ganz anders wie der Mann in

einer unmittelbaren Beziehung zu dem Urgrund des Seins. ... Sie steht als Mutter in einer geheimnisvollen Verwobenheit mit den Geheimnissen hinter den Dingen.«

Dank des Materials, das Koonz hier vorlegt, könnte »Mütter im Vaterland« auch die von einigen Frauen bereits aufgenommene, aber nicht kontinuierlich weiterverfolgte Diskussion über die »Faszination des Faschismus« wieder anregen und in neue Bahnen lenken. Unter diesem Titel wäre dann die Identifikation heutiger Feministinnen mit Frauen wie Gertrud Bäumer ebenso zu berücksichtigen wie das Phänomen, daß im »Walkürenbrief« der Kühnen-Truppe »ANS/NA-Mädelbund« 1983 einzelne Mitglieder fordern, die »Mädels« sollten sich am Straßenkampf beteiligen dürfen, denn deutsche Frauen seien zu mehr fähig, als nur den Kampfgenossen die Socken zu stopfen.

Claudia Koonz: Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich, Kore-Verlag, Freiburg 1991, 572 Seiten, 50 Mark

Ingrid Strobl stellte in KONKRET 1/92 Karl Rössels Buch über den Westsahara-Konflikt vor

Konkret 02/92, S. 52

Helmut Dahmer

Ein Unikum

Zum 31.1.1992 hat der Verlag Klett-Cotta sämtliche Verträge mit den Herausgebern der renommierten und erfolgreichen »Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen« PSYCHE gekündigt und die Publikation eines neuen psychoanalytischen Fachblattes annonciert. Zweck dieses Unternehmens ist es, der bisherigen Mitherausgeberin und Witwe des PSYCHE-Gründers Alexander Mitscherlich, Margarete Mitscherlich-Nielsen, eine eigene Zeitschrift zu verschaffen - mit den Mitteln der alten (Abonnentenkartei, Titel, Cover, Konzeption und Büro). Helmut Dahmer, Redaktionsleiter und seit 23 Jahren Mitherausgeber der PSYCHE, protestiert in einem »Offenen Brief« an den Verleger Michael Klett gegen diesen Coup und kündigt die Fortführung der Zeitschrift in einem anderen Verlag an

»The Queen had only one way of settling all difficulties, great or small. 'Off with his head!' she said without even looking round
'I'll fetch the executioner myself', said the King eagerly, and he hurried off.«
Lewis Carroll, »Alice's Adventures in Wonderland« (Chap. VIII)

Sehr geehrter Herr Klett,

da Sie meine Briefe seit längerem nicht beantworten, wende ich michheute auf dem Weg über die interessierte Öffentlichkeit an Sie.

Im Besitz aller Informationen über die Zeitschrift PSYCHE, die seit 1951 im Verlag Ihres Vaters erschienen ist, haben Sie sich vor etwa zwei Monaten in einem seit längerem schwelenden Konflikt unter den drei Herausgebern über personelle Fragen unvermittelt und wortlos auf die Seite geschlagen, auf der Sie die 'stärkeren Bataillone' wähnten.

Ihre Strategie ist es seither, eine der wenigen noch existierenden Zeitschriften, die in den ersten Nachkriegsjahren gegründet wurden, möglichst rasch zu zerstören, um in deren Ruine dann ein funkelnagelneues Zeitschriftenbäumchen anzupflanzen, das wiederum psychoanalytische Früchte tragen soll. (Vielleicht hoffen Sie gar, in seinen Zweigen werde eines Kaisers Nachtigall singen...) Sie gedenken, das neue Pflänzchen mit Hilfe unserer Abonnentenkartei aufzupäppeln, und haben auch schon ein kluges Böckchen als Gärtner angestellt.

Zweifellos meinen Sie, gegen diesen Zeitschriftenraub werde niemand prozessieren wollen, da doch ein Tycoon, eben einer der »Könige« von heute, mit von der Partie ist. Und sicher glauben Sie, die meisten unserer Abonnenten und Leser würden den Wechsel gar nicht bemerken, - sie seien im Grunde auf den Verlag, nicht auf die Zeitschrift abonniert und würden sich das neue Kuckucksei unterschieben lassen.

'Es war einmal ein König,
Der hatt' einen großen Floh '
... 'Horcht! Einen Floh! Habt ihr das wohl gefaßt?'«
Goethe, »Faust«
('Auerbachs Keller in Leipzig').

Nur ist die PSYCHE nicht irgendein Fach- oder Verbandsblatt, nicht irgendeine Galionsfigur auf SMS Klett-Cotta, sondern ein Unikum. »And all the king's horses and all the king's men« werden sie, haben Sie sie einmal zerstört, nicht wieder zusammensetzen können, auch nicht mit dem vielen Geld von King Michael, mit dem er, was die PSYCHE anging, stets so knauserte, und das nun die neue Hauszeitschrift flottmachen soll. Knauserig? Ja. Ich darf Sie erinnern: In den letzten 10 Jahren hat die Zeitschrift für den Verlag alljährlich einen hübschen Gewinn abgeworfen. Aber, um auch nur die zweite Angestellten-Stelle im PSYCHE-Redaktionsbüro finanzieren zu können, mußte die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« einspringen, bei der ich Forschungsmittel einwarb, etwa so viel, wie der von uns erwirtschaftete Gewinn betrug...

Ein Unikum. Denn diese Zeitschrift war seit zwei Jahrzehnten auf einem Wachstumspfad, trug sich praktisch selbst, schrieb schwarze Zahlen und gewann Jahr um Jahr 100 Abonnenten hinzu. (Und das alles praktisch ohne Werbung.) Sämtliche ihrer 550 seit 1947 erschienenen Hefte wurden beständig nachgedruckt und für Käufer vorrätig gehalten.

Ein Unikum, sagte ich, und ich verstehe etwas davon, denn ich habe die Hälfte der bisher erschienenen 46 Jahrgänge als verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift gestaltet.

Die PSYCHE, der Sie jetzt den Garaus machen wollen, war ein Kind der Nachkriegszeit, in der, nach Zerschlagung der NS-Diktatur, das von ihr Unterdrückte noch einmal eine Chance hatte. Die Zeitschrift sollte der Wiedereinbürgerung der zwölf Jahre lang als »jüdisch«, »zersetzend« und »kulturbolschewistisch« verpönten Psychoanalyse in (West-) Deutschland dienen und unabhängig von Verbänden, Instituten und Verlegern sein. Als Alexander Mitscherlich mir seine Zeitschrift dann zwanzig Jahre später anvertraute, schien die Wirtschaftswundergesellschaft, vaterlos und unfähig zu trauern, sich erstmals seit 1948 wieder für Alternativen zu öffnen. Zwar war Freuds Psychologie des Unbewußten längst von deutschen Mandarinen »verwissenschaftlicht« und die Psychoanalytische Bewegung durch Hitlers Terror zum Stillstand gebracht worden. Doch auch in den aktuellen Theorie- und Praxis-Gestalten der reimportierten, medizinalisierten und konventionalisierten Psychoanalyse glomm noch der Funke der Freudschen Ideologiekritik. Darum - und nur darum - habe ich während zweier Jahrzehnte den Psychoanalytikern in der PSYCHE ein Forum (und eine kleine Schreib- und Übersetzerschule) offengehalten.

Die PSYCHE ist ein Unikum. Weil sie das mit der Studenten- und Schüler-Protestbewegung der sechziger Jahre in Westdeutschland neu erwachte Interesse an der Psychoanalyse zu befriedigen verstand, konnte die Zeitschrift - die einzige psychoanalytische Monatszeitschrift, die es je gegeben hat - in den beiden vergangenen Jahrzehnten weit über die Grenzen der Berufsverbände hinaus vorstoßen, sich eine für psychoanalytische Zeitschriften unübliche Laien-Öffentlichkeit erschließen und ihre Auflage verdreifachen.

Sie ist aber vor allem deshalb ein Unikum, weil sie - im Unterschied zu den in den Berufsverbänden tonangebenden angelsächsischen psychoanalytischen Verbandsorganen und in der Tradition Alexander Mitscherlichs - das ganze Spektrum der Freudschen Aufklärung, die Therapeutik ebensowohl wie die sie fundierende Kritik der Kultur repräsentiert, den Anschluß an die anderen Humanwissenschaften sucht und Themen aufgreift, die ansonsten eher gemieden werden. (Durch Ihre Vertragskündigung blockieren Sie u.a. das Erscheinen unserer für den März und April vorbereiteten Themenhefte »Antisemitismus gestern und heute« - worin 11 Autoren das Ritual der Friedhofsschändungen analysieren , und »Psychoanalyse in Rußland«, in dem es um ihre Geschichte und mögliche Zukunft im Lande Lenins und Boris Jelzins geht.)

Ende Oktober 1991 haben Sie ein geheimes Briefchen von ein paar Leuten empfangen, die die PSYCHE, zu deren redaktioneller Beratung wir Sie vor ein paar Jahren eingeladen hatten, gern selbst übernommen hätten. Um den geplanten Coup irgendwie zu »legitimieren«, verstiegen sich die Unterzeichner, zu denen leider auch unsere verehrte Mitherausgeberin Margarete Mitscherlich gehörte (die sich seit Jahr und Tag weigerte, über prinzipielle und aktuelle Fragen der Zeitschrift auch nur einmal mit ihren beiden Mitherausgebern, Dahmer und Rosenkötter, zu reden), zu der Behauptung, der »Bestand« der Zeitschrift sei - durch die »Gruppe Dahmer«, wie es in dem Schreiben hieß - »gefährdet«. Zum »Beweis« wurden allerlei an den Haaren herbeigezogene Mängel und Beschwerden vorgebracht und zu einem armseligen Rechtfertigungsgespinst verwoben. Sie, der Sie sehr genau wußten, daß die Zeitschrift noch nie so gut dastand wie eben jetzt, verschwiegen mir die Existenz dieses Schreibens; ja, Sie getrauten sich nicht einmal, auch nur den Erhalt eines solchen Schreibens zu bestätigen... Der »Bestand« der Zeitschrift war ja auch wirklich gefährdet! Denn Sie waren ja drauf und dran, im Bunde mit den scheinbar so besorgten Briefschreibern den »Bestand« der PSYCHE abzuschaffen!

Alexander Mitscherlich hat (mit Kunz und Schottlaender) die PSYCHE begründet, Ernst Klett hat sie (nach Lambert Schneider) verlegt. Margarete Mitscherlich ruiniert sie, weil..., ja, weil sie ihr nicht allein gehört, sie sie also nicht ohne weiteres an ihre Klientel vergeben kann. Kollidieren solche Interessen mit der Verfassung (hier: der einer Zeitschrift), dann muß natürlich die Verfassung geändert werden. Stößt das auf Widerstand, ruiniert man nach Möglichkeit den alten und gründet einen neuen Staat (mit anderer Verfassung). Und Sie stehen Pate dabei. Denn, mag das Projekt auch abenteuerlich anmuten, gilt immer noch: »Ist das nötige Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut.« Im zweiten Akt tritt Frau Mitscherlich dann nicht mehr als Mitherausgeberin einer von Alexander Mitscherlich gegründeten Zeitschrift, sondern als Gründerin ihrer eigenen auf - und Sie als ihr Verleger, mit mehr Rechten versehen, als Sie sie je der PSYCHE gegenüber hatten. Das heißt konservativ. Denn so wahrt man eine Tradition.

»Der Held bedacht sich nicht zu lang:

‘Die Streiche sind bei uns im Schwang,

Sie sind bekannt im ganzen Reiche,

Man nennt sie halt nur Schwabenstreiche.’«

Ludwig Uhland, »Schwäbische Kunde«

Nach Ihrer »Wende« haben Sie zuerst wiederholt versucht, die Herausgeber ultimativ zur Unterzeichnung eines Abtretungsvertrages zu nötigen, durch den sämtliche Rechte an der Zeitschrift an Sie übergegangen wären, das heißt: die PSYCHE ihre Unabhängigkeit verloren hätte. Doch fand sich nur Frau Mitscherlich zur Unterschrift bereit. Daraufhin

haben Sie mit einer Frist von 6 Wochen (!) die bestehenden Verträge aufgekündigt, um uns von den finanziellen und technischen Produktionsmitteln der Zeitschrift abschneiden zu können. Damit nicht genug, haben Sie Anweisung gegeben, unser Januar-Editorial, mit dem wir unsere Leser über die Situation informieren wollten, nicht zu drucken. (Der erste Fall von Zensur in der Geschichte unserer Zeitschrift.) Niemand soll den Etikettenschwindel bemerken, und kein anderer Verlag soll nach Klett-Cotta die PSYCHE verlegen können. Denn Sie sperren uns den Zugriff auf unsere Abonnenten-Kartei.

Scheuen Sie so sehr die freie Konkurrenz? Wäre es nicht eine geradezu göttliche Komödie, das Jahr 1992 damit zu eröffnen, gleich zwei psychoanalytische Monatszeitschriften auf einmal - die PSYCHE und Ihr »Neues Irgendwas«, das Blatt von Alexander Mitscherlich und das von Margarete - ins Rennen um die Gunst des Publikums zu schicken, - in einer Arena, in der das vielberufene »Zeitschriften-Sterben« grassiert und in der schon ein rundes Dutzend anderer psychoanalytischer Journale sich tummelt? Und hätte nicht Ihr neues Periodikum mit dem gestohlenen Titel einen Platzvorteil, wenn es mit so zündenden Innovationen aufwartet wie der »Verbindung zur klinischen Psychoanalyse«, zu »psychoanalytischen Institutionen« und deren »wissenschaftlichen Veranstaltungen« (um noch einmal das erwähnte geheime Briefchen zu zitieren)... Was meinen Sie?

'Ein König hatte eine schöne Flöte.'

'Und was machte er damit?'

'Er pfiff darauf!'«

Sehr geehrter Herr Klett, nehmen Sie dies als meinen Neujahrsgruß.

Frankfurt a.M., Anfang 1992

Helmut Dahmer

Helmut Dahmer ist Professor für Soziologie an der TH Darmstadt und lebt in Frankfurt

Kasten auf Seite 53 »Erbteil und Eigentum«

Frau Mitscherlich-Nielsen hat die PSYCHE, deren Mitherausgeberin sie seit 1981 war, offenbar für ein im Grunde ihr zustehendes Erbteil und Eigentum gehalten. Vor vielleicht drei Jahren faßte sie stillschweigend den Plan, den Redaktionsstab auszuwechseln, d.h. die Zeitschrift ihr genehmen Leuten zu übergeben. Einem Gespräch unter den drei Herausgebern über theoretische und praktische Fragen der Zeitschrift stets ausweichend und auf diese Weise jeden Herausgeberbeschluß verhindernd, brach sie 1989/90 einen Konflikt mit den angestellten Redakteuren, Frau Fehlhaber und Herr Michaelis, vom Zaun und arrangierte im Mai 1990 ein Treffen mit dem Stuttgarter Verleger, zu dem sie ihren Wunschkandidaten für die Redaktion, Hans-Martin Lohmann, gleich mitbrachte. Unter diesen Umständen konnte über dessen Kandidatur überhaupt nicht gesprochen, geschweige denn ein »Beschluß« gefaßt werden (was Frau Mitscherlich seither behauptet). Die gleichwohl zunächst gemeinsam bekundete Absicht, Herrn Lohmann zur Verstärkung des Redaktionsbüros nach Frankfurt zu holen, sofern sich die dafür erforderlichen Finanzmittel auftreiben ließen, wurde von mir und Herrn Rosenkötter fallengelassen, als Herr Lohmann zum einen - wie Frau Mitscherlich selbst - die Zeitschrift nach außen hin diskreditierte (um die Notwendigkeit seiner Mitarbeit zu unterstreichen) und zum anderen auf der Kündigung von Frau Fehlhaber und Herrn Michaelis, die beide seit vielen Jahren für die PSYCHE tätig sind (...), bestand.

Am 9.12. kündigte der Verleger die bestehenden Verträge mit den Herausgebern zum 31.1.1992, um auf diese Weise die PSYCHE binnen 6 Wochen »abzuwikkeln«. Frau Mitscherlich, die bereits den Abtretungsvertrag, den der Verlag ihr vorlegte, unterzeichnet hatte, trat nun als Gründerin eines »Neue PSYCHE« benannten Journals auf (...) Der Verlag kündigte an, Titel, Cover, Konzeption und Büro der Zeitschrift »übernehmen« zu wollen und Herrn Lohmann als Redakteur anzustellen. (...)

Wir setzen uns publizistisch gegen die Machenschaften des Klett-Cotta-Verlags zur Wehr und klagen gegen die 6-Wochen-Vertrags-Kündigungsfrist und die Aneignung des Titels und der Abonnentenkartei unserer Zeitschrift. Wir suchen finanzielle Unterstützung und einen neuen Verlag, um die PSYCHE weiterführen zu können.

Ist Ihnen, unseren Autoren und Lesern, daran gelegen, daß die Tradition der »alten« PSYCHE, die von Alexander Mitscherlich begründet wurde und von deren 46 Jahrgängen ich 23 gestalten konnte, fortgeführt wird, dann sollten Sie uns helfen, unsere Zeitschrift am Leben zu erhalten. Protestieren Sie beim Verlag gegen den Versuch, die PSYCHE lahmzulegen, geben Sie uns Ihre Adresse und die Ihrer Freunde, damit wir sie (auch ohne die uns vorenthaltene Abonnenten-Kartei) von einem neuen Verlag mit der PSYCHE beliefern lassen können, kündigen Sie Ihr Abonnement für

die geplante neue Zeitschrift des Klett-Verlags und überweisen Sie Spenden auf das Konto von Detlev Michaelis: Nr. 390291 bei der »Frankfurter Sparkasse«, BLZ 500 502 01 (Stichwort: »Spende für die Unterstützung der PSYCHE«).

(...)

Frankfurt, 13. Januar 1992

Helmut Dahmer,

Detlev Michaelis,

Lutz Rosenkötter

aus einem Schreiben an Leser und Autoren der PSYCHE

Anschrift der Redaktion: Freiherr-vom-Stein-Str. 24-26, 6000 Frankfurt 1, Fax 069/172061

Konkret 02/92, S. 54

Werner Heine

»Verboten ist es, wenn man jetzt...«

Von der kriminellen Vereinigung zur fachsimpelnden Jungschar: Ein Rückblick auf die Geschichte der Hacker-Bewegung aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Chaos Computer Clubs

Auf dem Podium im Theatersaal des Bürgerhauses zu Hamburg-Eidelstedt herrscht deutsches Vereinsleben. Da wird Bericht erstattet, da wird gestritten, ob Mitglieder satzungsgemäß zu Küchenarbeiten verpflichtet sind, worauf einer erklärt, daß ihm diese Verwalter, diese Erbsenzähler von der Geschirrspülfraktion, erheblich auf den Geist gingen. »Ich will Freiräume schaffen, und wenn ich per Mehrheitsbeschluß daran gehindert werden soll, dann arbeite ich eben alleine.«

Es ist die Dämmerstunde des Rückblicks und der Bekenntnisse an diesem Dezembernachmittag, kurz vor dem Jahreswechsel. Rund hundert Mitglieder und Gäste des Chaos Computer Clubs lauschen den Ausführungen der sechs Berichterstatter, melden sich gesittet zu Wort, sprechen dann zum Diskussionspunkt und entschuldigen sich für inhaltliche Abschweifungen vom Thema, das heute lautet: Zehn Jahre CCC.

Was da so artig tagt und trotz gewisser Kontroversen braver wirkt als manche Aktionärsversammlung, wurde mal als kriminelle Vereinigung, mal als besonders gefährliche Staatsfeinde angesehen. Heute sagt einer aus dem Plenum: »Es wäre doch schön, wenn auch mal ein verantwortlicher Banker oder Versicherungsmensch zu uns käme.« Und ein anderer hat sich dafür schon »extra eine Krawatte umgebunden«.

Daß es sich um das Jahrestreffen der gefürchteten Datenpiraten handelt und nicht um einen Kongreß aufstrebender Sparkassenangestellter, zeigt sich allenfalls an den Bergen von Rucksäcken in den Gängen oder an der Aufforderung, mit dem Klopapier bitte sparsam umzugehen, weil das an diesem dritten Tag auszugehen droht, und natürlich an den Dutzenden von Computern, die überall herumstehen und um die sich fachsimpelnde Benutzer scharen.

Diese netten jungen Leute, überwiegend unter dreißig und überwiegend männlich, gehören bereits zur zweiten Generation von Hackern und sind, jedenfalls im Urteil einiger Gründerväter des CCC, längst zu bequem geworden, um noch die alten Ideale hochzuhalten. Die wollen nichts mehr herausfinden, die wollen nur noch konsumieren, Programme tauschen, geile neue Maschinen testen, sich am Rechner selbstverwirklichen und in dem Ruf sonnen, zu einer ganz gefährlichen Bande zu gehören.

Dieser Ruf, heute vereinsintern gerne Mythos genannt, enstand schon bald nach der Gründung. 1981 gab es das erste Hackertreffen in der Bundesrepublik; ein paar Dutzend Funkamateure, Programmierer und Computerbastler wollten es den großen Vorbildern aus den USA wie John Draper und Richard Cheshire nachmachen, legendäre Freaks, die zum Entsetzen der Computerwirtschaft und der Telefongesellschaften per Kleincomputer und mit fremder Firmen Passwords in die kommerziellen und militärischen Datennetze eindrangen und in geheimen Dateien stöberten; die mit dem Ton einer Plastikpfeife den Gebührenzähler am eigenen Telefon ausschalteten und dann kostenarme weltweite Verbindungen via Satellit und Überseekabel knüpften; die nachts mit ihresgleichen in rechnergestützten Netzsystemen wie ARPANET, einer Einrichtung des Pentagon, technisches Know-how austauschten, Dope handelten oder einfach nur plauderten.

Nach diesem ersten Treffen bildete sich in Hamburg der CCC, eine »galaktische Vereinigung ohne feste Strukturen«, wie er sich fortan nannte, obwohl er zunächst daranging, genau diese Strukturen zu schaffen. Die Souterrain-Wohnung des CCC-Gründers Wau Holland im Stadtteil Eimsbüttel wurde zum Vereinslokal und zum Redaktionssitz der Vereinszeitschrift »Datenschleuder«. Es gab bald Mitgliedsnummern und Beitragseinzug per Lastschriftverfahren sowie ein Vereinsemblem - verknotete Kabel, die aus einem Bildschirm wachsen. Nur der Vereinszweck, das Hacken, kam zunächst langsam voran. Es fehlte an schnellen Computern und an schneller Hard- wie Software für die DFÜ, die Datenfernübertragung, ohne die kein Zugang zu den Netzen möglich ist. Und es fehlte an jenen Codes, die zur Benutzung von Großrechnern autorisieren. Als Steffen Wernery, damals 20 Jahre alt, zum Club stieß, um solche Paßwörter zu tauschen, merkte er schnell, »daß ich praktisch der einzige war, der überhaupt welche kannte«.

Das änderte sich. Bald saßen Nacht für Nacht die Gründerväter in einer Eppendorfer Wohnung um einen »Apple II« und wählten über einen selbstgebauten Akustikkoppler, der die Schallwellen der Telefonmembran in digitale Signale umwandelt, Netzknoten in Großbritannien an, von wo aus sie freien Zugang zu Rechnern in Missouri oder Denver hatten, »loggten« sich dort als »host«, als Gast, ein und inspizierten den Inhalt von Datenbanken, lasen die Börsenkurse der Wall Street oder spielten gegen einen Tausende von Kilometern entfernten Computer Backgammon. Das alles, versteht sich, nicht als CCC, sondern als System Operator der Deutschen Bundespost mit dessen Paßwort »Jonas«, das ihnen auf einer Messe in die Hände gefallen war, und nicht gegen teure Sprechgebühren, sondern für rund 30 Pfennig die Minute, den Preis für das gebündelte Versenden von Computersignalen im Datennetz.

Der Grund für die Faszination dieser Wilderei in den Netzen, dieses digitalen Blicks hinter anderer Leute Karten, lag auf der Hand: Hacken war subversiv. Wer es schaffte, daß ein Großrechner dem vermeintlichen Gast nicht nur Einlaß gewährte,

sondern ihn sogar in sein Betriebssystem eindringen ließ, der hatte damit Macht über diese Maschine. Der konnte die vorgefundenen Programme, Statistiken oder Texte lesen und kopieren, der konnte Nachrichten empfangen, die nicht für ihn bestimmt waren, der setzte sich an die Stelle des rechtmäßigen Betreibers und konnte, für diesen unauffindbar, im System ein »Trojanisches Pferd« installieren, ein Programm, das auch noch nach Beendigung des Besuchs Rechneroperationen bewirkte. Hacken war ein Angriff auf den Eigentumsanspruch der Mächtigen, die in ihren Rechnern geldwerte Informationen speicherten. Es machte aus dem streng abgeschirmten Bereich der mit vielen elektronischen Tricks gesicherten Informationen einen begehbaren Bürgersteig und untergrub damit die Macht, die gespeicherte Information darstellt.

Das war zu Beginn der achtziger Jahre, zu einer Zeit, als die Computerei unter Linken geächtet war, bevor man sich mit dieser Technik überhaupt hatte vertraut machen können. IBM brachte gerade seinen ersten Personal Computer auf den Markt, den Ur-Opa der heute allgegenwärtigen PCs. Aber die Bundespost arbeitete bereits an der Verkabelung der Republik, am Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes, das eines Tages alle digitalisierbare Kommunikation aufnehmen würde, vom Telefon über das Fernschreiben bis zu Rundfunk und Fernsehen. Am Horizont zeichnete sich der verkabelte, der gläserne Bürger ab, dessen gesamte Lebensäußerungen ihren Niederschlag in den zentralen Knotenpunkten der Netze finden würden, protokollierbar, kontrollierbar und kalkulierbar.

Vor diesem Hintergrund schienen die Hacker natürliche Verbündete jenes Teils der Linken zu sein, der auf die Verhinderung der neuen Technologie setzte. Es bildeten sich Anti-Kabel-Gruppen, die prompt in den Verdacht verfassungsfeindlicher Tätigkeit gerieten. Was nur bestätigte, was sich zum Beispiel die ÖTV in einem Gutachten hatte erläutern lassen: Schon die technische Bereitstellung eines umfassenden Kabelnetzes werde die gesellschaftliche Realität gründlicher umkrempeln als eine Änderung des Grundgesetzes. Der subversive Kampf des gewerkschaftlichen Lagers gegen diese Gefahr erschöpfte sich dann allerdings darin, daß mal ein Sekretär bei einer Schulung erzählte, wie zerstörerisch die versehentlich vergossene Tasse Kaffee auf einen Computer wirke - und dafür prompt entlassen wurde. Denn einerseits fürchteten die Gewerkschaften die Computer, weil sie Arbeitskraft ersetzten und weil sie sich gesellschaftlicher Kontrolle entzogen, aber andererseits begrüßten sie den technischen Fortschritt, der schließlich die Exportfähigkeit deutscher Produkte sicherte.

Die Hacker ließ diese Diskussion relativ kalt. Der Einbruch in einen fremden Rechner vermittelt ein Gefühl persönlicher, nicht gesellschaftlicher Macht. Sie waren Piraten und keine Sozialarbeiter und an Politik kaum interessiert, schon gar nicht an der Verhinderung von Datennetzen. Im Gegenteil - davon konnte es gar nicht genug geben. Dem Hacker-Guru Cheshire war in New York mal der Bauplan für die Wasserstoffbombe zugespielt worden. Er hatte lange über eine Veröffentlichung nachgedacht, war dann aber zu dem Schluß gekommen, es zu lassen, denn eine solche Bombe würde ja auch das Telefonnetz zerstören.

Was die Hacker bekämpften, war die Gebührenpolitik der Post, ihr natürlicher Gegner war »der Gilb«, der Herrscher über Telefonzellen und Briefkästen. Ihre Lieblingslektüre wurden die »Unterrichtsblätter« der Post, weil man darin mitlesen konnte, was den Fachkräften der Telekommunikation technisch beigebracht wurde. Zum Beispiel erfuhr man dort etliches über das im Aufbau befindliche Btx-System, das es sofort zu prüfen galt.

Der CCC entdeckte bald eine Reihe von Schwächen im Programm des Btx-Zentralrechners. Wenn man zum Beispiel auf einer Btx-Bildschirmseite jeden der 1626 Bildpunkte mit einem Zeichen belegte, reagierte der Rechner mit einem »Systemüberlauf«: Er schaufelte unkontrolliert Informationen aus seinem Speicher auf den Schirm - mal persönliche Daten eines Telefonkunden aus dem Hessischen, mal das Btx-Paßwort der Hamburger Sparkasse. Und damit ließ sich was anfangen.

Auf einer Fachtagung zum Thema Datenschutz in Köln hatte der Gastredner Wau Holland auf die Systemfehler hingewiesen und war dafür von einem Referenten der Post ausgelacht worden. Zwei Tage später, am 17. November 1984, gingen Holland und sein Freund Wernery mit dem Paßwort der Hamburger Sparkasse ins Netz,wurden vom Btx-Rechner als Haspa identifiziert und riefen als Haspa die mit 9,97 Mark Gebühr belegte Btx-Seite des CCC auf. Der Rechner präsentierte die Seite auf dem Monitor - eine Juxdarstellung des Gilb - und buchte damit die Gebühr vom Konto der Haspa auf das Konto des Clubs. Dann schrieben die beiden ein kleines Programm, das alle drei Sekunden den automatischen Aufruf der CCC-Seite besorgte, schauten noch eine Weile dem rasanten Anwachsen ihres Guthabens zu und gingen schlafen, während der Rechner rechnete. Am nächsten Morgen, als die Haspa für 136.000 Mark immer wieder den Gilb besichtigt hatte, ohne es eigentlich zu wollen, schalteten sie ab und baten den Hamburger Datenschutzbeauftragten um einen Termin für eine Demonstration, bei der auch Presse und Fernsehen dabei waren. Von Stund an war der CCC bundesweit bekannt. Der Haspa-Coup machte Schlagzeilen.

Vor allem machte er aber deutlich, daß elektronische Systeme, für deren Unverletzbarkeit sehr viel Geld ausgegeben wurde, damals bereits rund ein Viertel aller Investitionen im Hard- und Software-Bereich, einfach verletzbar blieben. Eine Heraufsetzung der technischen Hürden - Einbau von Prüfchips, Verschlüsselung nach kompliziertesten mathematischen Verfahren - würde zwar den Einbruch in zu schützende Bereiche erschweren, aber damit wäre das ganze teure Spielzeug

wertlos, das doch für den Gebrauch durch ein großes, nicht sachkundiges Publikum gedacht war, dem man allenfalls zumuten konnte, sich eine vierstellige Geheimzahl zu merken.

Er zeigte weiter, daß die rechtliche Absicherung digitaler Speicherinhalte völlig unzureichend war. Denn der Haspa-Hack war nach den Regeln des Strafgesetzbuchs kein Betrug. Der Getäuschte war eine Maschine, und die kam im StGB nicht vor. Es war auch nichts gefälscht worden, weil die Hacker ja ein ordnungsgemäßes Paßwort verwendet hatten, auf das die Maschine ordnungsgemäß reagierte. So blieben nur die strafrechtlich geringfügige Unterschlagung des gefundenen Paßworts und der Mißbrauch desselben. Letzterer aber war nach dem Btx-Staatsvertrag eine Ordnungswidrigkeit wie falsches Parken. Die zivilrechtliche Haftung für Mißbrauch hatte die Post ohnehin den Kunden aufgelastet: Wer sich beklauen ließ, war selber schuld. Das Geld, keine Frage, mußte von der Post den Hackern gutgeschrieben werden. Und so war der Sprecher der Haspa begründet dankbar, als die beiden erklärten, sie wollten das Geld nicht behalten, sie hätten den spektakulären Weg nur gewählt, um dem Publikum die Risiken eines Systems vorzuführen, dem es so heikle Sachen wie Kaufverträge und Banküberweisungen anvertrauen sollte.

Damit zeigte der Coup schließlich auch noch, was Hacker-Moral hieß: Das Wildern in den Netzen durfte nicht aus Eigennutz geschehen, Schaden war zu begrenzen, notfalls sogar in Zusammenarbeit mit staatlichen Instanzen. Doch trotz dieser Haltung, die dem Staatsbürgerkunde-Lehrbuch nachgebildet schien, waren die Freunde vom CCC fortan Gegenstand erhöhter obrigkeitlicher Aufmerksamkeit. Als Wau Holland damals gefragt wurde, wie lange wohl der komplizierte Balanceakt aufklärerischer Systemtests bei Vermeidung von Zusammenstößen mit der Staatsgewalt fortgesetzt werden könne, meinte er achselzuckend, das Bürgertum habe es immer verstanden, sein Eigentum zu schützen, das werde auch im Bereich der immateriellen Bits und Bytes geschehen, und dann müsse man sehen. Es dauerte nur noch zwei Jahre, dann war das neue Wirtschaftsstrafrecht da und mit ihm die Strafbarkeit von »Computerbetrug« (§ 263a), »Fälschung technischer Aufzeichnungen« (§ 268) oder der »Erschleichung von Leistungen« (§ 265a). Betrug und Fälschung mit dem Tatwerkzeug Computer wurden damit der Schwerkriminalität zugeordnet, und kriminalisiert war jetzt auch die Benutzung einer Fernmeldeeinrichtung in der Absicht, »das Entgelt nicht zu entrichten«, also das zu tun, was Hacker von Beginn an weltweit taten.

Schon John Draper hatte in den sechziger Jahren sein Verfahren, mit dem Pfeifchen aus der Cornflakes-Packung den Gebührenzähler abzustellen, so verfeinert, daß er mit selbstgebastelter Elektronik eine ganze Reihe von Steuersignalen für das Telefonnetz erzeugen konnte. Die paar Kondensatoren, die er dazu brauchte, steckte er der Legende nach in ein blaues Kästchen, weshalb das kostenlose Telefonieren fortan »Blueboxing« genannt wurde. Draper wurde zum Feind Nr. 1 für den TelefonkonzernAT & T, der ihn vom FBI jagen ließ und schließlich für Monate hinter Gitter brachte. »Wenn die wüßten, wo wir überall reinkommen, dann kämen wir rein, wo wir nicht wieder rauskommen«, scherzten die Hacker in Hamburg, die ihre wachsenden Kenntnisse, so gut es ging, über die »Datenschleuder« verbreiteten, auch detaillierte Bauanleitungen für die Bluebox, aber immer mit dem Hinweis: »Ganz streng verboten ist es, wenn man jetzt...«

Trotz aller Vorsicht wurden die Freiräume enger. Immer mehr Großfirmen, die Einbrüche in ihre Rechner feststellten, erstatteten Strafanzeige, bei den Kriminalämtern und Staatsanwaltschaften wurden Fachgruppen gebildet, die der neuen Bedrohung Herr werden sollten. Der Konfliktfall trat ein, als der System-Manager des Europäischen Labors für Molekularbiologie mit Sitz in Heidelberg am 31. Juli 1987 per elektronischem Rundbrief seinen Kollegen mitteilte: »...kriegten wir es mit deutschen Hackern zu tun (wahrscheinlich von dem berüchtigten Chaos Computer Club in Hamburg) ... Sie veränderten zwei Programme, SHOW.EXE und LOGINOUT.EXE, so daß sie sich unter jedem beliebigen Benutzernamen mit einem bestimmten Password einloggen konnten... Sie haben uns eine Menge Geld gekostet...«

Diese Meldung machte öffentlich, was ohnehin kurz vor dem Knall stand. Mehr als ein Jahr zuvor waren Hacker aus Berlin und Hannover auf eine Schwäche im Betriebssystem der weitverbreiteten und vernetzten VAX-Rechner des Herstellers Digital Equipment (DEC) gestoßen, die es ermöglichte, zum Benutzerverzeichnis durchzudringen, dort alle Paßwörter zu lesen, sich mit den höchsten Benutzerprivilegien auszustatten, ein Trojanisches Pferd zu installieren, das automatisch alle Spuren des Hacker-Besuchs löschte, um sich dann in aller Ruhe im System umzusehen oder sich zur nächsten VAX durchschalten zu lassen, wo das Spiel von vorne beginnen konnte. Nach dem Einloggen in die VAX eines Max-Planck-Instituts und der Eingabe SET HOST CASTOR erschien auf dem Monitor die Meldung: »Welcome to the NASA-Headquarters VAX-Installation.« Von da aus ging es mit dem User-Namen SERVICE und dem Paßwort PPL – – 9: durch ein großes Netz von Rechnern in fast allen bedeutenden Instituten der Hochenergiephysik, der Kernphysik und der Raumfahrttechnik. Mit der VAX im Genfer Kernforschungszentrum CERN arbeiteten zeitweilig mehr ungebetene Gäste als autorisierte Wissenschaftler - »Fahrschule für Hacker« wurde sie spöttisch genannt.

Daß nun der NASA-Hack, an dessen Aufklärung seit Monaten ein Expertenteam im Auftrag von DEC, das FBI, etliche Nachrichtendienste und das Bundeskriminalamt arbeiteten, dem CCC zugeschoben wurde, veranlaßte diesen, die Flucht nach vorne anzutreten. Der Club benachrichtigte das Bundesamt für Verfassungsschutz, eine Behörde, die ihr bekannt gewordene Straftaten nicht anzeigen muß, und legte dort eine Liste von 135 VAXen vor, die geknackt worden waren - nicht ohne den Hinweis, daß in NASA-Rechnern militärische Daten aufgefunden worden seien, über die diese private

Organisation nach US-Recht nicht verfügen durfte. Kurz darauf erwischten die DEC-Rechercheure aus den USA über Fangschaltungen, die das BKA einrichten ließ, einen Hacker in Hannover, als der gerade eine lange Liste von NASA-Daten kopierte. Das BKA setzte bundesweit Staatsanwälte in Marsch. Am 28. September 1987 wurden die Clubräume und die Wohnungen von Holland und Wernery durchsucht und zahlreiches Material beschlagnahmt, weitere Haussuchungen folgten.

Wenn auch keines der Ermittlungsverfahren gegen Clubmitglieder zu einer Verurteilung führte, hatte das Spiel mit den VAXen Folgen. Wernery wurde im Frühjahr 1988 in Paris verhaftet, als er auf einer Tagung über Datensicherheit von den Schwachstellen der DEC-Rechner berichten wollte. Er saß für acht Wochen in U-Haft. Anstifter dieser Verhaftung, das entnahm Wernery den Verhören, war die Firma Philips, deren Pariser Forschungszentrum an das NASA-Netz SPAN angeschlossen und offenbar ebenfalls Opfer von Hacker-Besuchen geworden war.

Der Zusammenstoß mit der Exekutive und die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, so begründet sie auch erschien, sprengte beinahe den Club. Die Hacker schauten in die Runde und sahen nichts als Spitzel und Zuträger. Auf Vorstandssitzungen warfen sich die Freunde gegenseitig die Mitarbeit in diversen Diensten vor. Die Subversion kehrte sich gegen ihre Anwender.

Es dauerte, bis man sich wieder in der Arbeit zusammenfand. Aber da kam die deutsche Einheit und mit ihr eine willkommene Erweiterung des Freundeskreises. Und die Netze wachsen und wollen bedient werden. Wau Holland, der heute in den neuen Bundesländern Computer-Nachwuchs schult, schwärmt von APC (Association for Progressive Communication), einem internationalen Netzwerk zur Verbreitung von Beiträgen zur Ökologie und anderen Gegenwartsthemen, dem seit Januar 1992 auch das deutsche Netz Comlink angeschlossen ist, das von Greenpeace, Grünen, Jusos und antifaschistischen Gruppen getragen wird. Denn immer noch geht es den Hackern der ersten Generation um den Satzungspunkt, der sie verpflichtet, für den uneingeschränkten Zugang zu Informationen zu arbeiten. Und da sieht es beim heutigen Stand der Netze gut aus. »Informationen«, sagt Holland, »sind praktisch nicht mehr zu unterdrücken.«

Daß das so ist, liegt am Fortschritt der Technik, der eine Dezentralisierung der Netze ermöglicht hat. Digitale Botschaften können heute zu kleinen Paketen von einem Bruchteil der Klartext-Länge verpackt und gesendet werden. Die DFÜ-Technik ist schneller geworden, das Versenden dadurch abermals billiger. Jeder, der einen gebrauchsüblichen Computer und ein Modem für den Zugang zur Telefonleitung besitzt, kann damit eine Mailbox, eine Sammelstelle für elektronische Nachrichten, betreiben. In der Bundesrepublik sind derzeit zwischen 500 und 1000 solcher Boxen in Betrieb, die Zahl der Netzknotenpunkte, zwischen denen die Nachrichtenströme laufen, wächst unaufhörlich. Damit wird auch die Kontrollierbarkeit geringer: Wer immer sich heute zwecks Überwachung in ein Netz einschaltet, bekommt nur Zufallsergebnisse. Der Großteil der Datenströme geht an ihm vorbei.

Aufs Kaffeekochen und Geschirrspülen wird sich das Vereinsleben des CCC in absehbarer Zeit nicht reduzieren. Weiter auf der Suche nach Schwachstellen, haben die Hacker herausgefunden, daß es ohne großen Aufwand möglich ist, Meldungen im »City-Ruf« abzuhören. Diese sehr privaten Botschaften werden von der Zentrale als Text gesendet, in jenem ASCII-Code, den jeder Computer lesen kann. Auf dem Kongreß stellten die Hacker jetzt die preiswerte Hardware vor, die es ermöglicht, City-Rufe zu empfangen und in den eigenen Computer zu leiten. »Wer sowas über einen größeren Zeitraum sammelt«, sagt Holland, »der bekommt ganz gute Einblicke in das Leben und Treiben der Teilnehmer, der schreibt Persönlichkeitsprofile.«

Werner Heine schrieb in KONKRET 11/84 über Btx und die Folgen

Konkret 02/92, S. 58

Willkommen in Slugonien

Aus □ The Economist□
Bericht eines Sonderkorrespondenten □ ber ganz gew□ hnliche Ereignisse am Rande der ehemaligen Sowjetunion

Pech für die armen Slugonen. Gerade hatten sie den Kommunismus abgeschüttelt, und schon stürzten sie in eine Wirtschaftskrise. Doch die nationalistischen Führer der früheren Südslugonischen Sowjetischen Autonomen Region - heute Republik Südslugonien - haben wichtigeres zu tun, als ihre Zeit mit der Reform einer verrotteten Wirtschaft zu vergeuden. Sie haben große Pläne. Sie fordern Unabhängigkeit von Rußland, sie verlangen die Wiedervereinigung mit Nordslugonien, sie haben einen Sitz bei den Vereinten Nationen beantragt und die Mitgliedschaft in der EG.

Die Slugonen begründen ihren Wunsch nach Unabhängigkeit mit der Geschichte. Sie berufen sich auf ihre Abstammung vom Großen Slugonischen Reich, das im 3. Jahrhundert gegründet wurde. Unglücklicherweise sind die Slugonen im 4. Jahrhundert von den Slobenen überwältigt worden, und die Nation verschwand von der Landkarte. Ihre stolzen Einwohner lebten in der Folgezeit unter dem Joch der Mongolen, der Ottomanen und des Polnisch-Litauischen Reiches, bis im 19. Jahrhundert Slugonien grausam vom zaristischen Rußland und von Österreich-Ungarn geteilt wurde. 1918 erlebte das wiedervereinigte Slugonien vier glorreiche Tage der Unabhängigkeit, bevor ihm seine Freiheit von der Roten Armee erneut genommen wurde. Während des Zweiten Weltkriegs tauchte kurz ein von den Nazis eingesetzter slugonischer Marionettenstaat auf, doch in Jalta wurde Slugonien ein weiteres Mal geteilt.

Wie traurig auch immer seine Geschichte gewesen ist, in der Hauptstadt Slugo überstürzen sich die Ereignisse. Das bronzene Lenin-Denkmal, das einst den Platz der Oktoberrevolution (jetzt umbenannt in Platz der Helden der Südslugonischen Unabhängigkeit) beherrschte, wurde eingeschmolzen. An seiner Stelle steht nun ein Reiterstandbild von Graf Helmut von Hochen-Lochen, einem Führer des erfolglosen 1848er Aufstands. Die Kommunistische Partei wurde aufgelöst. Die Slugonen haben eine eigene Währung ausgegeben, den Slug, der den Rubel ersetzt. Sein Kurs steht derzeit bei 3.479.213 Slugs pro US-Dollar.

Nun, da ein Schein von Souveränität gewonnen werden konnte, finden die Slugonen, daß historisches Unrecht gesühnt werden muß. »Es ist an der Zeit, zu unseren rechtmäßigen historischen Grenzen zurückzukehren«, meint Ivan Nastistrik, Präsident des Bürgerforums Freies Südslugonien (BFFSS), und er zitiert aus dem Gedächtnis einen kurzen Text von Ptolemäus, in dem der Stadtstaat Sluginium erwähnt wird: »Eine ferne Stadt mit einem Brunnen«, deren Einflußgebiet von der Donau bis zum Baikalsee reiche. »Den Baikalsee werden wir den Russen lassen - obwohl es viele archäologische Beweise dafür gibt, daß er die Wiege der antiken slugonischen Zivilisation ist , doch über den Rest lassen wir nicht mit uns reden«, sagt Nastistrik.

Das BFFSS führt derzeit eine Kampagne durch, um seinem Volk die Nationalsprache - Sluggisch - beizubringen, die die meisten in Folge der tiefgreifenden Russifizierung verlernt haben. Auch diese Sprache ist eine Quelle nationalen Stolzes. Für ein ungeübtes Ohr mag sie sich genau so anhören, wie der Dialekt der benachbarten Blatten, doch slugonische Linguisten behaupten, es könne nicht den Hauch eines Zweifels geben, daß Sluggisch einzigartig in Europa ist. »Überhebliche westliche Wissenschaftler, die nichts von unserer Geschichte verstehen, behaupten, daß Sluggisch ein mit dem Dschibberischen verwandter bäuerlicher Dialekt sei, ohne eine bedeutende Literatur vor 1880, doch das ist schlicht und ergreifend ein Vorurteil«, erklärte Professor Boris Pantsow, Autor des Buches »Sluggische Literatur im Wechsel der Zeiten«.

Wegen der Sprachkampagne ist es in West-Südslagonien, wo es eine große blattische Minderheit gibt, zu einigen Reibereien gekommen. Gerüchten zufolge soll das benachbarte Blatistan die west-südslugonischen Blatten mit Waffen beliefern und neue Verhandlungen über den Grenzverlauf fordern, der entweder nach dem Versailler Vertrag oder nach dem Ribbentrop-Molotow-Pakt festgelegt worden war. »Selbstverständlich gewähren wir den Blatten die vollen Menschenrechte«, sagt Nastistrik. »Aber wenn sie in Slugonien leben wollen, dann haben sie kein Blattisch zu sprechen, dann müssen sie ihren Kindern verbieten, blattische Trachten zu tragen, und sich damit einverstanden erklären, ihre lokalen Angelegenheiten nach unseren Wünschen zu regeln.«

Ob es in Slugonien zu einem Bürgerkrieg kommen kann? Selbstverständlich. Slugoniens Nationalgarde wird nach wie vor von Ex-KGBlern kontrolliert, die sich ausrechnen, daß ein kleiner Kampf mit den Blatten ihrem Image nicht unbedingt schaden würde. Und es gibt natürlich noch sowjetische Atomraketen in Slugonien. Slugo hat sich zwar zur atomwaffenfreien Zone erklärt, doch den Realisten ist klar, daß jetzt nicht die Zeit für Träumereien ist. In der zersplitterten nach-sowjetischen Welt kann man nie wissen, wofür Kernwaffen noch mal nötig sein werden.

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus dem englischen Magazin »The Economist« vom 21.12.1991. Übersetzung: Boris Gröndahl

Konkret 02/92, S. 60

Eckhard Henscheid

Von Heine zu Weizsäcker

Neues von der deutschen Gaunerszene

Also, ich, um das klarzustellen, halte ja, breit begründet in einem »Merkur«-Aufsatz von 1986, a) alle - inZahlen: sämtliche - Kultur- und zumal Literaturpreise für albern, widerwärtig, unsinnig, landschaftsverderberisch, letztlich unmoralisch, korrupt und oft genug zum Spei'n; b) mancherlei Vorgänge auf diesem Sektor - z.B. daß W. Biermann im Zuge eines einzigen Jahres beim Hölderlin-, beim Büchner- und beim Mörike-Preis die Hand aufhält - noch eine Idee frappanter und noch speiübler als den dreckigen Rest; aber selbst der nur die Absurdität des Systems - der Teufel setzt immer nur auf den eh schon allergrößten Haufen noch einen drauf, und das zudem zur allernarrischsten Unzeit - noch einmal auf die »Scheißbergspitze« (Bernd Eilert) ihrer eigenen Abstrusität, ja Abszessivität peitschende dreifache Preis-Fall Biermann, von seinem inhaltlichen Schwachsinn zu schweigen, der populäre Klampfenspieler habe auch nur das Jota eines Grans mit Hölderlin, Büchner, Mörike zu schaffen, - selbst diese expansive Abertorheit aller dreifach Beteiligten zieht in all ihrer großen und allseits vergammelten Sittenverderbnis nochmals jämmerlich den Schwanz ein vor einem noch exzessiveren Unfall, vor einer (so wie noch jedes Murphysche Unheilsgesetz irgendwie noch die Quadratur seines eigenen Kreises findet) noch viel explodierenderen Blöd- und Tor- und Schatten- und Schranzenhaftigkeit; in diesem Fall verursacht durch die Landeshauptstadt Düsseldorf z.H. ihres OB K. Bungert (SPD, klar); die, nachdem es vor fast 20 Jahren mit C. Zuckmayer und W. Jens und G. Kunert usw. bereits beklagenswert leichtgläubig losging, nachdem es 1989 mit der Dekorierung von Marion (»Gräfin«) Dönhoff schon vermeintlich uneinholbar - nicht mal durch die eigene Ahnungslosigkeit ein- oder gar überholbar - vorwärtsrumpelte: Die am 13.12.1991 dennoch das artistisch-akrobatische Virtuosenstück geschafft hat, sich selber an 14 Jury-Mann hoch kunstreicher Inkompetenz nochmals selber zu übertreffenund auszustechen und - während es die Stadt Köln samt der zweitens damit befaßten grünen Böll-Stiftung damit bewenden und genug sein ließ, den Messerritzer Rainald Goetz mit dem Böll-Geld 1991 zu behängen - wahrlich und tatsächlich und schwer glaublich als Nachfolger der Dönhoff und als deren abermalige Eskalation der diesbetreffend themenspezifischen, der noch einmal ex- nein: der implodierenden Saudummheit des Ganzen für den jüngsten Heinepreis (25.000 DM) keinen geringeren zu bestimmen als - jawohl, hier haben wir ihn schon im Halbprofil - den Bundespräsidenten R. von Weizsäcker.

Jawohl, R. von Weizsäcker.

Welcher, nachdem er, einer Restscham gehorchend, vor etlichen Jahren noch diesbezüglich Widerstand geleistet und der Dönhoff den Vortritt gewährt hatte, sich nun nicht länger dagegen sträuben und stemmen mochte. Und so in gewisser Weise auch noch sein eigener Nachfolger wurde. Indessen jetzt wieder die Gräfin, nun nur in umgekehrter Reihenfolge, aber sonst wie 1989, beim Festakt im Rathaus neben Weizsäcker saß. Neben unter anderen (man präge sich solche Formationen und Namen gut ein) Rita Süssmuth, Lew Kopelew, Gabriele Henkel, dem heimischen Ehepaar Lorentz, Klaus Kinkel, Hans-Ulrich Klose, Professor Dr. Helmut Hentrich, Dr. Konrad Henkel und Professor Hans Mayer, den nicht zu vergessen, nein diesen Festredner (85) gewiß nicht zu vergessen: »Weizsäcker hat die Gabe, mit der Sprache umgehen zu können, sie im Sinne Heinrich Heines schonungslos und redlich anzuwenden.« Und: »Ein Meister des kritischen Worts.« Und: »Heine war ein europäisches Ereignis und ein deutscher Skandal.«

Eben.

Nicht ganz vergessen sei, daß z.B. die Jurorin Carola Stern aus Ärger über den Quatsch von ihrem Amt zurücktrat und auch dem Auflauf fernblieb. Nicht zurücktrat dagegen die Co-Jurorin (man glaubt es nicht:) Rita Süssmuth. Und zurückgeht der ganze Heine-Weizsäcker-Schrumpfsinn auf wen nochmal? Genau, auf den Ex-Faschingsprinzen äh: Ex-Heinepreisträger W. Jens, der da früher auch schon schriftlich eine gewisse Nähe, nein: Identität der jeweiligen Rede Heine/Weizsäcker erlauscht hatte. Schwer glaublich, aber nachprüfbar im Stadtprospekt.

Aber nicht nur hat der oberverantwortliche Sozialdemokrat Bungert, im Fernsehen gut erkennbar, beim Festakt vor gekitzelter Hochgestimmtheit und von sich selbst geschmeichelter Tiefbewegtheit beinah geweint. Genaugenommen ist die Sache Heine-Weizsäcker, Jens(Rhetorikexpertisen und die Grand Old Schachtel des deutschen Leitartikels hin und her, eine Kopulation,die auch mir sehr einleuchtet, die mir gut gefällt.

Obschon sie mich, natürlich, erstmal auch schmerzt. Denn auf diesen Felgaufschwung von der Gräfin zum Präsidenten wäre, hätte man mich als Spaß-Profi gefragt, nicht mal ich gekommen. Nein, wäre ich hier nicht gekommen. R. von Weizsäcker. Unglaublich, aber noch immer steht es hier in der Zeitung schwarz auf weiß. Nicht Willy Wacker, nicht Dapsul von Zabelthau, sondern R. von Weizsäcker. Jawohl.

Zwar, auf den ersten und sogar noch zweiten Blick hätten wir hier im Lande ein paar Schock geeignetere und m.W. noch unprämierte Heine-Preiskandidaten. Sagen wir: Robert Gernhardt, Horst Tomayer, F.W. Bernstein, Heino Jaeger, Hermann

L. Gremliza, Christa Reinig, Karlheinz Bohrer, Otto Köhler, Hermann Peter Piwitt, Eckhard Henscheid, Richard Kähler, Walter Boehlich, Bernd Eilert, Dieter Hildebrandt, Gerhard Polt, Max Goldt, Willy Millowitsch, Gabriele Henkel, H.M. Enzensberger, Harald Juhnke, Siegfried Zimmerschied, Gottschalk und Bruno Jonas; ja sogar der alte Krautkopf R.-Ranicki dünkt einen bei seinem späten Herummopsen noch irgendwie irgendwo heineischer als der Präsident R. von Weizsäcker; dessen silberhaarige Rede nicht nur ich, sondern auch andere sehr befugte Kommentatoren von KONKRET bis »FAZ« immer als eine besonders cool-kalkuliert karrierehelferische, ja soft schleimige empfinden. Aber andererseits stimmt schon, keiner, nicht mal die ostpreußische Gräfin, formuliert so elegant und pikant und geschliffen, gebietet über eine derart unbestechlich demokratisch-republikanische Goldzunge wie unser Reichsaugapfel Richard: Doch, seine weltberühmte 8. Mai-Rede strafte ja doch noch letzte Zweifler Lügen, seine F.J. Strauß-Trauerrede war ein reiner Höhenflug romantischer Ironie im Geiste Heines; und seine unverwechselbare Reichskristallnacht-Ansprache von 1989 tönte fast noch heineischer als die gleichfalls bärenstarke Jenningers.

Nun gut, man könnte fragen, warum die Stadt Düsseldorf ihren Heinepreis nicht eigentlich gleich an die niederrheinischen Heimspielhaber, an Hüsch oder an das erhabene Ehepaar Lorentz verscherbelt, das sich offenbar aber erst hochdienen muß, indem es beim Weizsäcker-Festakt im Saal herumlungert. Und auch Biermann, wenn überhaupt, wäre ja mit dem Heinepreis noch am vergleichsweise wenigsten verwunderlich auf- und aus dem Rahmen gefallen. Nun, er oder wahlweise Gabi Henkel sind dann eben 1993 dran - sofern die Stadt Düsseldorf, intellektuell halt doch noch ein bißchen Provinz und insofern eben manchmal leicht überfordert, nicht versehentlich Waigel, Kohl, Börne, Börner, Laube, Hemingway, Theo Sommer, James Joyce, Jean-Paul Marais-Cocteau oder gar Joachim Kaiser prämiert (die aber allesamt Mühe haben werden, das selbstauferlegte und vorgelegte Weltniveau Zuckmayer-Jens-Dönhoff-Weizsäcker zu halten)

- aber das ist ihr, der Stadt Düsseldorf, Bier. Und immerhin war durch den Weizsäcker-Staatsakt vom 13.12. 1991 erst einmal verhindert, daß der ungute Darmstädter Revolutionär Georg (»Schorsch«) Büchner ihn versehentlich abkriegen und abgreifen konnte.

Weizsäckers Konkurrenzkandidaten 1991 hießen übrigens (man glaubt es wirklich nicht:) Christa Wolf, Christoph Hein sowie Andrzej Szczypiorski.

Aber nein, R. von Weizsäcker war schon die optimale Heine-Lösung dieses Jahres, ja Jahrzehnts. Zumal er, anders als Kohl, Strauß, Genscher, Kreisky und Ratzinger (Vatikanstadt) den Karl-Valentin-Orden der Münchner Faschingsgesellschaft Narhalla ja noch nie abgezockt hat.

Eben: ein deutscher Skandal.

Eckhard Henscheid schrieb in KONKRET 9/91 über den Ratschläger Ror Wolf

Konkret 02/92, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die schönsten deutschen Stücke liest man jetzt im »Spiegel«, und Rudolf Augstein ist ihr Protagonist:

Es war zu erwarten, daß die Großrepublik Deutschland sich und die Welt vor mehr Probleme stellen würde, als eine kühne Phantasie sich je hätte ausmalen können.

Manchmal aber verstottert er sich und ist dann der Prostatagonist:

Von Tragik sollte man bei gescheiterten Staatsmännern tunlichst nicht reden. Schon das Alter allein ist, wie de Gaulle ausgesprochen und Metternich ihm vorgelebt hat, ein Schiffbruch.

Weil man jenseits der sechzig brüchig schifft?

In den Pumps der Alma Mahler-Gropius-Werfel kommt in »Bild am Sonntag« die Ulla HahnSchütt-Hermlin daher, um ihre nächste Verlobung bekanntzugeben. Der Verlobte, künftiger Klaus von Hahn-Schütt-Hermlin-Dohnanyi, dem ich vor Jahren, zu seiner großen Hafenstraßenzeit, nachgesagt habe, er sei und bleibe ein Arschloch, nutzt die Gelegenheit, mir noch einmal aufs fürchterlichste recht zu geben:

Ganz Kavalier alter Schule,

keine Panik: dies ist bloß das Pseudonym, das der von mir festgestellte Sachverhalt in der Sprache von »Bild am Sonntag« trägt, also

ganz Kavalier alter Schule,

dem Wappenspruch »Der Kavalier genießt und erzählt`s der Zeitung« verpflichtet, also

ganz Kavalier alter Schule bekennt Dohnanyi zum Scheitern seiner Ehe: »Der Großteil der Schuld liegt bei mir. Ich habe sie zuviel einsam gelassen. Meine Frau ist wundervoll, schön und gescheit. Doch sie kommt nicht zurecht mit der Politik, die mein Leben ist. Meine Partei hat sie nie ausstehen können. Meine Bücher langweilen sie.« Ulla Hahn, die kurze Zeit Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei war, aber inzwischen sogar von Kanzler Kohl als deutsche Literaturbotschafterin

(Die Partei des Kavaliers und die Gewerkschaft alter Schule habe ich bereits verlassen; jetzt trete ich mit sofortiger Wirkung aus der deutschen Literatur aus.)

auf Auslandsreisen mitgenommen wird, sei da ganz anders: »Sie nimmt mich an, wie ich bin.«

Und wie bzw. was er ist, weiß seine Frau so gut wie ich. Hätte aber ich nicht die Wundervollste, Schönste und Gescheiteste schon gefunden, kaufte ich noch zur selbigen Stunde die nächsten fünf Fleuropläden leer, klopfte an bei jener wundervollen Schönen, die zu gescheit ist, um mit Dohnanyis Politik zurechtzukommen, seine Partei ausstehen zu können und seine Bücher lesen zu wollen. Und wenn mir das Glück hold wäre, säßen wir vorm Kamin und wärmten uns an dem Brennstoff, den wir abwechselnd in die Glut würfen: sie ein Paperback mit Essays des Gatten, ich ein Bändchen mit Poetereien der Literaturbotschafterin, dann wieder sie ein Taschenbuch, ich eine Anthologie...

Und wenn es auch nur noch der eine Anfangssatz ist, den sie vom Grundkurs behalten haben - für ein Zeilenhonorar von der »Frankfurter Allgemeinen« ist er nach 143 Jahren und 1.430 Paraphrasen noch lange gut:

Ein Gespenst geht um in Deutschland...

Es ist der stets originelle Claus Leggewie, der mit den berühmten Worten einen Überschriftendichter der »FAZ« zu dem marxistischen Ausruf animiert:

Konflikt zwischen Töpfer und Fischer.

Wenn jetzt noch Sammler und Jäger auftauchen, ist alle Geschichte der Menschheit wieder eine Geschichte von Klassenkämpfen, und es kann nicht mehr lange dauern, dann geht ein Gespenst um in Frankfurt...

Draußen wartet der Leitartikler von der »Tageszeitung« - wolle mern reilasse? Narhalla-Marsch, bitte, Thomas Schmid, ritzambä, ritzambä:

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Scheinalternative werden nun, und das ist begrüßenswert, viele regionale Konflikte auf der Welt beigelegt.

Tärä, tärä, tärä, buffbumm!

Seine Erwähnung in dieser Kolumne hat den deutschen Freiheitsdichter Rathenow ermutigt, einen Leserbrief zu schicken und ein von ihm verfaßtes Buch beizulegen - »auf verbrüchliche Feindschaft für Hermann L. Gremliza«. Da er also noch immer nicht kapiert hat, was man von ihm will (und das heißt: nicht will), und er mir sonst vielleicht sein nächstes und sein übernächstes Buch widmet, muß ich einmal deutlicher werden als üblich: Du hören, Rathenow! Du nicht viel teures Papier verhunzen! Du nicht schreib-schreib machen! Du das nicht können! Du zu dumm! Du verstanden? Nicht? Dann nochmal. Wenn an KONKRET schreiben:

Für den statistischen Durchschnitt sind die von G. als Systemschäden oft karrikierten Fettpolster wirklich auch systemernährungsbedingt, »Sprich nicht, sondern iß!« - Disziplinierungsrituale eines Kindes, später auch das Frust-Fett der Erwachsenen,

dann das groß Bockmist. Karrrikieren schreiben mit soviel r wie chinesisches Wäscheleibesitzel, das sein drei wenn nicht vier. Heißen Rituale zur Disziplinierung von Kind aber nicht »Disziplinierungsrituale eines Kindes«, weil sonst Kind Rituale machen und nicht mit ihm gemacht werden, was böse enden, wenn Rituale später entwickeln zu Frust-Fett. Du schreiben:

Ich will mir aber Mühe geben, wenigstens bald auf einen Jahresdurchschnitt von einer Veröffentlichung gekommen zu sein. Andere, rein zahlenmäßig bevorzugtere...

Das auch viel Scheiße, weil nur gehen zu nehmen Infinitiv Gegenwart: Du dir Mühe geben wollen zu kommen; erst wenn erreicht, dann du dich freuen können gekommen zu sein, Blödmann. Und nie du sollen steigern Wort bevorzugt, sonst werden literarische Kunst noch brotloser, bis am brotlosesten, Idiot. Immer denken: Wer nichts gelernen haben, müssen arbeiten, nicht schreiben. Stasi in die Produktion! Du begleiten!

Mancher Kreuzweg endet nie. Jürgen (»Jesus«) Fuchs ächzt und stöhnt auf allen Kanälen:

Ich verweise darauf, daß wir in wenigen Tagen, wenn hoffentlich dieses Stasi-Gesetz bald in Kraft ist, diese Art der Mitteilung demokratisieren können. Dann müssen nicht mehr einzelne, die so weit vorn am Balkon stehen und - wie ich jetzt - mit Morddrohungen konfrontiert werden, diese Arbeit leisten.

Wer zöge es nicht vor, statt an solche Geschichten dieses Kruzifuxus an Plausibleres zu glauben? Ich beispielsweise entscheide mich in diesem Fall gern für Mariä unbefleckte Empfängnis. Aber das stört ihn natürlich nicht:

Dennoch: Warum sollen es Autoren leichter haben? Warum soll es leicht sein, Teile der Wahrheit zu veröffentlichen? Das hat immer einen Preis, und wir sind bereit, ihn zu zahlen.

Zu zahlen? Ich muß es verschlafen haben, daß »Spiegel«, »Stern«, »Zeit«, »Welt«, »Frankfurter Allgemeine Rundschau«, »Süddeutsche«, ARD, ZDF, RTL, SAT 1 neuerdings bei ihren Autoren und Talkgesellen mit dem Hut rumgehen. Bzw. bei unserem Gekreuzigten (aus Pietät) mit dem Klingelbeutel. Und der zahlt und leidet und leidet und zahlt...

Nach so langer biederer Arbeit an der Emanzipation darf man den Schwestern auch mal was Gewagtes zumuten:

Multikulturell geht`s derzeit in der Emma-Redaktion zu: Aus El Salvador, Brasilien, Südafrika, Uruguay, Finnland und Jugoslawien hatten wir in den letzten Wochen Besuch. Nicht immer lest ihr darüber gleich in der nächsten Emma einen Artikel. Aber fast immer ist uns nach solchen Besuchen klar, daß wir den Jungs von der Tagesschau nicht alles glauben sollten.

Gestern erst selber gelernt und schon heute an die Schwestern weitergegeben - wenn das keine Sternstunde emanzipatorischer Aufklärung ist, will ich Dagmar Berghoff heißen.